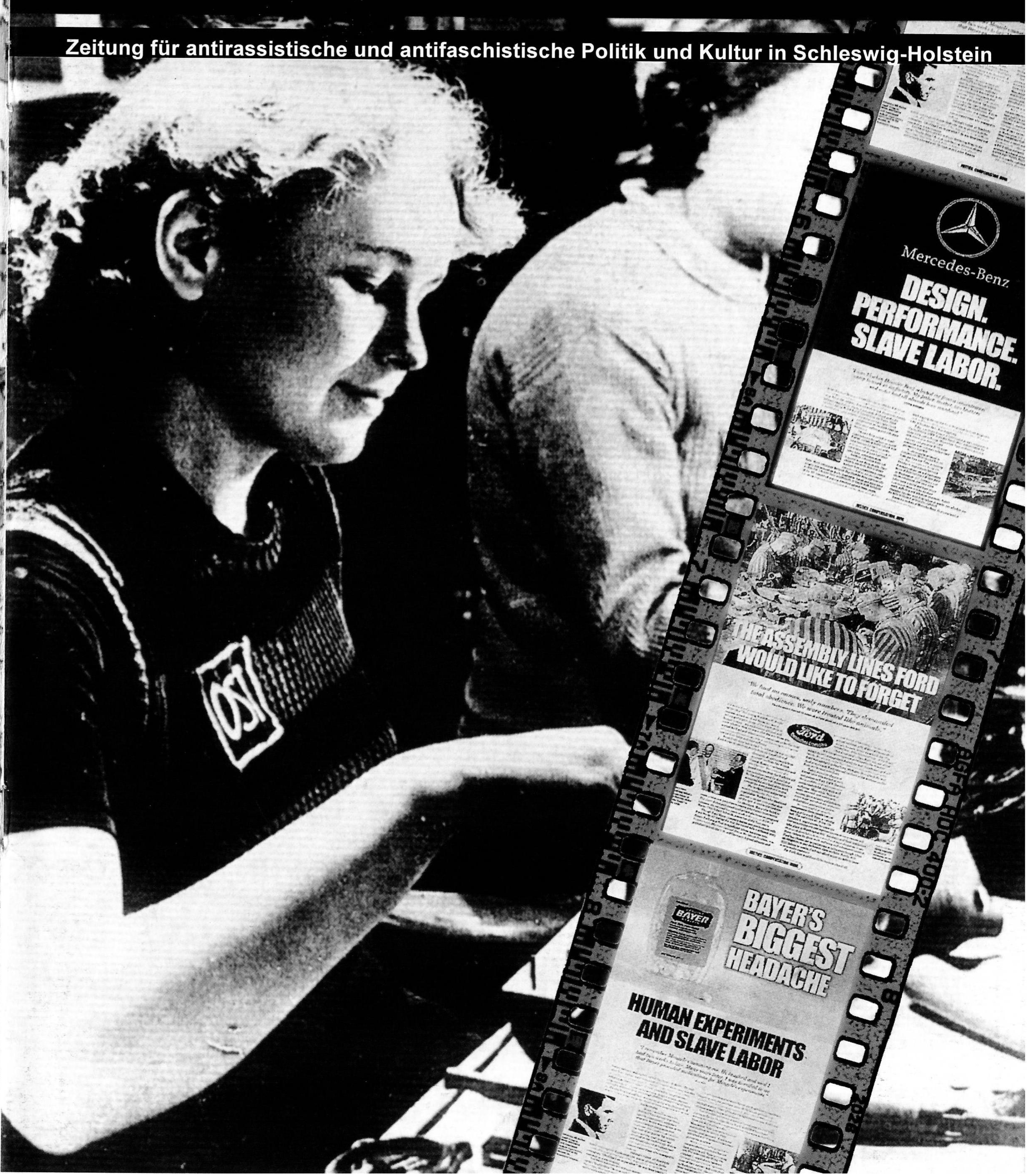
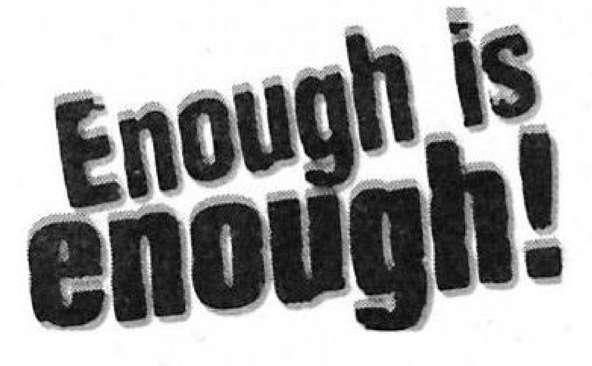
Enough is enough!

Nr. 9
Nov./Jan. '99/'00

5,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein





Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Hg.:
Enough is Enough-
Redaktionskollektiv/Kiel,
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

Gestaltung: a+p-design

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: ***„Enough"***

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Inhalt



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nun haltet ihr sie endlich in der Hand, die neue Ausgabe der „Enough is enough". Diesmal mit etwas aktuelleren und hoffentlich interessanten Artikeln. Der Leitartikel beschäftigt sich mit dem Thema „Entschädigung von ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnen". Die Bundesregierung und besonders die deutsche Industrie weigern sich ja bekanntlich bisher beharrlich, ein für die Opfer akzeptables Angebot vorzulegen. Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass, wenn überhaupt, nur unzureichend Druck in dieser Frage von antifaschistischen Gruppen entfaltet wird. Und dies, obwohl in jeder Stadt dieser Republik lokale Bezugspunkte existieren. Ein weiterer Schwerpunkt dieses Heftes ist aus gegebenem Anlaß die Situation in Schweden, wo Neonazis Terror-Strukturen aufgebaut und in diesem Jahr bereits mehrere Menschen ermordet haben. An dieser Stelle möchten wir uns ganz besonders bei unseren FreundInnen von der schwedischen Antifa-Zeitung EXPO für die uns zur Verfügung gestellten Artikel bedanken. Auch die schleswig-holsteinischen Bezüge kommen nicht zu kurz. So enthält diese Ausgabe endlich einen längeren Artikel über den von Neonazis in Neumünster betriebenen Club 88. Das ist natürlich nicht alles, aber wir müssen ja auch nicht alles im Vorwort verraten. Wir wünschen Euch also viel Spaß beim Lesen und schon jetzt einen guten Rutsch ins nächste Jahrtausend!

Eure



Redaktion

Letzte Meldung

Nach klarem Freispruch für Safwan Eid: Jetzt müssen die Nazis vor Gericht! Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus prüft juristische Schritte!

Nach fast vier Jahren der Verdächtigung, nach Untersuchungshaft und zwei Prozessen gibt es nun endlich einen klaren und eindeutigen Freispruch für Safwan Eid. Wesentlich deutlicher als das Lübecker Gericht erklärte Richter Strebos, daß es nicht nur keine Beweise für eine Schuld des Angeklagten gebe, sondern im Gegenteil deutliche Anzeichen für seine Unschuld.

Doch bei aller Freunde: Die einseitige - und in ihrem Ergebnis rassistische - Festlegung der Lübecker Polizei und Staatsanwaltschaft auf einen Flüchtling als Täter hat ernsthafte Ermittlungen gegen die vier dringend tatverdächtigen Neonazis aus Grevesmühlen bis heute verhindert.

Wir finden uns damit nicht ab, daß - wie der Kieler Staatsanwalt erklärte - der folgenschwerste rassistische Brandanschlag in der Geschichte der BRD niemals aufgeklärt werden wird.

Es liegt umfassendes Beweismaterial gegen die jungen Männer aus Grevesmühlen vor:

- Sie hatten für Brandstifter typische Verbrennungen an Augenbrauen und Haaren
- Sie haben - entgegen den Behauptungen der Lübecker Staatsanwaltschaft - für die Tatzeit kein Alibi
- Sie waren nachweislich am Tatort und hatten Täterwissen (So schilderten sie in ihrer ersten polizeilichen Vernehmung Beobachtungen, die sie nur vor dem Eintreffen von Polizei und Feuerwehr am Brandort gemacht haben können.)
- Insbesondere Maik Wotenow hat die Tat mehrfach gestanden
- Sie hatten ein ausländerfeindliches Motiv
- Die Festlegung der Ermittler auf einen Brandausbruch im ersten Stock widerspricht zahlreichen Zeugenaussagen und ist nicht geeignet eine Täterschaft der Grevesmühlener auszuschließen

Bemerkenswert ist für uns, daß Richter Strebos in seiner Urteilsbegründung eine Festlegung auf die Unmöglichkeit einer Brandstiftung von außen - wie sie noch das Lübecker Gericht feststellte - ausdrücklich vermied.

Die Lübecker Staatsanwaltschaft ist jetzt aufgefordert, die Ermittlungen in diese Richtung umgehend wieder aufzunehmen und einen Prozeß gegen die Verdächtigen anzustrengen. Sollte hier auch nach dem Freispruch nichts geschehen, behalten wir uns juristische Schritte vor. Insbesondere prüfen wir in Zusammenarbeit mit Überlebenden des Anschlags die Möglichkeit eines Klageerzwingungsverfahrens, und/oder einer Anzeige gegen die Lübecker Staatsanwaltschaft wegen Strafvereitelung im Amt.

Den öffentlichen Druck für die Aufklärung des Lübecker Brandanschlages werden wir aufrecht erhalten und verstärken. Der Fall kann mit dem Freispruch für Safwan nicht erledigt sein - das sind wir den Opfern und Überlebenden schuldig.

Entschädigung für Zwangsarbeit ?
- Deutsche Industrie spielt weiter auf Zeit

Eigentlich sollten - so hatte es jedenfalls Bundeskanzler Schröder kurz nach seinem Amtsantritt verkündet - die ersten Geldzahlungen an ehemalige NS-ZwangarbeiterInnen „schon" zum 1. September gezahlt werden. Die Blockadehaltung der deutsche Unternehmen und ihrer Verhandler Bodo Hombach und Otto Graf Lambsdorff aber hat eine Lösung bisher verhindert.

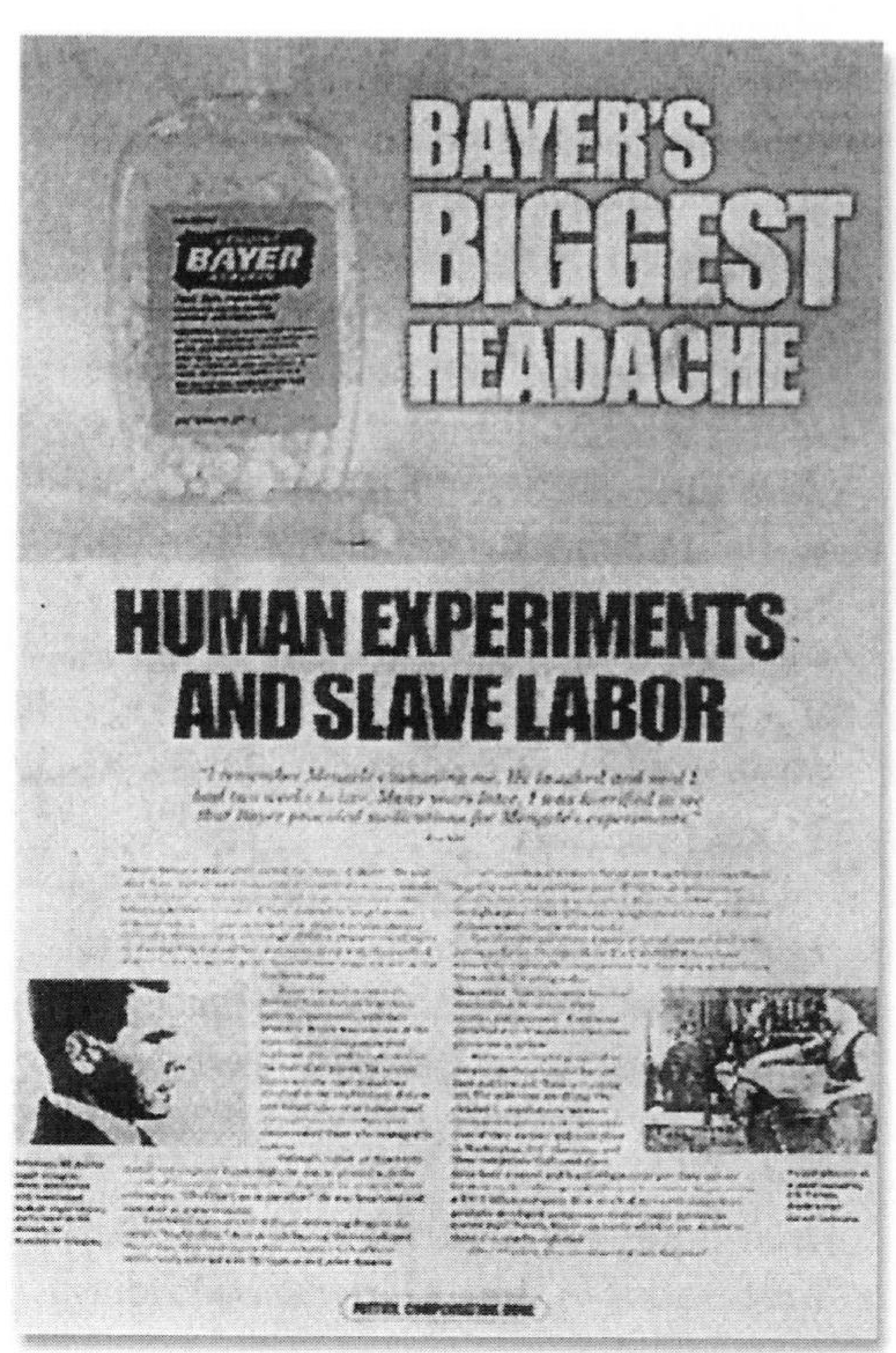
Das Anfang Oktober von den deutschen Vertretern vorgelegte Angebot sieht vor, daß 6 Milliarden Mark für eine Entschädigung der überlebenden ZwangsarbeiterInnen bereitgestellt werden könnten. Davon sollen die Unternehmen 4 Milliarden, die Bundesregierung 2 Milliarden übernehmen. Für die etwa 230.000 überlebenden KZ-ZwangsarbeiterInnen („Sklavenarbeiter") wären dies jeweils etwa 10.000 Mark; diejenigen, die in deutschen Unternehmen arbeiten mußten, sollen ca. 3.500 Mark erhalten. Das übrige Geld soll vor allem an Opfer antisemitischer Raub- und Diebstahlsaktionen („Arisierungen") und Opfer medizinischer Experimente gehen.

Neben den 16 bereits seit längerem beteiligten Unternehmen haben 20 weitere signalisiert, daß sie sich eventuell beteiligen werden. Aber, so betonte der Sprecher der deutschen Unternehmen, Gibowski Anfang September: „je mehr Unternehmen in der Stiftung sind, desto geringer wird der eigene Beitrag".[1]

Die größte Zahl der von Sklaven- und Zwangsarbeit profitierenden Unternehmen denkt gar nicht an eine Beteiligung. Die Mittelstandsverbände „Bundesverband mittelständischer Wirtschaft" und „Vereinigung Mittelständischer Unternehmer" behaupten, sie ginge das nichts an. Auch der Bauernverband will sich nicht beteiligen, ein Sprecher schlug gar vor, das Wort „Zwangsarbeiter" durch „Fremdarbeiter" zu ersetzen.

Unternehmen sehen sich im Aufwind

Die deutschen Unternehmen sehen sich im Aufwind, nachdem zwei Gerichte im US-Bundesstaat New Jersey Sammelklagen gegen Degussa, Siemens und Ford mit der Begründung abgewiesen haben, diese Frage gehöre nicht vor ein Gericht, sondern sei in der politischen Arena zu entscheiden. Damit ist aus Sicht der Unternehmen die Wahrscheinlichkeit beträchtlich gesunken, daß sie durch die Sammelklagen vor USA-Gerichten zur Zahlung zweistelliger Milliardenbeträge verurteilt werden. Diesen Weg hatten überlebende ZwangsarbeiterInnen eingeschlagen, weil fast alle deutsche Unternehmen noch immer nicht bereit sind, Entschädigungen zu leisten. Von einer Bereitschaft, ihre aktive Teilnahme und Verantwortung für die Entstehung und den Terror des Nazi-Regimes anzuerkennen, ist ohnehin nichts zu spüren.



Kanzler Schröder und Chefverhandler Lambsdorff finden das nun vorliegende Angebot völlig ausreichend; Lambsdorff erklärte eine weitere Aufstockung für ausgeschlossen. Der Stiftungssprecher Wolfgang Gibowski rief die Anwälte der ZwangsarbeiterInnen auf, mit dem „Feilschen" aufzuhören: „Uns geht es hier um die Opfer und nicht darum, dass sich die Anwälte eine goldene Nase verdienen"[2] - ganz so, als seien es nicht die deutschen Unternehmen, die sich seit über 50 Jahren mit immer neuen Geschichtsfälschungen, juristischen Tricks und politischem Druck der Übernahme von Verantwortung entziehen. Lambsdorff hatte gar die Stirn, die Opfer mit der Drohung zu erpressen, sie stünden „vor der Entscheidung zwischen diesem Betrag und Null".

Das zynische Spiel auf Zeit der Unternehmen und der Bundesregierung hat Methode: je später es zu einer Vereinbarung kommt, desto kleiner ist der Kreis der oft hochbetagten und kranken Anspruchsberechtigten. Deshalb hat die PDS Anfang Oktober gefordert, noch 1999 eine Bundesstiftung einzurichten und per 1. Januar 2000 sofort an jeden überlebenden Zwangsarbeiter eine Abschlagszahlung von 10.000 Mark zu leisten; auch die Organisation Ak-

tion Sühnezeichen fordert von der Bundesregierung ein Gesetz, mit dem eine Stiftung geschaffen wird, in die deutsche Firmen Beiträge zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter einzahlen. Die Summen sollen sich „an der Höhe ihrer durch Zwangsarbeit erzielten Gewinne" orientieren und nicht im freien Ermessen der Firmen liegen. 79 Firmen wurden schriftlich aufgefordert, „öffentlich ihre Bereitschaft zu erklären, sich mit einem angemessenen Betrag" an der Stiftung zu beteiligen.

In den USA sind derweil in der New York Times ganzseitige Anzeigen geschaltet worden, die exemplarisch die Firmen Mercedes, Bayer und den deutschen Ford-Konzern als Profiteure der Zwangs- und Sklavenarbeit benennen: „Mercedes-Benz - Design. Leistung. Sklavenarbeit" und „Bayers größter Kopfschmerz - Menschenversuche und Sklavenarbeit". Weitere Anzeigen sind für den Fall angekündigt, daß die deutsche Industrie an ihrer Blockadepolitik festhält. Dann sollen die jährlichen Profite dieser Unternehmen den den überlebenden Opfern angebotenen Brotsamen gegenübergestellt werden. Die Kampagne ist möglicherweise eine Vorstufe zu den in einzelnen Bundesstaaten der USA zum Teil schon beschlossenen Boykotten gegen deutsche Unternehmen. Der Bundesstaat Kalifornien hat angekündigt, er werde Übernahmepläne der Versicherungsgruppe Allianz so lange blockieren, bis der Konzern mehr Kooperationsbereitschaft gegenüber den NS-Opfern zeigt. Besorgt mahnte das VW-Vorstandsmitglied Klaus Kocks denn auch eine Erhöhung des Stiftungsvermögens zur Entschädigung der überlebenden Zwangs- und SklavenarbeiterInnen an, denn „das außenwirtschaftliche Risikopotential wird immer größer".[3]

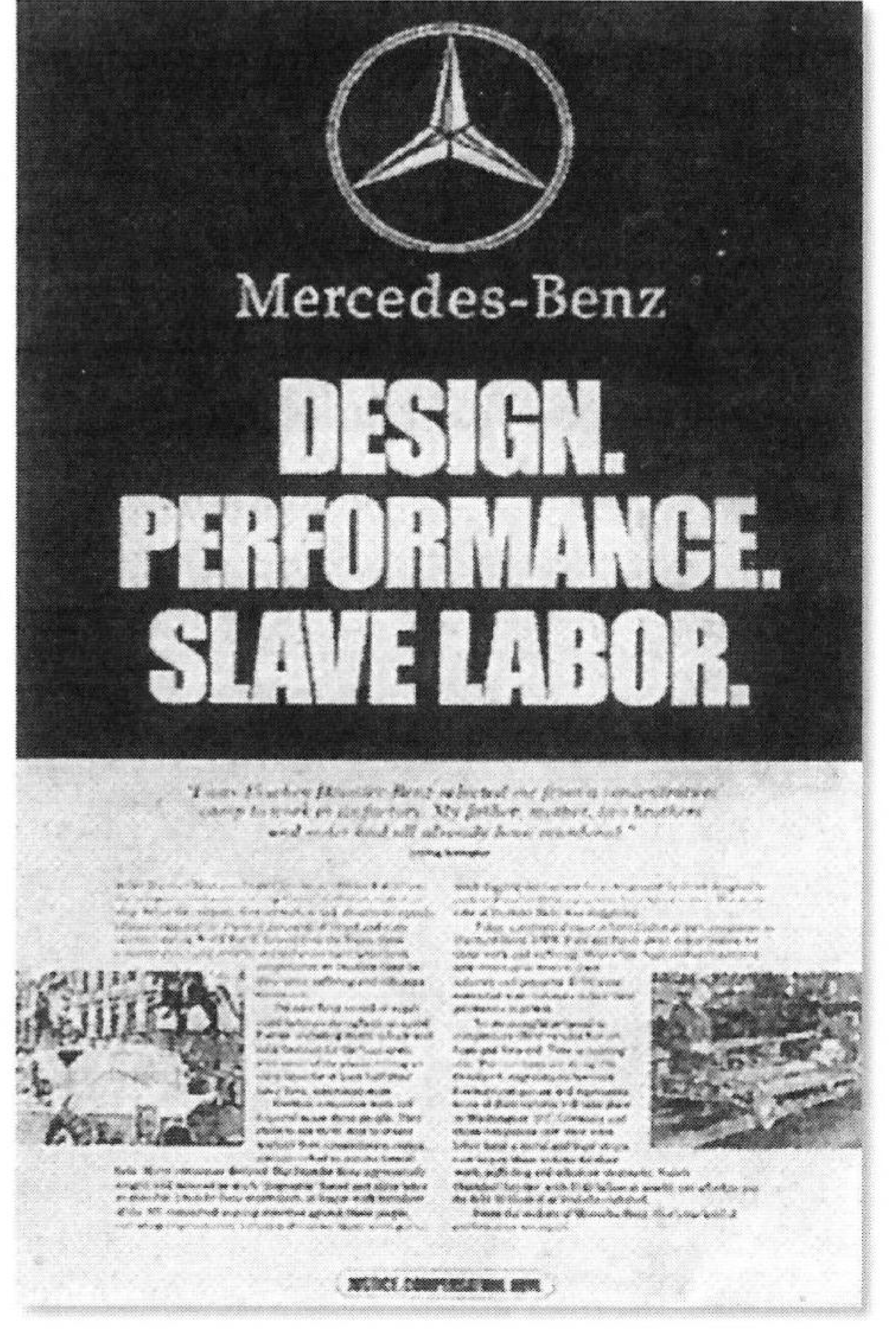
Betrag ist viel zu gering

Die mit der Vertretung der Interessen der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen beauftragten Anwälte fordern zwischen 30 und 40 Milliarden Mark als angemessene Summe. Die Opfer warteten nun seit 55 Jahren, und die nun vorgelegten Entschädigungssummen der deutschen Seite würden weniger als 5 Mark am Tag ausmachen, so Noah Flug, der Generalsekretär des Dachverbandes der Verfolgten des Naziregimes in Israel. Der Münchner Anwalt Witti geht davon aus, daß mindestens über 10.000 Mark für jede/n ZwangsarbeiterIn und über 15.000 Mark für jede/n SklavenarbeiterIn aus dem KZ gezahlt werden müssen.



Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen haben inzwischen gezeigt, in welchem Umfang sich Industrie und Banken - letztere zeigen sich noch immer besonders unkooperativ - bereichert haben. Die im Reichsgesetzblatt veröffentlichte „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter" vom 30. Juni 1942 sieht vor, daß von dem ohnehin niedrigen Lohn die Kosten für Unterkunft, Bekleidung, Schuhe usw. abzuziehen sind. Und selbst der klägliche Rest wurde oft nicht gezahlt. Bei Recherchen für das 1969 veröffentlichte Buch des Historikers Hieronim Orzeszek *„Menschen mit dem P-Abzeichen"* zeigte sich beispielsweise, daß mindestens die Hälfte des den polnischen Zwangsarbeitern zwischen 1939 und 1945 zustehenden Mindestlohns nicht ausgezahlt wurde. Der verstorbene Wissenschaftler Alfons Klafkowski hat 1990 die Gesamtsumme des so ausgebliebenen Lohns auf ca. 20 Mrd. DM beziffert - er ging dabei von einer Reichsmark täglich für alle in der deutschen Kriegswirtschaft zwangsbeschäftigten PolInnen aus. Zwar wurden 500.000 Mark im Rahmen der zwischen dem früheren Bundeskanzler Kohl und dem polnischen Premier Bielecki vereinbarten deutsch-polnischen Versöhnungsstiftung aufgebracht und unter den 600.000 im Jahr 1991 noch lebenden polnischen Deportierten aufgeteilt; diese Summe ergibt für einen Monat Zwangsarbeit umgerechnet 20 Mark und wurde von vielen als demütigendes Almosen empfunden. Allein die in 55 Jahren aufgelaufenen Zinsgewinne für geraubte Sklavenlöhne würden ausreichen, jeder/jedem überlebenden früheren ZwangsarbeiterIn ein menschenwürdiges Erleben der letzten Tage zu ermöglichen. Die Blockadehaltung der deutschen Seite wird in Polen von der oppositionellen Zeitung *Trybuna* bis zur regierungsnahen *Rzeczpospolita* denn auch mit Kritik an den entwürdigenden Erpressungsversuchen Lambsdorffs kommentiert.

Geht es nach dem Willen der deutschen Unternehmen und der Regierung, so soll mit den angebotenen 6





Milliarden auch alles abgegolten werden, was aus „Arisierungen" noch zu entschädigen ist. Der Historiker Michael Hepp hat vorgerechnet, daß im Deutschen Reich Juden über ein Vermögen in Höhe von 14,3 Mrd. Reichsmark verfügten. Davon seien über 80% beschlagnahmt oder vernichtet worden, also etwa 10,3 Mrd. Reichsmark. Multipliziert man diesen Betrag mit 10, was etwa bei den Entschädigungszahlungen Schweizer Banken vereinbart wurde, so sind dies nach heutigem Wert allein für das Gebiet des sogenannten Deutschen Reichs 100 Mrd. Mark. Der Raub jüdischen Vermögens im Ausland ist darin noch nicht enthalten: Allein in Warschau wurden Immobilien in Höhe von einer Mrd. Reichsmark konfisziert; in Holland Werte von über einer Mrd. Reichsmark. Aus diesen „Arisierungsvorgängen" haben die Banken auf vielfältige Art Gewinn gemacht. Zum Teil gründeten sie für die Abwicklung derartiger Raube eigene Tochtergesellschaften. Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank haben allein durch Provisionen und Bankgebühren im Zusammenhang mit den „Arisierungen" rund 290 Millionen Reichsmark (=1,9 Mrd. DM heutiger Wert) verdient. Demgegenüber sind derzeit acht Prozent des 6-Mrd.-Mark-Betrages als Entschädigung für „Arisierungsgeschäfte" vorgesehen. Nicht immer sind deutsche Unternehmen und Banken so knauserig: als die deutsche Bank das US-Unternehmen Bankers Trust aufkaufte, zahlte sie an Frank Newman 100 Millionen Mark Abfindung; Richard Daniel bekam 25 Millionen. Sie waren die leitenden Herren der aufgekauften Bank.

Um zu einer raschen Vereinbarung zu kommen, haben die Opferverbände schon manche Kröte geschluckt: Sie haben Lambsdorff als Unterhändler akzeptiert, obwohl mehrere Überlebende des Holocaust ihn für untragbar halten. Der Wuppertaler Historiker Stephan Stracke konnte dokumentarisch belegen, daß Lambsdorff als Aachener FDP-Politiker Anfang der 50er Jahre Lobbyist verurteilter Nazifunktionäre war und eine Generalamnestie für verurteilte Naziverbrecher forderte. Und trotz der als „empörend" niedrig empfundenen Angebote der deutschen Seite wollen sie die Verhandlungen nicht platzen lassen. Ihr Ziel bleibt weiterhin die bereitgestellte Entschädigungssumme auf einen zweistelligen Betrag zu bringen - ihr Kampf bedarf beträchtlich größerer Unterstützung durch antifaschistische Gruppen als bisher.

VF

Konzentrationslager Auschwitz III/3
FS.-Dienst
Aufgenommen: Tag Monat Jahr Zeit 30. Juli 1943 2016 durch Ph
K. L. Auschwitz 4685
Befördert: Tag Monat Jahr Zeit 4-38 an ak.122 durch

+ ORANIENBURG NR. 4685 30.7.43 2010 =K=
AN DEN LAGERKOMMANDANTEN DES KL. AUSCHWITZ.=
FAHRTGENEHMIGUNG FUER EINEN LKW. VON AUSCHWITZ NACH DESSAU UND ZURUECK ZWECKS ABHOLUNG VON ZYKLON WIRD HIERMIT FUER DEN 30.7.43 ERTEILT.=
DEM KRAFTFAHRER IST DER SS-SONDERAUSWEIS - K MITZUGEBEN.=
DER CHEF DER AMTSGRUPPE D. GEZ. G L U E C K S
SS- BRIGADEFUEHRER U. GENERALMAJOR DER WAFFEN-SS++

1 Vgl. Berliner Zeitung vom 4. September 1999

2 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12. Oktober 1999

3 vgl. Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 1999

Porsche kompromißlos

Der Sportwagenhersteller Porsche lehnt es ab, einem ehemaligen Zwangsarbeiter aus Polen 15.000 Mark zu zahlen. Einen entsprechenden Vergleichsvorschlag hatte die Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart angeregt. Der damals 17-jährige Schlosserlehrling wurde 1942 festgenommen und nach Stuttgart deportiert, wo er zwölf Stunden täglich an sieben Tagen die Woche bei einem Stundenlohn von 38 Pfennig arbeiten mußte. Czeslaw Kobierski klagte auf 88.000 Mark Arbeitslohn und 10.000 Mark Schmerzensgeld, was das Gericht herunterstufte, weil es die Sache als verjährt ansah, zugleich aber den „ethischen Schwarzen Peter" bei Porsche sah. Porsche will nichts zahlen, weil die heutige Porsche AG nicht Rechtsnachfolgerin der damaligen Porsche KG sei. Das Urteil wird für den 24. November 1999 erwartet. Porsche will sich auch nicht am gemeinsamen Fond beteiligen, so Firmensprecher Manfred Ayasse, weil man - so die dreiste Begründung - nicht wisse, ob es damals bei Porsche 5, 10, 20 oder 30 Zwangsarbeiter gegeben habe. „Vergessen" hat er dabei wohl das eigene Zwangsarbeiterlager im Stuttgarter Ortsteil Zuffenhausen, wo nach den erhaltenen Unterlagen 1480 Russen, 1052 Russinnen, 498 Kinder untergebracht waren. Ohne Anhang mit historischen Dokumenten muss nun auch die jüngst erschienene Biographie des VW-Chefs Ferdinand Piëch auskommen. Die ursprüngliche Fassung enthielt Material über die Rolle des Piëch-Großvaters Ferdinand Porsche und seines Vaters und damaligen VW-Chefs Anton Piëch; die Dokumente belegen, daß Porsche bei den NS-Machthabern 1944 darum gebeten hatte, ein Werk zum Bau der „Geheimwaffe", das 3500 Arbeitskräfte braucht, als KZ-Betrieb zu übernehmen".

Rot-Grün für Degussa

Die Bundesregierung hat mit einem „Amicus Curiae"-Schreiben dafür gesorgt, daß in den USA Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter gegen die Degussa Hüls AG abgewiesen wurden. „Amicus Curiae" (Freund des Gerichts) ist ein in der US-Justiz übliches Rechtsinstrument, in dem eine von der Klage nicht betroffene Person oder Institution seine Auffassung zum Klagegegenstand vorbringt. Während die polnische Regierung bestätigt hatte, daß es Rechtsansprüche ehemaliger ZwangsarbeiterInnen gegen deutsche Unternehmen gibt, hatte die Bundesregierung mit nachweisbar falschen Behauptungen einen gegenteiligen Befund eingereicht und so getan, als wären die Unternehmen von den Nazis zur Beschäftigung von ZwangsarbeiterInnen gezwungen worden. Auch auf eine folgende Bundestagsanfrage der PDS nach den Gewinnen der DEGUSSA und ihrer Tochterfirmen aus der Vernichtungsmaschinerie der Nazis antwortete Staatsminister Volmer (Bündnis `90/Die Grünen), daß dazu keine Erkenntnisse vorlägen. Doch schon der im Mai 1998 veröffentlichte Zwischenbericht einer unabhängigen Expertenkommission „Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg" weist auf die DEGUSSA im Zusammenhang mit dem Einschmelzen von Zahngold hin. Danach wurden alleine von dem eingeschmolzenen Gold der KZ-Häftlinge und aus der „T4-Aktion" von der Reichsbank 4,2 Millionen Dollar an die DEGUSSA überwiesen.

In dem Beitrag zur Zwangsarbeit in der letzten *Enough* fehlte bei der Abbildung des Firmenausweises von Etwuch Jakowec der Hinweis, daß wir die Abbildung dem AKENS-Info Nr. 35 entnommen haben. Für das technisch bedingte Versäumnis bitten wir um Nachsicht.

Hamburger Senat entschädigt nicht

In der Hansestadt Hamburg gibt es auch weiterhin kein unbürokratisches Vorgehen bei der Entschädigung. SPD, GAL und CDU lehnten einen Antrag ab, in dem gefordert wurde, daß der Senat Entschädigungen zahlen soll. Anlaß ist eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Hamburg; dort klagte eine 72jährige Polin gegen die Hansestadt, weil sie auf einem landwirtschaftlichen Gut der Hansestadt Zwangsarbeit leisten mußte. Der Richter hatte Ende August bei einem Gütetermin der Stadt die Zahlung von 13.000 Mark vorgeschlagen; das war abgelehnt worden. Daraufhin wurden 5.400 Mark von Privatpersonen als humanitäre Hilfe gesammelt. Auch einzelne Abgeordnete außerhalb der linken Regenbogen-Fraktion, die den Antrag eingebracht hatte, sprechen sich für eine rasche Entschädigung aus, z.B. die SPD-Abgeordnete Silke Urbanski.

Aufstand des Gewissens?

Nach der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" ist in Kiel im Landeshaus am Düsternbrooker Weg im Dezember die Ausstellung „Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945" zu sehen. Sie wurde 1984 im Auftrage des „Verteidigungs"ministeriums vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt erstellt. Für die Bundeswehr ist das Attentat von Offizieren vom 20. Juli 1944 zu einer tragenden Linie ihres Traditionsverständnisses geworden.

Als die Ausstellung im Herbst 1985 im Kieler Rathaus zu sehen war, gab es nicht nur Proteste antifaschistischer Gruppen, auch die Die Grünen im Rathaus forderten den Abbau der Ausstellung, weil darin auch Widerständler zu Ehren kommen, denen es vor allem um die Abwendung einer völligen Niederlage, d.h. die Rettung „Großdeutschlands" ging, und die dieses außenpolitische Ziel mit antisemitischen Einstellungen und autoritären Regierungsmodellen zu vereinbaren wußten. Für SPD, FDP und CDU war die Forderung der Grünen schlicht „geschmacklos".

Der Historiker Christian Gerlach hat anläßlich der 50. Wiederkehr und der offiziellen Ehrung des 20. Juli darauf hingewiesen, daß zu den Offiziersverschwörern, die 1943 und 1944 an den Planungen, Hitler in die Luft zu sprengen, beteiligt waren, auch einige gehörten, die zugleich an Massenverbrechen beteiligt waren. Mit Blick auf die von ihm untersuchte Oppositionsgruppe im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte stellte er zunächst mit Blick auf die Geschichtsschreibung fest: „Im Mittelpunkt der vorhandenen Geschichtswerke zur dortigen Oppositionsgruppe (Erinnerungsbücher von Fabian von Schlabrendorff, von Gersdorff, Philipp Freiherr von Boeselager und eine Tresckow-Biographie) stehen (...) die feinen Verästelungen der Verschwörung, die Pläne zur Beseitigung Hitlers und tiefsinnige Gespräche über Moralfragen. (...) In den Erinnerungs-

berichten finden auch die deutschen Verbrechen im Raum der Heeresgruppe Erwähnung, allerdings fast ausschließlich die Morde an den Juden und den Kommissaren (Politoffizieren) der Roten Armee. Sie seien gerade der Anstoß für die aktive Betätigung gegen Hitler gewesen. Tenor dieser Darstellungen ist, daß das Oberkommando der Heeresgruppe und ihr Offizierskorps verhinderten, was zu verhindern war, (...) man konnte aber nicht verhindern, was man nicht wußte, und gerade bezüglich der Morde an den Juden führte die SS die Offiziere hinters Licht, tötete heimlich, meldete, wenn überhaupt, unvollständig, und protestierten die Generalstäbler, drohte ihnen die SS."[1] Dabei waren von Gersdorff und von Tresckow bestens informiert. Sie erhielten die Berichte der sog. Einsatzgruppe B, einem Mordkommando, dem Hunderttausende zum Opfer fielen - und lasen sie auch, wie entsprechende Vermerke auf den erhalten gebliebenen Akten zeigen. Kritische oder ablehnende Anmerkungen finden sich von den beiden Offizieren nicht. Gersdorff war schließlich als sog. „Abwehr- und Nachrichtenoffizier" auch verantwortlich für die im Gebiet der Heeresgruppe Mitte tätige Geheime Feldpolizei. Auch sie war in großem Umfang an Mordtaten beteiligt. In der Ausstellung „Aufstand des Gewissens" finden sich auf der Tafel 30 Angaben zum „Widerstandszentrum im Stab der Heeresgruppe Mitte": „Tresckow stammte aus einer traditionsreichen preußischen Offizierfamilie. Den Nationalsozialismus lehnte er als unmoralisch ab und hielt es schon im Sommer 1939 für seine Pflicht, Hitler und sein Regime zu Fall zu bringen, um Deutschland und Europa vor der Gefahr der Barbarei zu retten."[2] Das hinderte ihn und andere Offiziere seines Stabes jedoch nicht daran, sich an eben dieser Barbarei zu beteiligen. Von Tresckow unterschrieb noch drei Wochen vor dem Attentat des 20. Juli als Chef des Generalstabes der 2. Armee einen Befehl, in dem es hieß: „Bei Bandenunternehmen den Banden abgenommene Jungen und Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren die körperlich gesund und deren Eltern nicht auffindbar oder als nicht arbeitsfähige Personen in den für Restfamilien (Bodensatz) vorgesehenen Räumen zusammenzuziehen sind, sind ins Reich abzuschieben." Auch zu solchen Verschleppungsaktionen schweigt die Ausstellung sich aus.



Ein Angehöriger einer Streife der deutschen Feldgendarmerie erschießt einen „Bandenverdächtigen" am Rande eines Getreidefeldes

Zu Graf von Stauffenberg heißt es auf der Tafel 31 u.a.: „Obgleich Stauffenberg die Revision des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung der alten Großmachtstellung Deutschlands wünschte, hielten in Herkunft und Erziehung davon ab, Nationalsozialist zu werden..." Der Wunsch nach einer Weltmachtstellung Deutschlands führte jedoch Nazis, andere extreme Rechte und Konservative zusammen und war mit dem Antikommunismus eine wesentliche Tragkraft dieses Bündnisses. Wo sich Opposition entwickelte, so war dies in vielen Fällen - insbesondere zunehmend angesichts der sich abzeichnenden Niederlage - der Befürchtung geschuldet, die Nazis würden Deutschland schaden, so daß dessen territoriale Ausdehnung und militärische Macht schrumpfen würde.

Die anläßlich vieler offizieller Gedenkreden und in weiten Teilen der Ausstellung praktizierte - und den historischen Tatsachen eben nicht entsprechende - Gegenüberstellung von Stauffenberg & Co. einerseits und dem NS-Regime andererseits wurde zu einem wichtigen Bezugspunkt der Traditionsbildung der Bundeswehr, aber auch darüber hinaus. An der ihr zugrundeliegenden Legendenbildung arbeiteten deutsche Offiziere nach Kriegsende fleißig mit. Ab 1946 fanden sich über 300 höchste Wehrmachtsoffiziere in der Operational History German Section (OHGS) zusammen. Diese war von der USA-Regierung ins Leben gerufen worden, um die Kriegserfahrungen der Wehrmacht, insbesondere gegen die Rote Armee, zu sammeln und auszuwerten. Bis zum März 1948 waren in der OHGS über 1000 derartige Manuskripte entstanden, bis 1965 insgesamt etwa 2500.

Die Autoren - wegen ihrer Internierung oder Kriegsgefangenschaft verbittert - begriffen ihre Schreibtätigkeit zunächst als Überwindung eines herabgesetzten Status. Die Historical Division der US-Armee, unter deren Dach die OHGS arbeitete, hatte den früheren Generalstabschef der Wehrmacht Franz Halder für die Mitarbeit an führender Stelle gewonnen. Seit Mitte 1947 war er als Mittler zwischen den deutschen Offizieren und den Behörden der USA tätig. Er war auch maßgeblich für die Durchsetzung gewisser Grundlinien in den Ausarbeitungen der OHGS verantwortlich. Halder wollte den Generalstab entschuld(ig)en und die Verantwortung für die Verbrechen Hitler



Öffentliche Hinrichtung eines „Partisanenverdächtigen" durch Angehörige der deutschen Feldgendarmerie

und dem Oberkommando des Heeres zuschieben. So wurde die „saubere Wehrmacht" von der Waffen-SS abgegrenzt; die Kriegsführung der Generäle wurde als professionell bewertet und die Schuld für militärische Fehlschläge Hitler und den Witterungsbedingungen angelastet. Schließlich wurde auch argumentiert, die Kriegsführung sei durch den Nationalsozialismus und dessen politische Ziele mißbraucht worden.

Halder stand der sog. „Kontrollgruppe" innerhalb der OHGS vor, die die Ausarbeitungen der Offiziere kontrollierte und deren Manuskripte zum Teil überarbeitete. Die Geschichtsschreibung zu einzelnen Divisionen des deutschen Heeres sollten zum Beispiel mit den jeweiligen Oberbefehlshabern abgestimmt werden. Generalfeldmarschall Küchler, der im Gefangenenlager Garmisch einsaß und noch 1947 mit dem Titel „Generalfeldmarschall" angesprochen werden wollte, erließ entsprechende Richtlinien. Danach sollten die Ausarbeitungen keine Kritik an der Wehrmacht enthalten; es durften keine deutschen Soldaten belastet werden; die militärischen Leistungen der deutschen Soldaten seien zu würdigen, und die Arbeiten sollten eng mit seinem Mitarbeiter General Erfurt abgestimmt werden.

Halder begründete seine Mitarbeit 1946 mit der Notwendigkeit zur Fortsetzung des „antibolschewistischen Kampfes" gegen die Sowjetunion. Die „persönliche Verstrikkung" galt dabei als Ausweis besonderer Kompetenz, die nun für die Schulung der nächsten Offiziersgeneration zu sichern sei. Schließlich waren es die Generäle der Wehrmacht, die als einzige über das Thema „Landkrieg im Osten" schreiben konnten. So entstand in Deutschland eine Geschichtsschreibung der Besiegten.

1 zit. nach Christian Gerlach:
'Männer des Widerstands'
und der Massenmord.
In: Freitag 30/1994, S. 13/14

2 nach dem offiziellen Ausstellungskatalog von 1985, S. 135

Die extreme Rechte zum 20. Juli

„Ob die erfolglosen Attentäter des 20. Juli 1944 Hoch- und Landesverrat begingen, will und kann ich hier nicht beantworten. (...) Für die tragenden Kräfte des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus stand unter anderem der Verbleib der Sudetengebiete und Deutsch-Österreichs beim Deutschen Reich - nach einem Friedensvertrag - außer Frage. (...) Ein Verzicht auf Ostdeutschland wäre nie in Frage gekommen."

R.-J. Eibicht in Deutschland 7-8/1999

„Alle Jahre wieder (...) lassen die Etablierten der Bundesrepublik zum Jahrestag des Bombenanschlags auf Hitler am 20. Juli 1944 den Attentäter Claus Graf Schenk von Stauffenberg hochleben (...) Auffällig ist, daß nichts von seiner politischen Gesinnung gebracht wird. Des Rätsels Lösung: Stauffenberg stünde heute mit seinen Anschauungen und Forderungen als ‚Rechtsextremist' im sogenannten Verfassungsschutzbericht und könnte als ‚rechter Radikaler' im öffentlichen Dienst noch nicht einmal Pförtner bei Scharping geschweige denn wie seinerzeit hochrangiger Stabsoffizier (...) werden."

Deutsche National-Zeitung 29/1999

„20. Juli 1944: Vergessene Dokumente des deutschen Widerstandes zeigen Größe und Tragödie eines Versuchs, Deutschland vor dem Untergang zu retten."

Junge Freiheit 29/1999

Veranstaltungshinweis

Am 16. Dezember findet in Kiel in der Zeit von 10-14 Uhr im Landeshaus am Düsternbrooker Weg eine Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Aufstand des Gewissens" statt. In ihrem Rahmen sprechen auch Christian Gerlach und Karl-Heinz Janßen, Mitautor des Buches „Der Krieg der Generäle - Hitler als Werkzeug der Wehrmacht".

Nationalsozialistische Front: Politik und Gewaltromantik

Seit den 80er Jahren propagieren neonazistische Gruppen in Schweden immer offener Gewalt und politischen Terror gegen ihre Gegner. Deren Propaganda beeinflußt natürlich die Einstellungen und Taten der jüngeren Aktivisten. In den letzten zehn Jahren ist die rassistische Gewalt ständig angestiegen. Nunmehr geht es allerdings nicht mehr um Fälle von alltäglichen Übergriffen oder Belästigungen von MigrantInnen und Homosexuellen. Die faschistische Gewalt nimmt mittlerweile terroristische Formen an.

Nach den Polizistenmorden in Malexander wurde bekannt, daß die beiden Verdächtigen Verbindungen zur Nationalsozialistischen Front (NSF) haben; der eine hatte eine führende Position in der Organisation. Als die NSF-Führung davon in Kenntnis gesetzt wurde, nahm sie schnell Abstand von den Morden, erklärte jedoch, daß sie die beiden verdächtigen „Kameraden" so weit wie möglich unterstützen werde.

Anders Hägström, der Führer der NSF, erklärte, die Morde hätten mit den politischen Einstellungen der „Kameraden" oder mit deren Mitgliedschaft in der Organisation nichts zu tun.

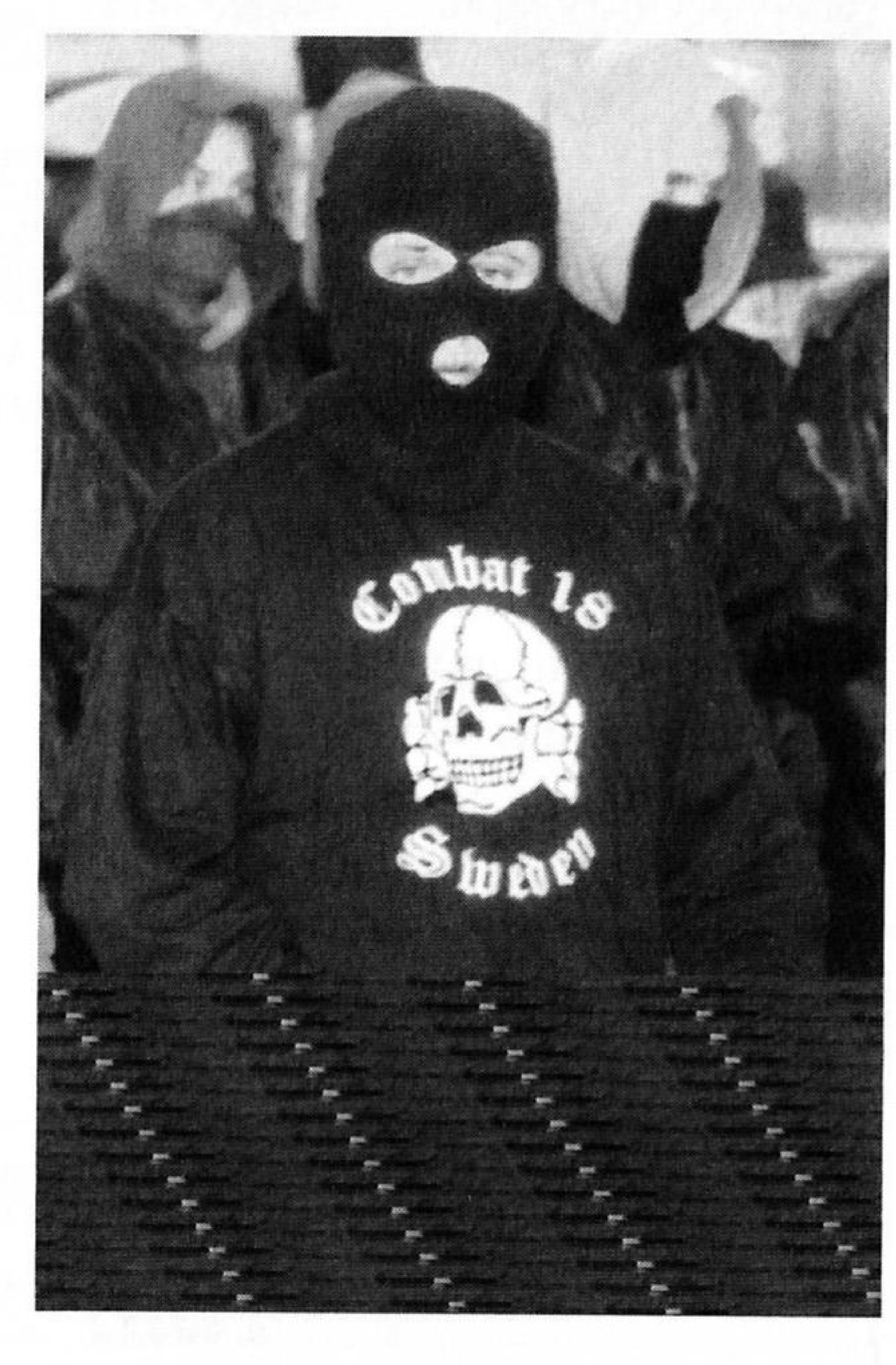
NSF behauptet immer wieder sie sei eine politische Partei und unterstütze keine Mordaufrufe oder ähnliches. NSF Publikationen sprechen jedoch eine völlig andere Sprache. In der NSF-Zeitung *Den Sanne Nationalsocialisten* (Der wahre Nationalsozialist, DSNS) wird zum Beispiel in Ausgabe Nr. 2/1997 erklärt, wie mit „Feinden" umzugehen ist: „Benutze dieselben Methoden oder Schlimmeres gegen diesen feigen Abschaum. Bereue nichts, glaube nie, daß du zu brutal gehandelt hast. Jeder Rote, den du köpfst, ist nur die Rache für ermordete Kameraden. Ein guter Rat an alle Nationalisten ist, dein Heim und dich selbst vor Übergriffen zu schützen. Und schrecke nicht davor zurück, in die Stirn der ersten roten Sau, die dir und deinen Angehörigen schaden will, eine Axt zu graben."



SoS-Truppe

Innerhalb der NSF gibt es eine Abteilung, die sich *Skydd och Sökerhet* (Schutz und Sicherheit, SoS) nennt. Aufgabe dieser Abteilung ist es, bei Demonstrationen in der ersten Reihe zu gehen und bei verschiedenen Treffen für die Sicherheit der Teilnehmenden zu sorgen. Darüber hinaus funktioniert SoS wie eine eigene Anti-Antifa für die NSF. SoS hat zur Aufgabe, alles über NSF Gegner herauszufinden.

Hans Himmler Petersson, 32 Jahre alt, ist einer der Führer von SoS und seit mehreren Jahren eine der Hauptpersonen hinter *Ragnarock Records*. In DSNS Nr. 4/97 beschreibt er die Zukunftsaussichten der faschistischen Bewegung: „Die heutige NS-Bewegung befindet sich in politischem, wenn auch bisher noch nicht bewaffnetem Krieg gegen das Verbrecherregime. Unsere Re-



aktion auf Verrat der Bewegung wird wie ein klarer Blitz vom Himmel kommen, schnell, brutal und völlig natürlich."

NSF-Klippan

Eine der aktivsten Ortsgruppen der NSF in den letzten Jahren ist die in Klippan, einem kleinen Ort in Südschweden. Mitglieder der NSF-Klippan sind für eine Anzahl schwerer Verbrechen verurteilt worden, unter anderem für schwere Körperverletzung. Ein Mitglied wurde verurteilt, weil er einen Migranten mit einem Messer angegriffen hatte. Nach der Verhandlung - er wurde auf Bewährung verurteilt - ging er zur Wohnung des Migranten und schoß mit einem Schrotgewehr durch das Fenster. NSF-Klippan hat größere Mengen Propagandamaterial und Zeitschriften produziert, unter anderem die

Zeitschrift *Ariskt Motstand* (Arischer Widerstand). In der Zeitschrift wird unter anderem beschrieben, wie man Sprengstoff herstellt, wie Autobomben plaziert werden und wie man seine Waffen reinigt und instandhält. Außerdem enthält sie Bilder und Adressen von sogenannten „Feinden der arischen Revolution". Die Vorliebe für Terrorismus beschränkt sich aber nicht auf NSF-Klippan. Durch die Beziehungen zu Ragnarock Records im nahgelegenen Helsingborg haben NSF-Aktivisten Gelegenheit gehabt, international gesuchte Terroristen, wie die österreichischen Briefbombenattentäter Christian Anderlee und Wolfgang Tomsits, kennenzulernen. Zu einem anderen Zeitpunkt wohnte ein bekannter englischer Verbrecher und Mitglied von *Combat 18* bei einem NSF-Aktivisten.

NSF-(tm)rebro

Im Winter 1998 gründete NSF eine neue Ortsgruppe in (tm)rebro, in Mittelschweden. Seitdem gab es immer wieder Probleme mit Nazis in der Stadt. Unter anderem äußerten sich diese in illegalen, gewaltsamen Demonstrationen und Verurteilungen wegen illegalen Waffenbesitzes und schwerer Körperverletzung. Die Aktivitäten der Nazis richten sich jedoch nicht ausschließlich gegen Migranten und normale BürgerInnen, sondern auch gegen Personen in konkurrierenden faschistischen Organisationen. Anfang 1999 wurden einige NSF-Aktivisten verhaftet, nachdem sie an dem Nazigeschäft Midgard in Göteborg vorbeigefahren waren und auf das Geschäft geschossen hatten.

An der Grenze zum Terrorismus

NSF hat eine recht widersprüchliche Einstellung zur Gewalt. Formell verurteilen sie immer wieder Gewalt und Verbrechen. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. NSF ist eine schwer kriminell belastete Organisation mit allem von Einbrechern bis Mördern unter ihren Mitgliedern. NSF Mitglieder leben in dem Glauben, von einer „jüdischen Verschwörung" bedroht zu sein, und meinen, der schwedische Justizapparat diskriminiere die Organisation. Sie drohen



damit, in den Untergrund zu gehen und in Zukunft terroristisch, „wie die IRA in Irland", vorzugehen, falls NSF verboten werden sollte. In ihrer Zeitschrift beschreiben sie dieses Szenario genauer: „Falls wir verboten werden, werden wir unsere Mitglieder zu illegalen Aktionen, wie Mord an Politikern, Briefbomben an Journalisten und Zerschmettern vo ????"

Der schwedische Sommer?

Faschistischer Terror in Schweden!

An den Sommer 1999 wird man sich in Schweden wegen des faschistischen Terrors zurückerinnern. Am Montag, den 28. Juni verübten bisher unbekannte Täter ein Bombenattentat auf die Journalisten Peter Karlsson und Katarina Larsson im Stockholmer Vorort Nacka. Beide überlebten, Peter Karlsson jedoch schwer verletzt. Zwei Tage später wurde ein Polizist in Malmö bei einem ähnlichen Attentat schwer verletzt. Einige Wochen vorher waren in Malexander zwei Polizisten von Neonazis erschossen worden, nachdem diese eine Bank ausgeraubt hatten.

Ob es sich bei den Taten um Einzelfälle handelt oder ob es ein Muster dahinter gibt, ist wie immer schwer auszumachen. Bei den Polizistenmorden in Malexander gibt es keinen Zweifel, daß Faschisten die Täter waren. Bei der Autobombe in Nacka sind die Schuldigen noch nicht gefaßt, aber alles deutet darauf hin, daß das Attentat einen rechtsextremen Hintergrund hatte. Peter Karlsson und Katarina Larsson wurden schon seit langem bedroht, vor allem wegen ihrer gründlichen Reportagen über die faschistische Szene. Die Ermittlungen in dem Fall der Autobombe in Malmö haben bisher noch keine Ergebnisse geliefert. Einige Personen aus der Umgebung der Hells Angels waren zunächst verdächtigt. Hells Angels sind eigentlich eher als eine kriminelle Organisation bekannt, es gibt aber auch dort eine Reihe rechtsextremer Einflüsse.

Die Serie von Übergriffen fing aber nicht erst in Malexander an und ist auch nach dem Sommer weitergegangen. Im August wurde ein Haus der antirassitischen Gruppe Levande Zon in Stockholm mehrfach von Faschisten angegriffen. In Südschweden war ein jüdischer Dirigent gezwungen, umzuziehen, nachdem er mehrfach von Faschisten angegriffen worden war.

Die Übergriffe in diesem Sommer beweisen, daß faschistische Gruppen organisierten Terror betreiben. Der einzige Unterschied zu früheren Jahren ist, daß die Übergriffe dieses Jahr schwerer waren und in den Medien eher beachtet wurden.

Einen anderen Unterschied gibt es allerdings noch. Anfang der neunziger Jahre sorgte ein rechtsextremer Attentäter, der sich selbst Lasermann nannte, für Schlagzeilen, als er in verschiedenen schwedischen Städten Migranten mit einer Pistole



bedrohte und einen von ihnen tötete. Der Lasermann war wirklich so ein verrückter Einzeltäter, wie die Medien rechtsextreme Attentäter gerne darstellen. Die Reaktion der schwedischen Gesellschaft auf seine Taten war gewaltig. Unterstützungsgruppen für die Opfer wurden gegründet, es wurde ein symbolischer Generalstreik ausgerufen, es gab eine lange und intensive Debatte in den Medien, an der sich viele Politiker und andere Prominente beteiligten. Das Attentat auf die beiden Journalisten in diesem Jahr war kein Werk eines verrückten Einzeltäters. Es war genau geplant und hatte zum Ziel, zwei Journalisten zu töten, die für ihre Reportagen über die faschistische Musikindustrie bekannt geworden waren. Nach diesem Attentat war es jedoch wesentlich stiller in den Medien. Es gab zwar eine Protestkundgebung und einen Aufruf, der von vielen Prominenten und Politikern unterschrieben wurde, aber dann ebbte das Interesse schnell ab. Eine größere Debatte über das Problem des faschistischen Terrors ist nicht in Sicht. Stattdessen behandelt die Polizei faschistische Übergriffe immer noch als Jugendsünden und beschreibt Nazis als besoffene Skinheads, die am Wochenende mal ihren Frust herauslassen. Wie falsch diese unschuldigen Beschreibungen sind, sollte eigentlich spätestens nach der Bombe in Nacka klar geworden sein.

Schwedische Nazis greifen Gewerkschaft an

Antifaschistische Großdemonstration in Schweden

Mehr als 10.000 Menschen haben sich am 24. Oktober in Schweden an gewerkschaftlichen Protesten gegen faschistischen Terror beteiligt. In rund 20 Städten wurde an die Ermordung eines 41-jährigen Gewerkschafters am 12. Oktober erinnert. Björn Söderberg war in einem Vorort Stockholms von drei Neonazis mit Kopfschüssen ermordet worden war.

Die Täter, die der Nazi-Gruppe „Schwedische Widerstandsbewegung" zugerechnet werden, übten damit offenbar Vergeltung dafür, daß Söderberg vor einigen Wochen die Wahl eines Neonazis zum Betriebsrat an die Öffentlichkeit gebracht hatte. Im Sommer war Björn Söderberg mit einem Arbeitskollegen in Streit geraten, der rassistische Musik abspielte. Erkundigungen ergaben dann, daß dieser Kollege, Robert Vesterlund, einer der führenden Köpfe der Stockholmer Neonaziszene ist. Nachdem Vesterlund im August in eine gewerkschaftliche Vertrauensposition gewählt worden war, organisierte Söderberg öffentliche Proteste dagegen. Nur wenige Tage danach bestellte sich Vesterlund, über die Postfachadresse der „unabhängig nationalsozialistischen" Zeitschrift Info 14! bei der Passbehörde ein Foto Söderbergs und die Auskunft über dessen Wohnadresse - dies ist in Schweden ganz legal möglich. Kurz darauf fand sich sein Foto auf Internetseiten der Faschisten.

Vor Beginn der Proteste, an denen auch Abgeordnete und VertreterInnen der sozialdemokratischen Regierung teilnahmen, war auf das Büro der Gewerkschaftsorganisation SAC in Gävle ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Dabei wurde der historische „Joe-Hill-Hof", benannt nach dem in Gävle geborenen Vorkämpfer der internationalen ArbeiterInnenbewegung, schwer beschädigt. An den Kundgebungen nahmen in Stockholm 8000 Menschen, in Gävle über eintausend und in Lulea im Norden rund 800 Protestierende teil. Nach einer jüngst veröffentlichten Umfrage sprechen sich 70 Prozent der SchwedInnen für ein Verbot neofaschistischer Organisationen aus. Der Vorsitzende der Zentralorganisation der Angestellten (TCO), Sture Nordh, kündigte ebenso wie der Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes (LO), Bertil Jonsson, eine gewerkschaftliche Kampagne gegen die extreme Rechte an.



info-14!

Årgang: 1 Nummer från starten: 1

April 1995

När Stockholm fick en ny tidning fick de ännu en judeagd tidning. *sid. 2*

Enligt en ny kanadensisk forskningsrapport skall homosexualitet vara ärftligt. *sid. 2*

Expressens chefredaktör, Olle Wästberg, som tidigare satt i styrelsen för Samfundet Sverige - Israel, har fått sparken. *sid. 2*

Till Robert Jay Mathews ära hölls en minnesstund utanför Amerikanska ambassaden den 8:e december. *sid. 3*

Slaveriet är nu, 130 år efter övriga Amerika, avskaffat i Mississippi. *sid. 3*

De två unga männen som framträdde i Kvällsöppet i slutet av februari blev anmälda för brott mot uniformslagen. *sid. 4*

Stor NS-konsert i Stockholm

Den 4:e februari gästades Sverige av det amerikanska bandet Bound For Glory som är aktuella med skivan "The Fight Goes On". Bound For Glory genomförde en mycket lyckad konsert inför 500 åhörare.

Förbanden till kvällens konsert, som gick av stapeln i Stockholm, var Midgårds Söner, Svastika och Divsion S./

Arrangörerna för denna kväll var Nordland. *sid. 2*

Protest mot Dresden-bombningen

Den 13:e februari 1995 var det 50 år sedan den blodiga bombningen av Dresden genomfördes. I ruinerna dog mer än 300 000 tyskar, de flesta civila.

Den 13:e februari 1945 var England än en gang judarnas marionetter och genomförde ett omfattande folkmord på tysklands befolkning.

S U N S lämnade detta oförglömliga datum ett protestbrev till Englands ambassad. I brevet krävdes en offentlig ursäkt från England till Tyskland och dess befolkning. *sid. 2*

Nationalsocialismen expanderar

Nationalsocialismen är nu pa framfart och inget kommer att kunna stoppa det! Det är inte längre en våg som kommer ebba ut...

När de allierade besegrade det Tredje Riket trodde de att alla nazister försvann. Men kampen gick vidare. Werwolf bestod av t.d. SS-män och andra nationalsocialister som gjorde allt för att försvara arbetet för de allierade efter kriget. Idag är det Vi som för kampen vidare. Det är Du och det är Jag. Nationalsocialismen har expanderat otroligt de senaste åren. För att detta ska fortsätta måste vi alla hjälpas at!

För att tidningarna som finns nu skall komma ut oftare gäller det att fler skriver artiklar samt att återförsäljarna blir fler.

Samma sak gäller nationalsocialistisk musik. Undvik att spela av skivor: köp dem istället! Då kan fler skivor komma ut. *sid. 4*

"Vi måste säkra existensen för vårt folk och en framtid för våra vita barn."

14 ord av Dave Lane

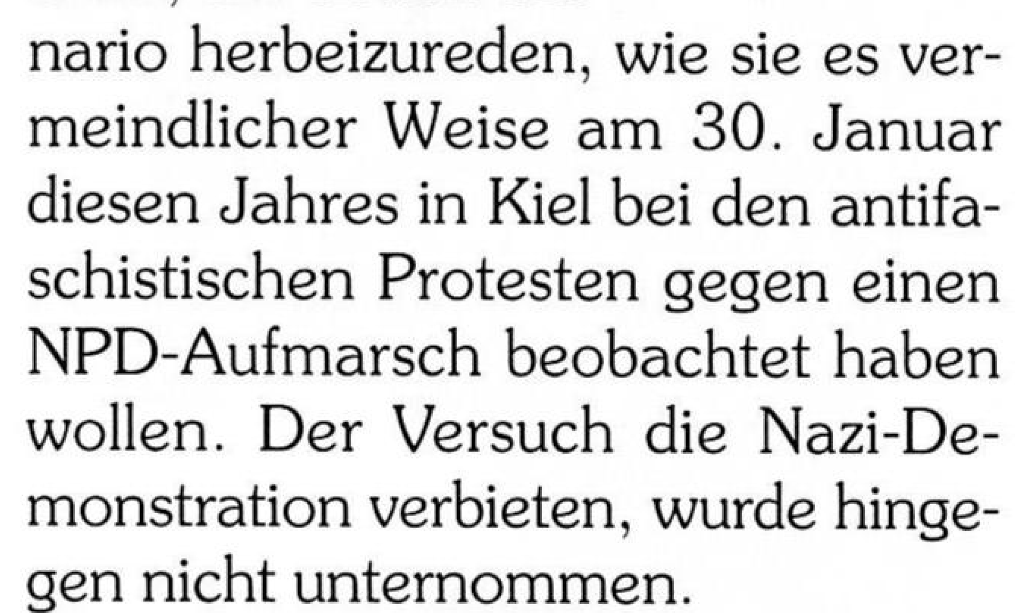
75 gegen Hafermarkt

Nach der letzten Peinlichkeit in Lübeck (Eie berichtete), rief der Lübekker Neonazi Dieter Kern für das „Bündnis Rechts" am 23. Oktober zu einem Aufmarsch gegen das linke Zentrum „Hafermarkt" in Flensburg auf.



Die „Retter des Abendlandes" in Flensburg. Doch wer rettet die deutsche Grammatik?

Dort konstituierte sich daraufhin ein antifaschistisches Bündnis aus über 40 Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, das zu Gegenaktivitäten aufrief. Von der angemeldeten Kundgebung in der Flensburger Innenstadt mit anschließender Demonstration in Richtung des Treffpunktes der Neonazis kam lediglich der erste Teil vor Gericht durch. Wieder hatten die Ordnungsbehörden zunächst versucht, ein Gewalt-Szenario herbeizureden, wie sie es vermeindlicher Weise am 30. Januar diesen Jahres in Kiel bei den antifaschistischen Protesten gegen einen NPD-Aufmarsch beobachtet haben wollen. Der Versuch die Nazi-Demonstration verbieten, wurde hingegen nicht unternommen.



Verbot produziert zivilen Ungehorsam!

Trotz der relativ geringen überregionalen Mobilisierung kamen ca. 400 AntifaschistInnen am Vormittag des 23. Oktober zu einer Kundgebung an der Holmnixe in der Flensburger FußgängerInnenzone zusammen. Der Großteil der Versammelten folgte dem Aufruf eines Redners, aktiv Widerstand zu leisten und sich zivil und ungehorsam den Nazis in den Weg zu stellen bzw. zu setzen. Angesichts der hohen nicht erwarteten Anzahl von demonstrierenden AntifaschistInnen zeigte sich die Polizeiführung vollig überfordert und handlungsunfähig. So mußten die nur 75 Neonazis (es waren mehr aus Dänemark vor Ort, als aus Lübeck!) letztendlich teilweise bis zu drei Stunden auf den Beginn ihres Aufmarsches warten. Grund für die Verzögerung waren die antifaschistischen Aktivitäten.

So blockierten teilweise 150 Menschen für mehrere Stunden eine Kreuzung, die am Anfang der Nazi-Route lag. Desweiteren hatten sich bis zu 250 AntifaschistInnen auf dem aufgrund seiner Größe nur schwer abzuriegelnden Exer, dem Auftaktort der Nazis, versammelt. Erst die angeforderte Unterstützung aus Kiel, die sogleich damit begann, den Blockadepunkt an der Kreuzung zu räumen, und der Entschluß, die Nazis in die entgegengesetzte Richtung ihres ursprünglich angemeldeten Marschweges laufen zu lassen, half der Polizei aus dem Schlamassel.

Die blockierenden AntifaschistInnen wurden zunächst eingekesselt und abgedrängt. Im Verlauf kam es von Seiten der Polizei jedoch auch zu tätlichen Angriffen und einigen Festnahmen (letztendlich wurden an diesem Tag insgesamt ca. 60 AntifaschistInnen für mehrere Stunden in Gewahrsam genommen). Nach einer $^{3}/_{4}$ Stunde war der ganze Spuk vorbei und die Nazis zogen ab.

Polizei versus richtige Einschätzung

Auffällig ist, daß die Polizei in Schleswig-Holstein sich immer häufiger nicht in der Lage sieht, die Situation vor Ort richtig einzuschätzen. So waren 1200 BeamtInnen am 30. Januar in Kiel zu wenig, 700 BeamtInnen am 11. Juli in Lübeck für 33 Nazis viel zu viel, 150 PolizistInnen für 75 Neonazis in Flensburg jedoch widerum zu wenig.

Fazit

Uns als AntifaschistInnen muß es in der Zukunft noch wesentlich besser gelingen, die Situationen, in denen sich die Polizei zu unseren Gunsten verkalkuliert hat, kreativ(!) zu nutzen.

SBW &
einer der drei lustigen zwei

Die NPD will zur Landtagswahl im Februar 2000 antreten

Die schleswig-holsteinische NPD will zur Landtagswahl Ende Februar 2000 antreten. Das auf dem Landesparteitag Ende Mai beschlossene Programm ist weitgehend frei von den in anderen Bundesländern anzutreffenden „antikapitalistischen" Phrasen. Durchgängig finden sich Forderungen und Positionen, die eine rassistische und anti-feministische Ablehnung von gleichen Rechten für alle Menschen zum Ausdruck bringen, z.B.: „Die abnorme Förderung von Schwulen und Lesben durch die ROT/GRÜNE Landesregierung ist rückgängig zu machen. Frauenpolitik soll wieder im Gesamtkontext der Lebensgemeinschaft betrieben werden und sich nicht als Anti-Männer-Politik mißbrauchen lassen." Oder auch die „Streichung von unsinnigen Ausgaben im Asyl- und Flüchtlingsbereich, in der Lesben- und Schwulenszene". Bei der Landwirtschaft setzt die NPD Schleswig-Holstein auf die „nationale Sicherung der Nahrungs- und Lebensmittelproduktion" und beim Programmpunkt „Innere Sicherheit" - wenig überraschend - auf schärfere Strafen und Aufrüstung der Polizei. Ansonsten ist die NPD auch im Norden darum bemüht, sich an öffentlichkeitswirksame Themen anzuhängen. So erstattete sie im März 1999 gegen Teile der Bundesregierung Strafanzeige, weil diese mit der Beteiligung der Bundeswehr am Krieg gegen Jugoslawien nicht nur gegen die Charta der Vereinten Nationen, sondern auch gegen das Grundgesetz (Art. 26 - Verbot des Angriffskrieges) verstoßen hätte. Und im Herbst reichte der NPD-Landesvorsitzende Stawitz Verfassungsbeschwerde ein, um die Einführung der neuen Rechtschreibung in Schleswig-Holstein doch noch zu verhindern. Nach einer Volksabstimmung im vergangenen Jahr war diese zunächst ausgesetzt worden, schließlich stimmte aber im Landtag auch die bis dahin ablehnende CDU zu. Nun versucht die NPD aus diesem Thema auch bei der Wahl politisches Kapital zu schlagen.

NPD-Vorstand setzt Absage einer Demo durch

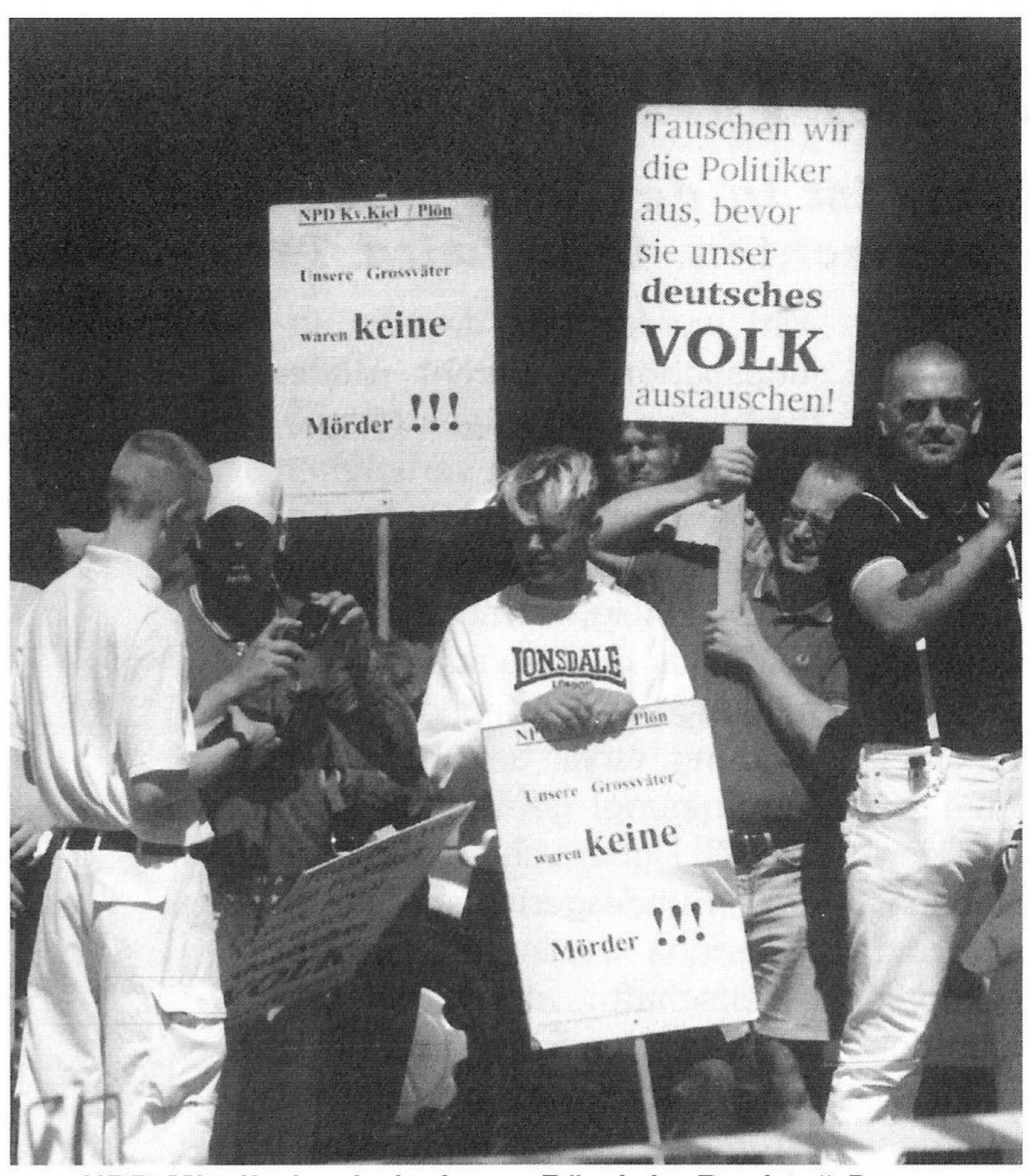
Weil die NPD zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein nicht vollständig mit der offen auf den Nationalsozialismus Bezug nehmenden Szene gleichgesetzt werden möchte, hat der Landesvorstand um Ingo Stawitz die Absage einer Demonstration in Lübeck am 6. November 1999 durchgesetzt. Diese war zunächst von den örtlichen Kadern der Jungen Nationaldemokraten um Jürgen Gerg angemeldet worden. Aber der NPD-Landesvorstand fürchtete - wohl nicht zu Unrecht -, daß an dem Aufmarsch unter dem Motto „Freiheit für alle politisch verfolgten Nationalisten" auch jene Teile der Nazi-Szene Interesse gezeigt hätten, die zur Solidarität mit dem Nazi-Terroristen Kay Diesner, der in Lübeck inhaftiert ist, eintreten. Bereits bei einer Demonstration in Berlin war es zwischen der Spitze der JN und den Neonazis der sog. „Freien Kameradschaften" zu einem Streit darum gekommen, ob ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für Kay Diesner" gezeigt werden darf. Damals setzten sich die sog. „Freien Kameradschaften" durch, das Transparent wurde weiter mitgeführt. Inzwischen verbreitet die NPD einen Beschluß des Parteivorstandes, demzufolge Diesner von der NPD nicht als politischer Gefangener betrachtet wird. Die Absage der Demo in Lübeck, die Gerg zunächst noch einmal als Landesbeauftragter des NHB, der Studentenorganisation der NPD, durchzusetzen versuchte, wurde denn auch damit begründet, daß „die Gefahr (besteht), daß Provokateure diese Demonstration für Zwecke mißbrauchen können, die der NPD und allen national denkenden Menschen schwersten Schaden zuführen." Dies gilt insbesondere, da ab dem 4. November der Prozeß gegen Diesner zum Teil neu aufgerollt wird. Von Seiten der sog. „Freien Kameradschaften" wurde die Rücknahme der Demo als „reaktionäres Verhalten



NPD-Kundgebung in Kiel im Vorfeld der Bundestagswahl 1998

einiger Politleichen innerhalb des NPD-Landesvorstandes" kritisiert.

Die Auseinandersetzungen um die geplante Nazi-Demo in Lübeck zeigen, daß der Streit in der NPD Schleswig-Holstein weitergeht. Bereits die Wahl von Stawitz zum Landesvorsitzenden war nur mit knapper Mehrheit erfolgt. Von einem starken Minderheitenflügel, der enge Kontakte zu den sog. „Freien Kameradschaften" hat, wird er für unfähig gehalten. Dort sieht man in dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Schimmel (Bad Oldesloe) oder dem früheren Landesvorsitzenden Schäfer (Plön) geeignetere Personen. Schäfer hatte zuletzt im Juni 1999 bei einer Neonazi-Demonstration in Lüneburg gesprochen. Möglicherweise führt diese Auseinandersetzung dazu, daß der kleine Landesverband kaum aktiven Wahlkampf zustande bringt.



NPD-Mitglieder bei einer „Bündnis Rechts"-Demo in Lübeck im Juli 1999

NPD in Konkurrenz zum *Bündnis Rechts*

Auch durch die Aktivitäten des Lübecker *Bündnis Rechts* um Dieter Kern wird die NPD unter Druck gesetzt. Als dieses im März 1998 zur Kommunalwahl in Lübeck antrat, beteiligten sich daran noch wesentliche Teile der NPD. Inzwischen ist das Verhältnis zur NPD abgekühlt, und das *Bündnis Rechts* bemüht sich seinerseits um einen Ausbau der Strukturen über Lübeck hinaus. Bereits im vergangenen Jahr wurde ein Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gegründet, bei den dortigen Kommunalwahlen kam es zu vereinzelten Kandidaturen. Enge Kontakte bestehen zu der vor allem in Süddeutschland tätigen Mini-Organisation *Vereinigte Rechte* um Mario Meurer. In Sachsen-Anhalt ist sie mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten, die nach ihrer Wahl in den Landtag aus der DVU ausgetreten sind. Auch in Bayern gibt es Bemühungen, eine „parteiübergreifende Wählergemeinschaft" (Eigenbezeichnung des *Bündnis Rechts*) aufzubauen.

Schwerpunkt der Aktionen bleibt jedoch Schleswig-Holstein. Seit kurzem ist das *Bündnis Rechts* auch in Kiel vertreten und will dort einen „regelmäßigen patriotischen Stammtisch" durchführen sowie zur Gründung eines Kreisverbandes übergehen. Kreisbeauftragter des *Bündnis Rechts in Kiel* ist derzeit Thorsten Thomsen, der schon zu seiner Zeit beim *Bund Freier Bürger* enge Kontakte zur Neonazi-Szene hatte. Die öffentlichen Aktionen des *Bündnis Rechts* bestehen derzeit vor allem in der Hetze und Denunziation von AntifaschistInnen und anderen demokratischen Gruppierungen und Personen. Auf dieser Linie lag die am 11. Juli 1999 in Lübeck durchgeführte Neonazi-Demo gegen das Jugendzentrum „Die Alternative", an der 33 Nazis (vor allem) aus Lübeck und Kiel teilnahmen. Die örtliche NPD und die *Jungen Nationaldemokraten* hatten sich damals kurz vor der Demo aus dem Aufruferkreis zurückgezogen.

Erneut war es der NPD Kreisverband Kiel-Plön, der den vom *Bündnis Rechts* durchgeführten Aufmarsch gegen das Wohnprojekt *Hafermarkt* in Flensburg am 23. Oktober unterstützte. Auch in diesem Fall waren im Vorfeld von Neonazis Flugblätter verteilt worden, auf denen Fotos von Personen abgebildet waren, die die Neonazis für aktive AntifaschistInnen halten. Außerdem gab es Drohbriefe, in denen ein Überfall angekündigt wurde.

Hetz-Artikel gegen linke und unabhängige Jugend- und Kulturtreffs fanden sich auch in der Zeitung des *Bündnis Rechts*, das im Juli mit dem Titel *„Lübscher Aufklärer"* erstmals erschien. Das Blatt stellt andere faschistische Gruppierungen vor, berichtet über Neonazi-Aktivitäten und verbreitet rassistische und revanchistische Propaganda. Mit der Schrift versucht der Vorsitzende Dieter Kern das *Bündnis Rechts* bundesweit in der neofaschistischen Szene zu plazieren.

Zumindest die LeserInnen der NPD-Parteizeitung *„Deutsche Stimme"* konnten sich in deren September-Ausgabe schon einmal mit den Ansichten Kerns vertraut machen. Dort betont er wiederholt die Notwendigkeit zur „Einheit der Rechten", auch wenn der Interviewer der NPD solche Versuche als „völlig erfolglos" abtut und anmerkt, daß das „Bündnis Rechts von den nationalen Parteien - so auch von der NPD - und den freien Gruppen und Verbänden mittlerweile sehr distanziert betrachtet wird". Sollte sich dies nicht ändern, so wird aus einer Unterstützung des NPD-Wahlkampfes durch das *Bündnis Rechts* wohl nichts.

Nazis go terror!

In der Neonazi-Szene ist in den letzten Monaten eine zunehmende Radikalisierung zu beobachten. Offen wird Terrorismus propagiert.

National-revolutionäre Zellen

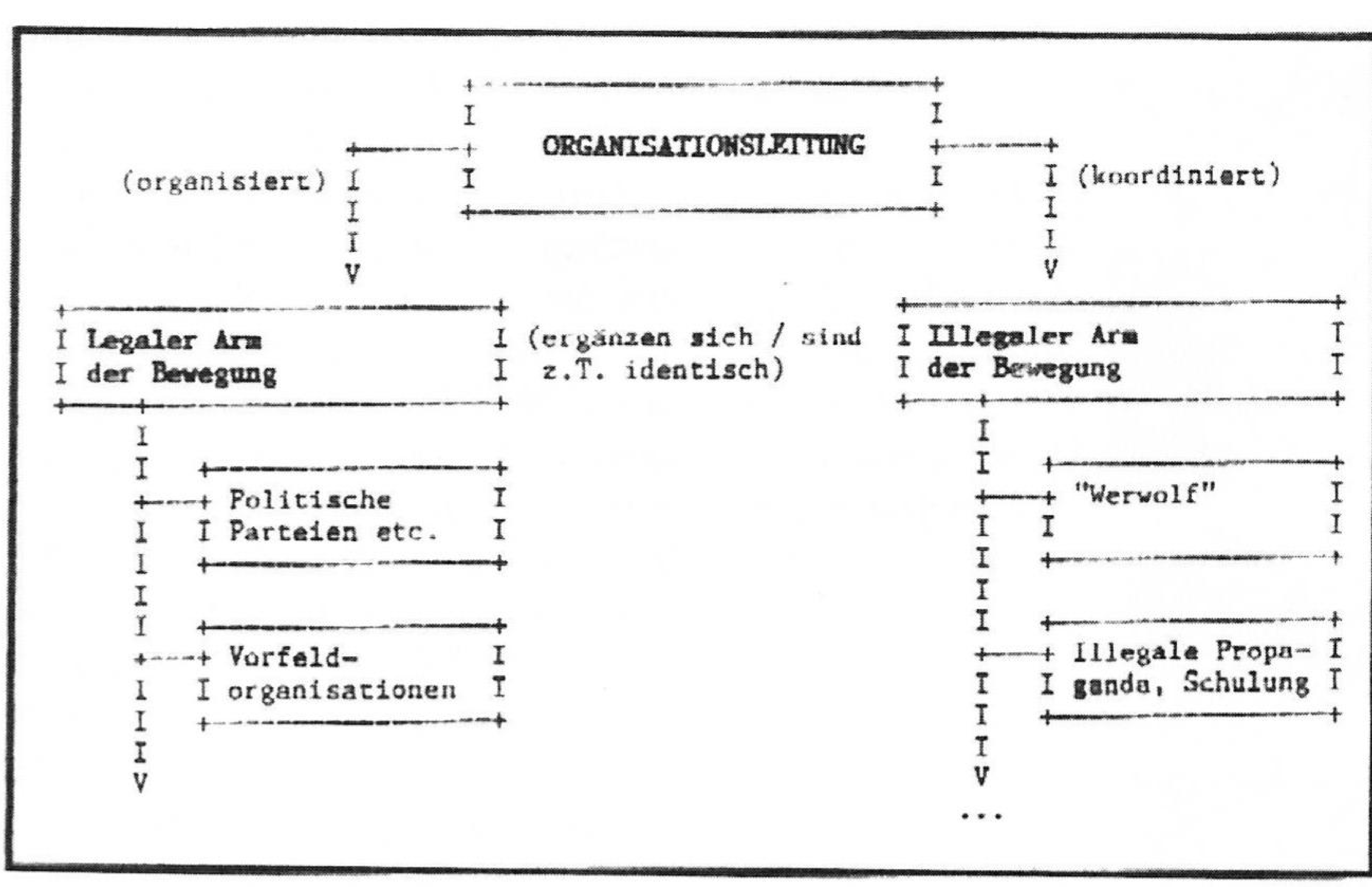
„Wir sind im Krieg mit diesem System und da gehen nun mal Bullen und sonstige Feinde drauf", erklärt die Neonazi-Gruppe „Nationalrevolutionäre Zellen" in einem Interview im Hamburger Sturm, einer wichtigen Szene-Zeitschrift um die Freien Nationalisten und ehemaligen Mitglieder der verbotenen „Nationalen Liste" (NL) Thorsten Bärthel und Torben Klebe. „Wir sind eine Gruppe von mehreren Personen, die in der NPD tätig sind, aber mit dem NPD-Führungsstil unzufrieden geworden sind." Deshalb habe man, „den neuen Weg als handelnde Aktivisten aus dem Untergrund eingeschlagen". Mitmachen bei dem „Untergrundkampf für die Freiheit der Weißen Völker" sollen ausschließlich Männer, die Kampfsport betreiben, mit Waffen umgehen können und Computerkenntnisse haben. Frauen seien „meistens zu labil". Wer nicht bei der Bundeswehr gelernt habe, mit der Waffe umzugehen, dem wird empfohlen, dies in Gotcha-Vereinen oder im Ausland nachzuholen. Als Vorbild dient den Nationalrevolutionären Zellen die britische Nazi-Terror-Gruppe Combat 18 (C18), was soviel heißt wie Kampftruppe Adolf Hitler. Aus dem Umfeld dieser in klandestinen Zellen organisierten Gruppe wurden im Frühsommer diesen Jahres in London drei Bombenanschläge verübt, bei denen drei Menschen getötet und mehrere Hundert verletzt wurden. Aber auch ein deutsches Vorbild haben die Nationalrevolutionären Zellen, nämlich Kay Diesner, dessen Mord an einem Polizeibeamten und Mordversuch an einem PDS-Buchhändler wird als „ganz persönlicher Akt der Befreiung" bezeichnet. Diesner soll bei Wehrsportübungen an „Eine Bewegung in Waffen" geschult worden sein. Diese 1991 erschienene Schrift wurde von einem Pseudonym Hans Westmar herausgegeben. Hinter diesem wurden von den Ermittlungsbehörden immer wieder die beiden ehemaligen Mitglieder der inzwischen verbotenen neonazistischen Nationalen Offensive, Christian Scholz und Henry Fiebig, vermutet. Gegen beide war deshalb auch ein Ermittlungsverfahren nach §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) geführt worden. Gemäß Durchsuchungsbeschluß des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe wurde „die Gewaltbereitschaft... durch bei den Beschuldigten Scholz und Fiebig sichergestellte teilweise einsatzfertige Sprengmittel sowie Schußwaffen dokumentiert". Beide wohnten bis 1993 zusammen im Hamburger Karolinenviertel. Fiebig wurde letztendlich nach jahrelangen Ermittlungen, die 40 Aktenordner füllten, Ende letzten Jahres vom Hamburger Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 1.350 DM verurteilt. Übrig geblieben war ein Verstoß gegen das Waffengesetz. Der heute 34-jährige Fiebig hatte in Hamburg nach Auszug aus seiner Wohnung hinter der Küchenspüle einen Sprengsatz vergessen, den er dort deponiert hatte.



Christian Scholz wurde immer wieder der Urheberschaft von „Eine Bewegung in Waffen" verdächtigt

Eine Bewegung in Waffen

„Eine Bewegung in Waffen" gilt in der Neonazi-Szene als grundlegende Handlungsanleitung in Fragen des Aufbaus und der Tätigkeit einer terroristischen Untergrundstruktur. Es wird der Aufbau eines „Werwolf"-Netzes mit einzelnen Zellen, Verbindungsleuten und Depots propagiert. Ausgewählte Kandidaten werden „ausgesondert, sodann unseren Anforderungen gemäß geschult und ausgebildet, um schließlich als 'Schläfer' den Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen abzuwarten". Als potentielle Opfer der Aktionsform „Attentat" werden u.a. der „Scherge des Repressionsapparates" und „alle diese Volksschädlinge, diese plutokratische und marxstische Ungezie-fer" genannt. Die Zielgruppe, die sowohl Diesner als auch die Nationalrevolutionären Zellen im Auge hatten bzw. haben, deckt sich also mit den Vorgaben in „Eine Bewegung in Waffen". Dort heißt es weiter: Die bewaffneten Zellen sollen „dem Willen der leitenden Intelligenz unterworfen (sein), der Organisationsleitung... einer illegalen Kaderorganisation, in der das Führerprinzip verwirklicht ist". Diese soll sowohl den „legalen Arm" als auch den „illegalen Arm" der „nationalsozialistischen Bewegung" führen. Die Tätigkeiten des legalen Arms werden in der Öffentlichkeitsarbeit und dem Aufbau einer Massenpartei gesehen. Dazu sollen bestehende Parteien genutzt bzw. eigene Vorfeldorganisationen zur „Rekrutierung und Schulung neuer Aktivisten" gegründet werden, um „die Organisierung der rebellisch gewordenen und werdenden Bevölkerung" zu gewährleisten. Die Aktivitäten des illegal operierenden Flügels gliedern sich in die



Organisationsaufbau des Werwolfs, aus: „Eine Bewegung in Waffen"

Erstellung „illegaler Propaganda und intensiver Schulung" und in den Aufbau des Werwolfs. Der illegale und der legale Teil der Bewegung sollen „sich ergänzen und sind teilweise identisch".

Auch diese Ausführungen treffen ganz offensichtlich auf die Nationalrevolutionären Zellen zu. Die enge Verbindung zwischen NPD und Nazi-Terror-Struktur läßt sich an folgendem Beispiel belegen. Mitte Oktober diesen Jahres war der 53-jährige Anton Pfahler vom Landgericht Ingolstadt wegen zahlreicher Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz zu einer Haftstrafe von drei Jahren und acht Monaten verurteilt worden. Bei einer Durchsuchung des Anwesens Pfahlers in Sinning im Juni 1998 hatte die Polizei u.a. Maschinenpistolen, Sturmgewehre, Handgranaten und Tretminen sichergestellt. Eben dort auf dem Anwesen Pfahlers hatte auch das NPD-Parteiorgan Deutsche Stimme seinen Sitz.

Anti-Antifa

Um gegen den politischen Gegner aktiv werden zu können, brauchen die Nazi-Terror-Gruppen Informationen. Aus diesem Grund werden sogenannte Anti-Antifa-Listen, das sind detaillierte Outing-Listen u.a. von AntifaschistInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen und GewerkschafterInnen, erstellt. Auch Kay Diesner war am Anfang seiner politischen Laufbahn in der sogenannten „Feind-Aufklärung" tätig. „Durch sein harmloses jugendliches Aussehen eignete er sich aber auch für konspirative Einsätze. Für die Anti-Antifa-Berlin war er in der Aufklärung tätig, indem er z.B. in Zeckenläden einschlägige Literatur beschaffte oder sich um Feindadressen bemühte.", lobten ihn Kameraden. Das gesammelte Material wurde damals von Oliver Schweigert, dem ehemaligen Chef der inzwischen verbotenen Nationalen Alternative, deren Mitglied auch Diesner war, per Computer erfaßt, um die Berliner Daten sodann mit denen des Hamburger Anti-Antifa-Initiators Christian Worch abzugleichen.

Das jüngste Beispiel dafür, wie eng die Anti-Antifa-Aktivisten mit dem terroristischem Neonazi-Spektrum verwoben sind, liefert eine zweiseitige Namensliste, die von Neonazis aus Ludwigshafen kürzlich an Gesinnungsgenossen in Berlin verschickt wurde. Alphabetisch sortiert, findet sich hier die PDS-Bezirksbürgermeisterin von Hohenschönhausen, neben Journalisten der Berliner Zeitung und des Senders Freies Berlin, Mitgliedern der SPD sowie Rentnern und linken Jugendlichen aus dem Ostberliner Bezirk Treptow. Ihre einzige Gemeinsamkeit: Sie beschäftigten sich in unterschiedlicher Form mit dem Thema Neofaschismus - beruflich, bei öffentlichen Veranstaltungen oder in Leserbriefen. Den rund 40 Namen sind Wohnadressen, Telefonnummern und PKWs mit Kennzeichen zugeordnet. In einer Rubrik mit der Überschrift „ Gesinnung/Partei" folgen Beschreibungen wie „linker Schreiberling" oder „Multikulti-Propagandist". Ein in der Liste namentlich genannter junger Mann, Mitglied der AG Junge GenossInnen in der PDS, sollte bereits im vergangenen Jahr Opfer eines Rohrbombenanschlages werden. Zwei Mitglieder der Berliner Kameradschaft Treptow hatten zur Vorbereitung schon zwei Probesprengungen durchgeführt. Der Berliner Verfassungsschutz erklärte, er wisse nicht, wer sich hinter dem Absender Anti-Antifa Kurpfalz der oben genannten Liste verberge. Ein Bedrohungspotential kann und will man hier nicht erkennen. Die Tatsache, daß die Kameradschaft Treptow schon seit längerem nicht nur durch öffentliche Hetze auffällt, sondern sich durch gewalttätige Angriffe und Vorbereitungen für gezielte Anschläge einen einschlägigen Ruf erworben hat, wird ignoriert. Auch die enge Anbindung der Kameradschaft Treptow an das u.a. vom Berliner Anti-Antifa-Aktivisten Oliver Schweigert gegründete Netz der sogenannten Freien Kameradschaften



Christian Worch, Anti-Antifa-Initiator und führender „Freier Nationalist" aus Hamburg

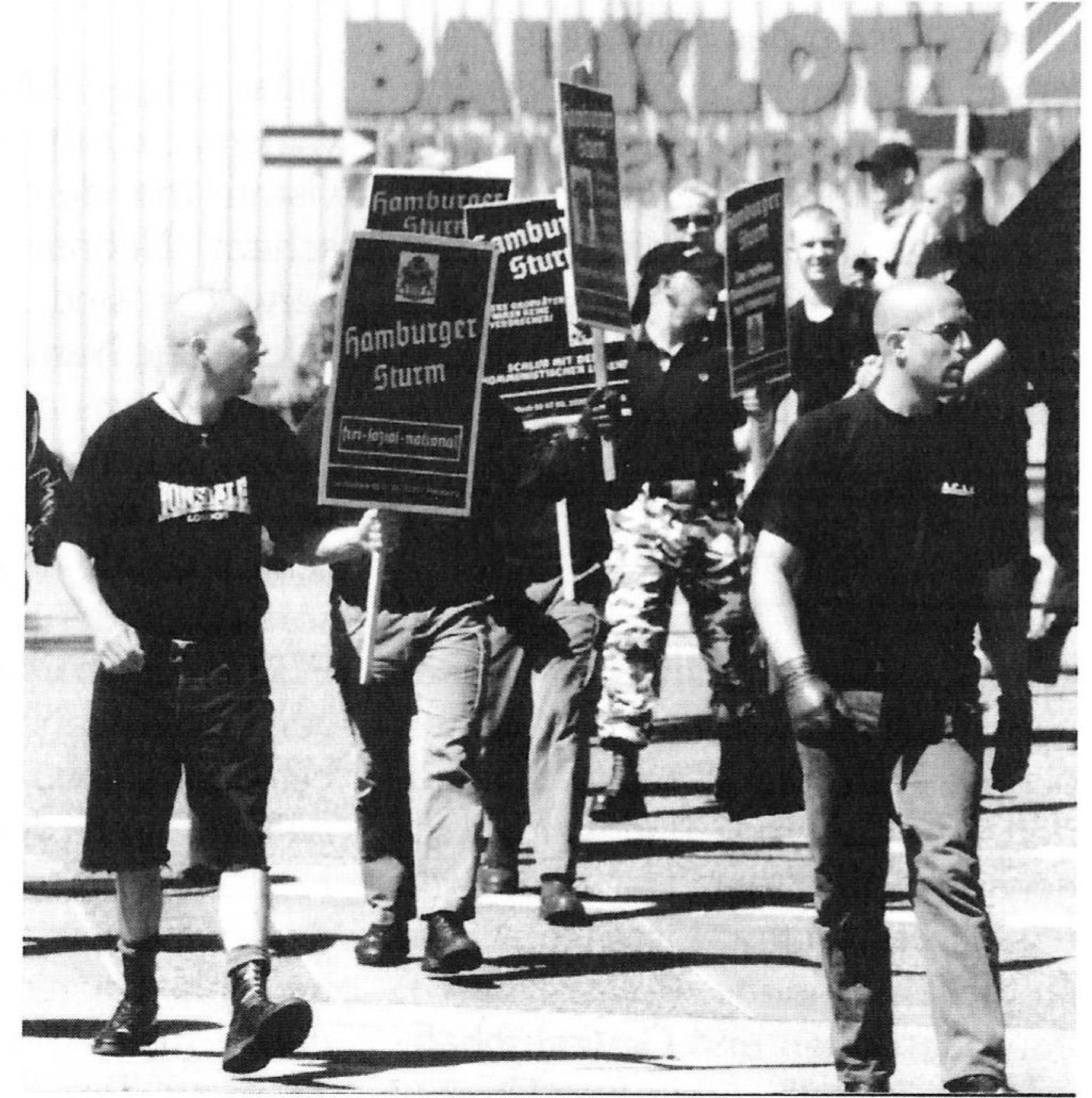

Neonazis bei einer paramilitärischen Übung

in Berlin gibt den Berliner Sicherheitsbehörden nicht zu denken. Dabei gehörte einer der Gründer der Kameradschaft Treptow, der momentan wegen Beihilfe zum Totschlag inhaftierte ehemalige FAP-Aktivist Detlef Nolde, ebenfalls zum engeren Kreis der Berliner Anti-Antifa; er prägte das Vorgehen der Kameradschaft entscheidend mit. In Rheinland-Pfalz, wo die Anti-Antifa Kurpfalz herkommt, sind deren Aktivisten und bundesweite Verbindungen den Sicherheitsbehörden mindestens seit Ende letzten Jahres bekannt. Im November vergangenen Jahres nämlich hatte die Zeitschrift Blick nach Rechts berichtet, daß die Anti-Antifa Kurpfalz für „Fotos mit Namen und Adressen von Gegnern" fünf Mark zahle. In einem Brief kündigte unterdessen Ronny Reimer, Aktivist der Anti-Antifa Kurpfalz, die Veröffentlichung eines 20seitigen Heftes mit dem Titel Werwolf an - abgedruckt werden sollen Privatadressen politischer Gegner. In den von Reimer herausgegebenen Skinblättchen finden sich Lobeshymmnen auf Kay Diesner neben Berichten von NPD-Aufmärschen und Nazi-Konzerten. Als eine Kontaktadresse in Berlin nennt er u.a. den Versandhandel des Berliner NPD-Bundesvorstandsmitglieds Frank Schwerdt, der aus seiner Vorliebe für die Freien Kameradschaften keinen Hehl macht. Auch wenn Ronny Reimer für sich genommen kein besonderes Bedrohungspotential darstellen mag: Sein direktes Umfeld hat mehrfach unter Beweis gestellt, wie fließend die Grenze zum Terror ist. Im März vergangenen Jahres stellten Polizeibeamte in Rheinland-Pfalz bei Hausdurchsuchungen in der Szene der Freien Kameradschaften Sprengstoff, mehrere Gewehre, 8000 Schuß Munition und sieben Maschinenpistolen sicher. Mit einer der MP's war zuvor ein Anschlag auf einen türkischen Imbiß verübt worden. Zwei der Tatverdächtigen gehörten der Nationalen Volksfront - Kameradschaft Neustadt an, zu der Ronny Reimer gute Kontakte pflegt.

VS verharmlost

Doch nun noch einmal zurück zum Ausgangspunkt dieses Artikels, nach Hamburg. Sehr gute Beziehungen unterhält der Hamburger Sturm zum Neonazi-Musiknetzwerk Blood & Honour (B & H), über deren Konzerte ausgiebig berichtet wird und deren Platten/CD's empfohlen werden. Torben Klebe ist der Kontaktmann der Redaktion zu B & H-Sektionen in Berlin und in Skandinavien. An dieser Stelle sei noch einmal explizit auf die Artikel über die Nazi-Terror-Struktur in Schweden hingewiesen. Auch die wichtigste Zeitschrift der Freien Nationalisten um Christian Worch, das Zentralorgan, mag nicht zurückstehen, wenn Nazi-Terrorismus offen propagiert wird. So wurde in einer der letzten Ausgaben ein Interview mit William Pierce, dem Autor der „Turner Diaries", veröffentlicht. Die Diaries, die Bibel des Nazi-Terrorismus, propagieren den offen Krieg „für den Erhalt der weißen Rasse". Unterdessen beschwichtigt der Hamburger VS-Chef Wagner in Bezug auf die Nationalrevolutionären Zellen: „Von einer terroristischen Gruppe kann nicht die Rede sein." Auch ein „terroristisches Netzwerk" bestehe nicht. „Viel beunruhigender" seien „die ganzen Waffenfunde und die vielen Einzeltäter". Das Bundesamt für Verfassungsschutz scheint sich da nicht so sicher zu sein. In einer „streng vertraulichen" Studie warnen die Kölner VS-Leute vor einer neuen „aktions- und gewaltorientierten Untergrundstrategie". In Teilen der Nazi-Szene sei die Bereitschaft gestiegen, „politische Ziele auch mit Gewalt zu verfolgen". Da mag man dann wirklich nur noch fragen: „Na, merkt ihr was?"

SBW



Torben Klebe (vorne rechts) und Kameraden

Club 88 - the very last resort ?

Der Club 88 (C 88) aus Neumünster ist in der Neonazi-Szene inzwischen bundesweit ein Begriff - jetzt feierte er sein dreijähriges Bestehen - für die Antifa ein trauriger Anlaß, denn drei Jahre C 88 sind drei Jahre zuviel. Im Folgenden soll es um die Zusammenhänge, in denen der C 88 steht gehen und es wird verdeutlicht, daß hinter der kleinen Lokalität in der Segebergerstraße / Ecke Kummerfelderstraße offenbar noch mehr steckt als der „größte Neonazi-Treffpunkt in Schleswig-Holstein", wie es das „Bündnis gegen Rechts" in Neumünster treffend feststellte.

Der C 88 ist im Stadtteil Gadeland angesiedelt - mit Sicherheit kein Zufall. Bereits seit Ende der 80er Jahre gab es dort eine größere Skinhead-Ansammlung rechter Couleur, die gegen Ausländer mobilisierte und politisch Andersdenkende attackierte. All dies nahm im städtischen Jugendfreizeitheim (in unmittelbarer Nachbarschaft zum C 88) seinen Anfang und verfestigte sich teilweise im Sportverein des Stadtteils. Noch vor Eröffnung des C 88 war die dortige Vorgänger-Kneipe ständiger Anlaufpunkt der Rechtsextremen. Es gipfelte in einer als privat deklarierten Geburtstagsfeier, bei der es sich zum 20. April in Wahrheit um das Zelebrieren von Hitlers Geburtstag handelte. Für den C 88 besorgte sich dann 1996 Christiane Dolscheid die Konzession. Der legale Treffpunkt für Neofaschisten war geschaffen. Bis 1992 hatte die Neonazi-Szene Norddeutschlands eine entsprechende Kneipe mit dem Namen Zum Kelten in Itzehoe. Massiver örtlicher und überregionaler antifaschistischer Protest sorgte für die Schließung des Ladens. Vier Jahre lang mußte die rechte Szene warten, bis adäquater Ersatz in Neumünster zur Verfügung stand. Der C 88 wirbt mit dem Slogan „The very last resort" für sich; übersetzt mit der Zahlenkombination „88" bedeutet dies „Heil Hitler - der allerletzte Ausweg". Dieses Fanal prangt inzwischen auf T-Shirts, Sweatshirts, Aufnäheren, Schirmmützen und Autoaufklebern. Vertrieben wird das Sammelsurium vom A.H.-Verlag in Hamburg, der im Neonazi-Magazin Hamburger Sturm für seine Artikel wirbt und dem personellen Umfeld der Postille zuzurechnen ist. Klientel und Rolle des C 88 im rechten Spektrum sind hinreichend bekannt. Auch die Stadt Neumünster



mußte vor einem Jahr auf eine große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Stadtparlament einräumen, daß es sich um einen Neonazi-Treffpunkt handelt. Mit Ausnahme polizeilicher Observationen ist seitens der Ordnungsbehörden bislang nichts gegen den C 88 unternommen worden. Die Polizei beließ es stets bei der Feststellung von Personalien. Mehr sei nicht drin - schließlich sei es im C 88 sowie außerhalb bisher zu keinerlei Straftaten von relevanter Bedeutung gekommen. Den Behörden liegen allerdings diverse Beschwerden und besorgte Briefe / Anrufe vor. Mit beschwichtigenden Gesprächen und Gesprächsrunden wird den KritikerInnen der Wind aus den Segeln genommen, geändert hat sich bis heute nichts. So gab es beispielsweise Klagen des Schulleiters der Grund-und Hauptschule Gadeland sowie des dortigen Schulelternbeirates, da der C 88 direkt gegenüber der Schule liegt. Es war die Rede davon, daß Neonazis auf dem Schulhof aktiv seien und dort Kinder und Jugendliche zu rekrutieren versuchten. Im regionalen Nazi-Blätterwald wird der C 88 immer wieder angepriesen: im „Hamburger Sturm" wird er neben mehreren abgedruckten Inseraten als „unser Sturmlokal" abgefeiert; in „warhead", einer Publikation der Hammerskins Nordmark lobt Haiko Feyerabend den C 88 redaktionell. Zudem wird mit dem Logo des C 88 geworben. Feyerabend war Gründungsmitglied der einschlägig bekannten Nazi-Rock-Kombo „Kraftschlag", die bereits für ihr Wirken rechtskräftig verurteilt wurde. Unter dem FAP-Terror in Kellinghusen seinerzeit fand Feyerabend zu den Neonazis; heute wirbt er außerdem für den Verkauf von Keltenschmuck. In Walküre einem Periodikum der Organisation Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD) wird auf den C 88 verwiesen, ebenso im Heft Nr.7 von Blood & Honour oder im Blitzkrieg, dem Skinzine des neonazistischen Zentralorgan. In Heft Nr.5 (Januar 1999) lobt dort beispielsweise die Bremer Faschoband „Aussetzer" : „Nette Wirtsleute, leider etwas klein ... Insgesamt geht der Daumen aber nach oben". In den drei Jahren seines Bestehens fanden etliche Parties und Treffen im C 88 statt. Genannt



Tim Bartling während eines Nazi-Aufmarsches in Bad Segeberg am 24. Mai 1997

seien hier exemplarisch lediglich die auffälligsten und größten:

* 30.08.97: SFD-Grillfest

* 31.01.98: Treffen nach dem Aufmarsch des Bündnis Rechts für Lübeck (BRL)

* 14.03.98: Treffen nach einem erneuten BRL-Aufmarsch in Lübeck

* 20.06.98: Internationales Hammerskin-Treffen (sollte eigentlich unter freiem Himmel nahe Lüneburg stattfinden, wurde allerdings von der Polizei „abgeräumt")

* 26.09.98: Wochenendparty mit ca. 200 TeilnehmerInnen

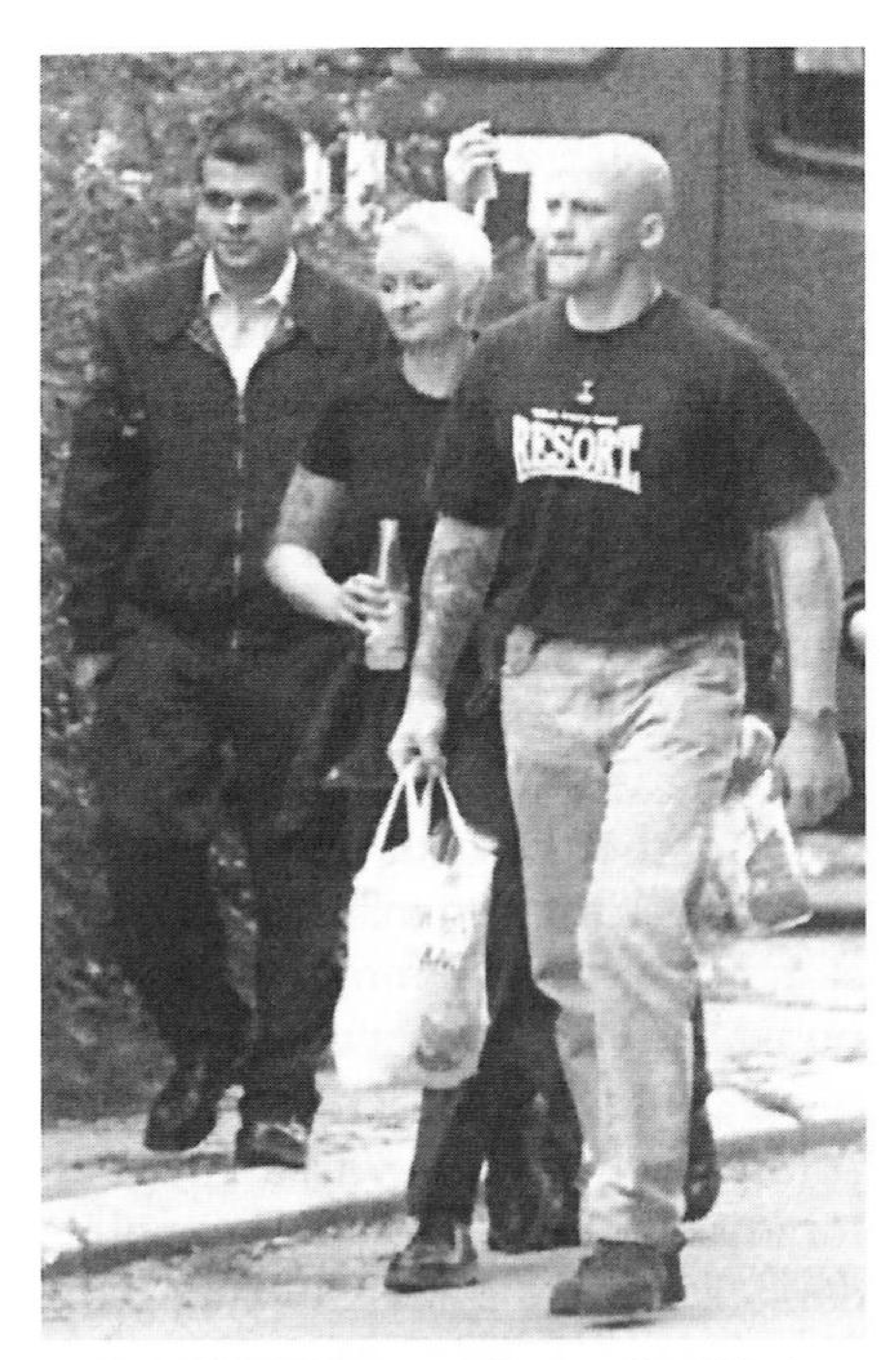
* 21.08.99: Treffen nach Skinhead-Fußballturnier in Neumünster

* 11.09.99: Wochenendparty mit ca. 150 TeilnehmerInnen

* 02.10.99: Dreijähriges Bestehen des C 88: Party mit ca. 200 TeilnehmerInnen

Dazwischen lagen Termine, an denen der C 88 immer wieder als offenkundiger Treffpunkt genutzt wurde, um gemeinsam zu Demos und Aktionen im Bundesgebiet zu fahren. Als Beispiele seien hier die Demonstrationen in Lübeck am 31.01. und 14.03.1998, die NPD-Demonstration in Kiel gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht" am 30. Januar 1999 oder der Aufmarsch der Neonazis zum selben Anlaß in Hamburg-Bergedorf am 10. Juli 1999 genannt. Daß im C 88 angeblich auch politische Schulungen stattfinden sollen, dazu liegt lediglich eine Aussage des Öko-Esoterik-Rechtsaußen Rolf Hoffmann (Großenaspe) vor, der in Leserbriefen den C 88 gegen Kritik in Schutz nahm, dagegen aber gegen das selbstverwaltete Jugendzentrum AJZ in Neumünster polemisierte. Daß der Club 88 eingebunden ist in Kaderaktivitäten der sogenannten „Freien Nationalisten", läßt sich daraus ableiten, daß die Personen des C 88-Dunstkreises dort aktiv sind. Da ist zum einen Christiane Dolscheid. Sie gehört zum 1990/91 gegründeten und bereits erwähnten SFD. 1994 wurde sie als Teilnehmerin des Landesparteitags der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) im schleswig-holsteinischen Steinburg gesehen. Sie nahm ebenfalls an diversen Aufmärschen teil: so z.B. in Lübeck (s.o.), am 5. April 1998 bei einer NPD-Demonstration „gegen Sexualverbrecher in Cloppenburg", sowie am 19. September 1998 bei der NPD-Demonstration in Rostock. Desweiteren ist sie für den Hamburger Sturm und das SFD-Blatt Walküre regelmäßig als Autorin tätig. Walküre wird in Lüneburg herausgegeben und steht unter den Fittichen von Cathleen Grewe, die auch die Sanitätsstaffel der Neonazis, das Braune Kreuz, initiiert hat. Auch Dolscheid ist Mitstreiterin im Braunen Kreuz, das postalisch in Lüneburg bzw. Adendorf nahe Lüneburg residiert. Im Übrigen gibt es zwischen dem SFD und dem Braunen Kreuz einige personelle Überschneidungen. Dolscheids Lebensgefährte Tim Bartling scharte schon Ende der 80er Jahre Skins in Neumünster um sich. Seine NS-Tätowierungen zeugen von seiner Gesinnung. Geboren wurde er im dänischen Sonderburg, er spricht fließend dänisch. So verwundert es auch nicht, daß Bartling beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch am 15.August 1998 in Greve bei Kopenhagen dabei war, wo er munter mit der dänischen Polizei plauderte. Schon 1990 taucht er als Kunde des Klartext-Verlages (stand der „Nationalistischen Front" (NF) nahe) sowie als NF-Symphatisant auf Listen auf. Bartling hat sich in der Hierarchie der Freien Nationalisten nach oben „gearbeitet", darauf deutet unter anderem auch sein Bekanntenkreis hin. Der 29jährige Zeitsoldat verfügt über beste Kontakte zu den militanten Nazi-Schlägern aus Tostedt. Hier sind in erster Linie Sascha Bothe und Christian Hamann zu nennen. Beim Prozeß gegen Hamann im Januar 1997 mischte Bartling bei den Ausschreitungen im Gerichtsgebäude mit. Auch im vergangenen Jahr suchte Bartling die Nähe eines führenden Nazikaders: Beim sogenannten Mackenrode-Prozeß gegen AntifaschistInnen in Niedersachsen begleitete er am 21. April mit anderen den ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden aus Niedersachsen, Torsten Heise, bei dessen Zeugenaussage vor dem Göttinger Landgericht. In Greve/Dänemark sahen sich beide dann wieder. Bartlings „Security"- Dienste sind überhaupt in den letzten Jahren mehrfach gefragt gewesen. Wenn nicht als Teilnehmer, so war er bei Nazi-Veranstaltungen oder -Kundgebungen als Ordner zugegen. Die Liste seiner Auftritte dabei ist lang und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

* 17.09.94: DLVH-Parteitag in Steinburg: Leiter des Ordnerdienstes



Tim Bartling mit Freundin Christiane Dolscheid im August '98 beim „Rudolf Heß-Gedenkmarsch" im dänischen Greve bei Kopenhagen

* 01.05.97: Nazi-Aufmarsch in Hannoversch-Münden

* 24.05.97: FVB-Aufmarsch in Bad Segeberg

* 31.01.98: BRL-Aufmarsch in Lübeck

* 07.02.98: Bundeswahlkongreß der NPD in Passau

* 14.03.98: BRL-Aufmarsch in Lübeck

* 05.04.98: NPD-Demo in Cloppenburg

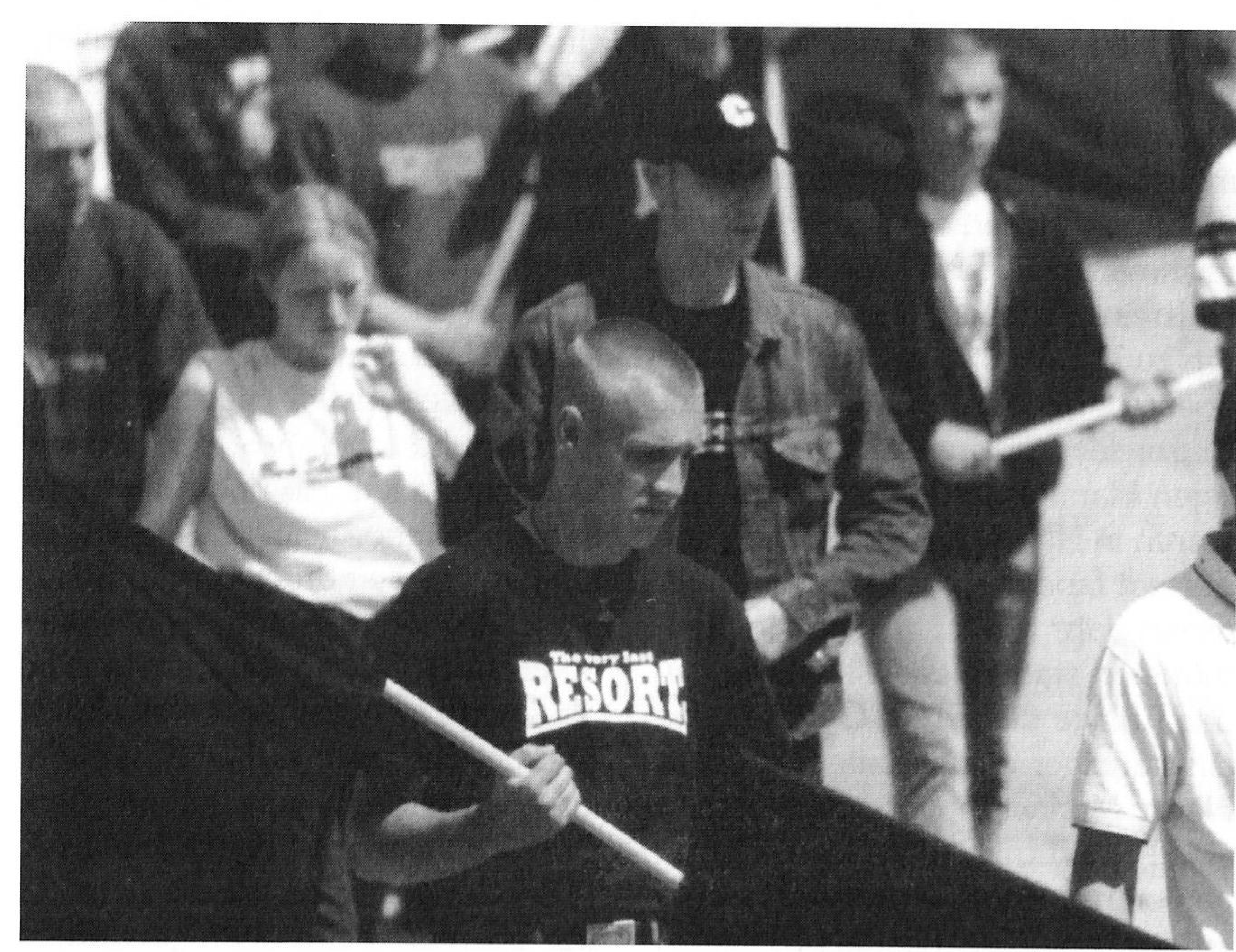
* 01.05.98: NPD-Demo in Leipzig

* 08.08.98: Aufmarsch Freier Nationalisten zum Bismarck-Gedenken in Aumühle

* 19.09.98: NPD-Demo in Rostock (als Ordner)

* 30.01.99: Nazi-Aufmarsch gegen die „Wehrmachtsausstellung" in Kiel

Desweiteren pflegt Bartling seit jeher gute Kontakte zur Fußball-Hooligan-Szene, besonders zu den rechtsgerichteten „Fußballfans" des VfR Neumünster. Er machte nicht nur Jiu Jitsu-Training, sondern beteiligte sich am Aufbau einer Neumünsteraner Skinhead-Fußballmannschaft, die sich in den letzten Jahren regelmäßig mit Teams aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zu Turnieren getroffen hat. Darüber berichtete regelmäßig der Bramfelder Sturm, Vorläufer des jetzigen Hamburger Sturm. Nach Turnieren in Nettelnburg/Hamburg und Tostedt fand das Nazi-Fußballturnier dieses Jahr am 21. August in Neumünster statt. Gespielt wurde auf der Anlage des ETSV Gut Heil, wo ein ständiger Wegbegleiter Bartlings, Henry Markwirth, vorsprach und für ein „Privatturnier" den Sportplatz organisierte. Markwirth war früher kurzeitig bei Gut Heil als Platzwart beschäftigt gewesen. Treffpunkt vor Spielbeginn mit Teams u.a. aus Segeberg, Kiel, Hamburg, Pinneberg, Rendsburg, Flensburg und Neumünster war selbstverständlich beim C 88, wo abends nach dem Turnier auch noch gefeiert wurde. Die Polizei drängte übrigens den Verein Gut Heil, nicht vom Hausrecht Gebrauch zu machen; man ließ die rund 100 Neonazis sogar unter massivem Polizeischutz kicken. Auch als Schläger macht Bartling immer wieder von sich reden. 1990 war er am Überfall auf eine Party in einem Dorf nahe Neumünster beteiligt, am 7.Oktober 1997 schlug er mit weiteren Gesinnungsfreunden einen Kurden in der Nähe seiner Wohnung zusammen und demolierte zudem dessen Auto. Dafür erhielt er beim Prozeß vor dem Amtsgericht Neumünster in diesem Jahr eine Geldstrafe in Höhe von 4.500 DM. Mit ihm auf der Anklagebank saß Henry Markwirth. Der 28jährige, der bereits ein beachtliches Vorstrafenregister vorzuweisen hat, saß 1995 bereits eine Haftstrafe ab und tauchte zu dieser Zeit in der Gefangenenliste der Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener (HNG) auf. Neben Einbruch- und Diebstahlsdelikten trat der redselige Markwirth immer wieder durch begangene Körperverletzungen in Erscheinung. Für den Überfall auf den Kurden bekam er eine sechsmonatige Freiheitsstrafe auf Bewährung, was ihn natürlich nicht davon abhielt, am 13. Oktober einen Jugendlichen vor dem Neumünsteraner Bahnhof anzugreifen und erheblich zu verletzen, weil dieser einen roten Stern an der Jacke trug. Markwirth, der zwecks Kampftraining durch diverse Sportstudios in der Stadt tingelt, diskutiert bisweilen mit Antifas, Mormonen, Zeugen Jehovas oder Punks. Er läßt sich gerne mit Kampfhund sehen, wie Bartling und Dolscheid auch. Ab und an arbeitet er als Türsteher bei Disco-Veranstaltungen; zur Zeit drückt er die Schulbank. Wo sich Bartling auch immer bundesweit sehen läßt, Kamerad Markwirth ist meist nicht weit. Beide sind bei den oben aufgeführten Anlässen mehrfach gesehen worden. Dritter im Bunde ist der regelmäßige C 88-Gänger Frank Rieckmann. Er war ebenfalls beim oben genannten Prozeß gegen Christian Hamann in Tostedt dabei. Auch er hat Verbindungen in die überregionale Nazi-Szene. Als weitere bekennende Neonazis sind auch die Brüder Stefan, Marco und Sven Müller aus Neumünster zu erwähnen. Sie verkehren eng mit den bereits geannten führenden Köpfen der Neumünsteraner Szene. Marco Müller, der ebenfalls bundesweite Kontakte pflegt und an diversen Aufmärschen der extremen Rechten teilnimmt, bemühte sich vor allem in seinem Stadtteil um Nachwuchsrekrutierung. In Faldera, einem Stadtteil Neumünsters, versuchte er, jüngere Teenager um sich zu scharen und sie mit Nazi-Propaganda zu „infiltrieren". Dabei warb er mit Fußball-Treffpunkten, die es bis heute regelmäßig in Faldera gibt. So trifft sich dort auf einem Bolzplatz eine Clique von Kindern, Jugendlichen, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen mit Skins und Hooligans zum Kicken. Doch dabei bleibt es in der Regel nicht. Denn es wird auch schon mal nationalsozialistisches „Liedgut" angestimmt, wie sogar eine Ratsfrau der CDU zu berichten weiß. Liiert ist Marco Müller übrigens mit Adriana Datillo - eine ganze Weile „Enough is enough"-Abonnentin. In diesem Zusammenhang ist auffällig, daß es in Neumünster mehrere in der Neonazi-Szene aktive Renees gibt - alle SFD-Aktivistinnen. Maco Müller war beim Überfall auf den Kurden im Oktober 1997 ebenso vor Ort wie Marco Sommerfeld. Seit ge-



raumer Zeit tummelt sich auch der Hamburger Neonazi Jan-Steffen Holthusen in Neumünster. Er verfügt über enge Kontakte zu den Machern des Hamburger Sturm, wird regelmäßig mit Dolscheid und Bartling gesehen, ist Stammgast im C 88 und hat bei den sog. Freien Nationalisten zuletzt führende Aufgaben übernommen. So war er an der Durchführung des Spontan-Aufmarsches von rund 420 NeofaschistInnen am 1.Mai diesen Jahres in Ahrensburg beteiligt. Bei einer Demonstration gegen die Anti-Antifa-Aktivistin Thekla Kosche in Bad Segeberg am 13.06.98 trat Holthusen als Punker auf und attakierte dabei Antifas. Auch bei einer NPD-Wahlkampf-Kundgebung in Kiel im September 1998 trat er in Erscheinung. Mit ihm wurde dort Peter Borchert aus Kiel gesehen, der in Kiel zuvor „nur" als gewalttätiger Stiefelnazi bekannt war, der vor allem aber durch sein langes Vorstrafenregister von sich Reden machte. Schon 1990 wurde der damals 16jährige Borchert wegen schwerer Körperverletzung und versuchter Tötung zu drei Jahren Haft verurteilt. Er rühmte sich seinerzeit seiner „Vorbilder" Rudolf Hess und Hermann Göring. Im Gerichtssaal bezeichnete er sich als bekennender Nationalsozialist. Mit einer Sieg-Heil-Tätowierung auf seinen Händen trug er seine Gesinnung offen zur Schau. Holthusen ließ es sich Anfang des Jahres nicht nehmen, höchstpersönlich den Infostand des antifaschistischen Bündnis gegen Rechts in Neumünster zu besuchen. Ein weiterer interessanter Querverweis zum Neumünsteraner Tim Bartling sei hier noch kurz erwähnt: Bei dem bereits mehrfach erwähnten Prozeß gegen den Tostedter Neonazi Hamann 1997 weilte auch Mario Hermann aus Kiel unter den Anwesenden. Letzterer mobilisierte dieses Jahr für einen „Mini-Hess-Marsch" am 17. August nach Barmstadt (Kreis Pinneberg). Im gesamten Stadtgebiet tauchte in diesem Jahr das Hess-Konterfei in Form von Aufklebern und Plakaten auf. Dazu gab es einige Sprühereien. Obwohl die Plakate teilweise bewacht wurden, waren Antifas beim Entfernen dennoch erfolgreich. So oft und umfangreich wie Neumünster im jüngsten Hamburger Sturm (Ausgabe Mai 1999) erwähnt worden ist, muß geschlußfolgert werden, daß die Kameraden des militanten Neonazi-Spektrums in der Stadt Fuß gefaßt haben. Anti-Antifa-Arbeit (ziemlich diletantisch übrigens) unterstreicht dies. Zur NPD pflegen die Neumünsteraner AktivistInnen ein eher freundschaftliches Verhältnis. Eigentlich dem Kreis der Freien Nationalisten verbunden, wurde die NPD beim vergangenen Bundestagswahlkampf unterstützt, indem Hilfe beim Anbringen von Stellschildern geleistet wurde. Augenzeugen haben dabei beobachtet, wie ein Militaria-Laden in Neumünster als „Depot" diente, genauso daß eine Neumünsteraner Baufirma offenbar mit ihren Fahrzeugen nicht nur Dienstfahrten verrichtet. Es sei denn, daß regelmäßige Besuche des C 88, Skinhead-Transporte -auch zu Kundgebungen oder anderen Nazi-Treffen, bzw. das Be- und Entladen von NPD-Stelltafeln auch im Firmenauftrag geschehen. Festzuhalten bleibt, daß mit dem C 88, der keiner bestimmten Strömung der NeofaschistInnen zuzuordnen ist (das zeigt auch die wohlwollende Erwähnung bei Blood & Honour sowie bei den Hammerskins), den militanten Faschisten einer steter Sammel- und Treffpunkt zur Verfügung steht, der durch seine „Aura" Jugendliche anzieht und somit auch eine gewisse Magnetfunktion für die rechte Bewegung darstellt. Daher sollte Einigkeit darin bestehen, daß der C 88 seinen vierten Geburtstag nicht mehr erleben darf. Mit Abschaffung oder Schließung des C 88 blieben jedoch die festen Strukturen der rechten Szene Neumünsters - zum Teil durch den C 88 entstanden - unangetastet bestehen. Es wäre illusorisch anzunehmen, daß die neofaschistische Szene in Zukunft auf z.B. Bartlings und Dolscheids Kontakte und Dienste, wie Ordnertätigkeiten bei Aufmärschen und Veranstaltungen, verzichten möchte. Wird dem nichts entgegengesetzt, wird die Bedeutung der Nazis aus Neumünster weiter anwachsen. Schon heute vergeht kaum ein Wochenende, an dem nicht einige von ihnen für die „nationale Sache" unterwegs sind , so wie zuletzt beim Aufmarsch des Bündnis Rechts am 23. Oktober in Flensburg.

Holger Prien verurteilt

Nach mehreren Anläufen - einige Prozesse wurden vertagt bzw. ausgesetzt - wurde Überzeugungstäter Holger Prien vom Amtsgericht Neumünster zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Angeklagt war er wegen Volksverhetzung in mehreren Fällen. Er war der Urheber der 1996 von ihm in Umlauf gebrachten Broschüre „Ist der Weltfrieden noch zu retten? Argumentationshilfe zur Stabilisierung Deutschlands und gegen rassistischen Völkermord". 1993/4 begann der heute 40jährige mit dem Verfassen des Pamphlets, das durchsetzt ist von übelster Ausländerhetze. Da heißt es zum Beispiel: „Das deutsche Volk mit Negern aufzufüllen, weil die deutsche Frau angeblich zu faul ist, Kinder zu bekommen, grenzt an vollendeten Völkermord".

Der selbständige Elektroingenieur leugnete in den ersten Prozessen stets seine Urheberschaft für das 131 Seiten starke Druckwerk, in dem er neben rassistischer Hetze die Verbrechen der Nationalsozialisten am jüdischen Volk verniedlicht bzw. in Zweifel gezogen hat. Erst als Gericht und Staatsanwaltschaft ihn mit einem Schriftgutachten sowie mit einer Speichelprobe (DNA-Analyse des Landeskriminalamtes) „festnageln" wollten, stritt er seine Verantwortung als Autor und Vertreiber des inkriminierten Machwerks nicht länger ab. Der passionierte CB-Funker und Motorradfahrer hatte für das Büchlein als Bezugsquelle die „Organisation der Opfer des finanz-kapitalistischen Terrors" benannt und als Anschrift den Postkasten auf dem leerstehenden Nachbargrundstück seines Elternhauses angegeben. Im Zusammenhang mit seinem Werk hatte er zudem den Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger eingeschaltet, wie er dem Amtsrichter mit einem vorgelegten Schriftstück aus der Rieger-Kanzlei zu dokumentieren versuchte. Darin war der Schrift eine „juristische Unbedenklichkeit" attestiert. Abgesehen davon, dass nicht geklärt werden konnte, ob das Schreiben aus Hamburg vielleicht zeitlich für das Strafverfahren gegen Prien nachträglich zurückdatiert wurde, maß der Amtsrichter dem Schrieb auch keinerlei Bedeutung bei. Rieger sei nun mal, was dessen politisches Weltbild angehe, einschlägig bekannt, führte der Richter als Begründung an. Prien argumentierte damit, nach juristischer „Prüfung" im „Verbotsirrtum" gehandelt zu haben. Der Angeklagte, der nach eigenem Bekunden Rieger zum damaligen Zeitpunkt nicht gekannt haben will („Der ist mir von der Hamburger Anwaltskammer empfohlen worden als Vertreter in politischen Strafsachen"), ist wahrlich kein unbeschriebenes Blatt in der braunen Szene.

Er trat mit Gesinnungstaten bereits 1987 und 1988 - unter anderem zusammen mit dem damaligen FAP-Aktivisten Klaus Mertineit aus Kiel - in Bayern in Erscheinung. Dabei handelte es sich jeweils um Propagandadelikte, weswegen er kurzzeitig auch inhaftiert und namentlich in den HNG-Nachrichten erwähnt wurde. Wohl auch nicht zufällig tauchte sein Name im Adressbuch von Michael Kühnen auf. Nach seiner Haftentlassung 1991 bemühte er sich für kurze Zeit um engere Kontakte zur DVU. Auch sein Draht zur HNG riß nie ab. So wurde die Prien-Broschüre im Januar 1996 in den HNG-Nachrichten angepriesen. 30 Mark verlangte Prien übrigens für sein Pamphlet, das er Kommunalpolitikern und Lehrern zustellte und dadurch auf der Anklagebank landete. Außerdem musste sich Prien für das Verteilen von ausländerfeindlichen Aufklebern im Oktober 1997 verantworten. Er hatte mit nicht volljährigen Jugendlichen vor der Schule im Stadtteil Einfeld agitiert. Auch hier ließ er zuvor seine illustren Kontakte spielen. Er berief sich darauf, dass die Aufkleber juristisch „einwandfrei" gewesen seien. Dies jedenfalls wurde ihm mit beigefügtem Aktenzeichen eines anderen Verfahrens aus Bad Berleburg von der Hamburger Anwältin Gisela Pahl so mitgeteilt. Sie ist Mit-Aktivistin des sogenannten „Deutschen Rechtsbüros" - ein Zusammenschluß von Juristen rechtsextremer Couleur, die junge und alte Nazis in Rechtsfragen beraten und betreuen. Einer der damals von Prien „verführten" Jugendlichen war Toni Herrndorff, der erst kürzlich als „Anti-Antifa-Möchtegern" in Neumünster in Erscheinung trat. Prien verließ trotz nicht gezeigter Reue und Bekundung, dem rechtsradikalen Gedankengut weiterhin anzuhängen, den Gerichtssaal als freier Mann. Er wurde zu einem Jahr Haft - ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung - verurteilt. Hinzu kam eine Geldstrafe von 3000 Mark. Richter und Staatsanwalt waren sich im Strafmaß fast einig: Der Vertreter der Anklage forderte sogar eine um 2000 Mark höhere Geldstrafe.

Zuletzt hatte Prien im April 1996 vor Gericht gestanden. Damals wurde er zu einer Geldstrafe in Höhe von 4200 Mark verurteilt, da die Polizei bei ihm ein Jahr zuvor über 400 Handzettel mit den Parolen „Rassenmischung ist Völkermord" und „Multikulti = Holocaust am Deutschen Volk" gefunden hatte. Dazu beschlagnahmte die Polizei rechtsextreme Literatur und Kassetten. Zeugen bekundeten seinerzeit, dass Prien mehrfach die Reichskriegsflagge aus dem Fenster gehängt hatte.

H.F.

VS finanziert Brandstifter!

Immer wieder gerät das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern in die Schlagzeilen, wenn es um Anschläge, Überfälle und Aufmärsche von Neonazis geht. Erwähnt seien hier exemplarisch nur der versuchte gemeinschaftliche Mord an zwei Vietnamesen Ende August in Eggesin und der Aufmarsch von ca. 400 Neonazis in Pasewalk als Ausweichveranstaltung für eine verbotene Demonstration am 6. November in Göttingen. Über einen weiteren Fall, der für Aufsehen sorgte, soll im folgenden berichtet werden.

Am 13. März wurde auf die Pizzeria eines Nepalesen in Grevesmühlen ein Brandanschlag verübt. Dabei entstand ein Sachschaden von etwa 30.000 DM. Verletzt wurde glücklicherweise niemand. Nachdem von Seiten der Polizei und der Medien über Streitigkeiten unter Pizzeria-Besitzern als Grund für diesen Anschlag spekuliert worden war, wurden letztendlich doch elf Tatverdächtige aus der Neonazi-Szene ermittelt. Ende August standen fünf von ihnen (drei Männer und zwei Frauen zwischen 19 und 20 Jahren) in Wismar vor dem Jugendschöffengericht. Alle gestanden die Tat und gaben als Tatmotiv Ausländerfeindlichkeit an. Die zwei jungen Frauen berichteten, am späten Abend des 13. März einen Kanister Benzin besorgt zu haben. Auf einem abgelegenen Parkplatz füllten dann zwei der männlichen Angeklagten das Benzin in Flaschen. Stoffreste dienten als Lunten. Nachdem andere aus der Gruppe mit Baseballschlägern und Eisenstangen die Scheiben zertrümmert hatten, warfen die zwei Männer die brennenden Molotov-Cocktails in die Pizzeria. Die zwei Frauen hatten während des Anschlages mit dem dritten angeklagten Mann im Auto gewartet.

Einer dieser Angeklagten war André Reichow, ehemaliger Chef des Kreisverbandes Nordwestmecklenburg der neofaschistischen „Sozialen Volkspartei“ (SVP), einer im Januar 1999 gegründeten Abspaltung der NPD. Dieser behauptete vor Gericht, seine politische Einstellung habe sich im Knast geändert. Als Beweismittel beschlagnahmte Briefe, die André Reichow im Juni und Juli aus der JVA Neubrandenburg an Freunde geschrieben hatte, beweisen jedoch das Gegenteil. Sie waren gespickt mit Parolen wie z.B. „Freiheit für alle Nationalsozialisten!“ und „Lieber ein Viertes Reich als dritte Zähne!“.

Nach drei Prozeßtagen stand das Urteil gegen die fünf Angeklagten fest. André Reichow muß eine Haftstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verbüßen. Die beiden anderen Männer bekamen zwei Jahre und drei Monate bzw. zwei Jahre. Im Fall der beiden Frauen urteilte das Gericht wesentlich milder. Die Strafen von einem Jahr und sechs Monaten bzw. einem Jahr und drei Monaten wurden auf Bewährung ausgesetzt. Verurteilt wurden alle aufgrund versuchter Brandstiftung und vier von ihnen zusätzlich wegen Verstoß gegen das Waffengesetz.

V-Mann war dabei

In einem Prozeß gegen zwei weitere Tatverdächtige vor dem Amtsgericht Wismar sorgte die Aussage des 21jährigen ehemaligen NPD-Kreisvorsitzende von Wismar, Michael Grube, für einen riesen Skandal. Er gab an, monatelang Berichte aus der Neonazi-Szene an den Verfassungsschutz (VS) geliefert zu haben, sprich V-Mann gewesen zu sein. Grube war nach dem Überfall auf einen Zeltplatz in Leisten 1997 vom VS angeworben worden. Elmar Ruhlich, Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern bezeichnete Grube als „sehr, sehr wichtige Quelle“. Unter dem Decknamen „Markus“ hatte sich dieser alle zwei Wochen mit seinen V-Mann-Führern getroffen. Je nach Qualität der Informationen bekam er 500 bis 700 DM im Monat. Angesichts von etwas mehr als 400 DM Lehrlingsgehalt, ein erheblicher Anreiz. Das führte auch dazu, daß sich Grube nach seiner Wahl zum NPD-Kreisvorsitzenden sehr intensiv um den Erhalt seine Geldquelle bemühte. So wuchs die Mitgliederzahl in dieser Zeit von zwölf auf 50 Bespitzelte. Anfang 1999 verließ Grube die NPD und war mit anderen an der Gründung der radikalen Abspaltung SVP beteiligt.

Eine Schlüsselrolle in dem Fall spielt der V-Mann-Führer Jürgen Schaper. Dieser war schon einmal durch ungewöhnliche Aktivitäten aufgefallen. So hatte er 1991, damals noch beim Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt tätig, nach wagen Hinweisen über angebliche Stasi-Kontakte des ehemaligen Umweltministers Wolfgang Rauls (FDP), für eine handfeste Regierungskrise gesorgt. Wie kann es angehen, daß der Verfassungsschutz V-Leute beschäftigt, die mit dessen finanzieller Unterstützung eine Neonazi-Struktur aufbauen, und an rassistisch motivierten Straf- und Gewalttaten beteiligt sind? Darüber hinaus wurde während des Prozesses bekannt, daß Grube vom Verfassungsschutz auch eine Liste mit Daten von Linken erhalten hatte! Wozu, wenn nicht zur Vorbereitung von Straftaten gegen Andersdenkende. Teile der PDS-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern erwägen inzwischen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Der Schweriner Innenminister Gottfried Timm (SPD) hingegen will die V-Mann-Affäre von der niedersächsischen Aufsichtsbehörde des dortigen Verfassungsschutzes untersuchen lassen. Er beklagt nur unzureichend und teilweise fehlerhaft von seinen VS-Beamten informiert worden zu sein. Dies ist mit Sicherheit nur die Spitze eines Eisberges.

Die Rechte sammelt sich -mal wieder!

Etwa 200 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligten sich am 18. September in Neustadt-Glewe (Mecklenburg-Vorpommern) an einer Diskussionsveranstaltung unter dem Motto „Vor dem Aufbruch. Deutsche Patrioten sammeln sich". Eingeladen hatten die „Nation Europa - Freunde e.V." und die „Deutschlandbewegung". Als Hauptreferenten traten der Ex-Grüne und Initiator der Deutschlandbewegung, Alfred Mechtersheimer, sowie der ehemalige Europaabgeordnete der Republikaner und heutige Nation Europa - Herausgeber, Harald Neubauer, auf. Mechtersheimer begann seinen Vortrag mit einer Standortbestimmung seiner Deutschlandbewegung. Er distanzierte sich von „Rechten, wie der CSU, der DVU und den Skinheads" und beschwor die „Tradition der alten NPD unter Adolf von Thadden". Allerdings müsse, so Mechtersheimer, zunächst eine ausserparlamentarische Opposition, die sich frei vom „Anpassungsdruck der Parlamente" formieren kann, geschaffen werden. Die Deutschlandbewegung biete diesen überparteilichen Rahmen. Die Notwendigkeit einer Sammlungsbewegung begründete er mit der mehr als mäßigen parlamentarischen Arbeit rechter Parteien (Beispiel DVU), deren Bild in der Öffentlichkeit und den daraus resultierenden Wahlergebnissen in der Vergangenheit.

Das Schmuddelbild der Rechten, bestehend aus profilneurotischen Parteiführern und mordenden Nazi-Skin-Banden, sei einer der Haupthinderungsgründe erfolgreicher politischer Arbeit. Dieses Bild müsse durch eine seriöse Radikalität wie die Haiders ausgewechselt werden. Auf Grundlage einer landesweiten radikalen Opposition, die Bewegungscharakter haben soll, wird es nach den Vorstellungen von Mechtersheimer zunächst zu einer längeren Phase inhaltlicher Arbeit und dann zu programmatisch abgesprochenenen Wahlbündnissen kommen, die dann nicht mehr Zweckbündnisse sondern Teil eines Ganzen sein werden.

Angesichts des WählerInnenpotentials rechter Parteien und eines erstarkenden Nationalgefühls sieht er die Möglichkeit einer gestärkten und profilierten Präsenz in den Parlamenten in einem Zeitraum von 10 - 15 Jahren als realistisch an, vorausgesetzt, die nächsten Schritte (Vernetzung der Szene, Aufbau von Strukturen, Reaktivierung alter Kämpen) werden in Kürze angegangen. Den populistischen Teil übernahm Harald Neubauer.

Sich auf die schützenswerte Abstammungsgemeinschaft des Deutschen Volkes gemäß der Präambel des Grundgesetzes berufend, wetterte er gegen Immigration, Familiennachzug und Gleichberechtigung und stellte den Schutz vor Überfremdung an den Beginn der Ausbildung einer nationalen Identität. Der Kampf um die Nation gemäß eines Nationalismusbegriffes, der die eigene Kultur als kollektiv prägend, ein Volk umfassend und damit als Nation definierend darstellt, wird zwar anderen Völkern im Sinne des Ethnopluralismus ebenfalls zugestanden, ist aber für Neubauer nicht zuletzt aufgrund der nicht enden wollenden Erniedrigung des Deutschen Volkes von besonderer Bedeutung. Sich dabei auf das im Grundgesetz verbriefte Widerstandsrecht berufend, bemühte er sich hinsichtlich der zu erwartenden Repression durch den Staat um einen Vergleich mit den Nürnberger Prozessen und drohte daher bereits jetzt mit einer Wiederholung, allerdings dann unter umgekehrten Vorzeichen.

An dem Treffen in Neustadt-Glewe nahmen u.a. auch folgende Personen teil, um hier nur einige zu nennen: Peter Dehoust (Herausgeber von Nation Europa), Baldur Springmann (Ökofaschist und ehem. Mitbegründer der Grünen), Prof. Dr. Achim Fahs (Landesvorsitzender von Mecklenburg-Vorpommern und Bundesvorstandsmitglied des Bundes Freier Bürger), Joachim Nothdurft (Landesvorsitzender der Deutschen Sozialen Union von Sachsen-Anhalt), Hans Hirzel (Bundesvorstandsmitglied der Republikaner), Jan Burrischek (Landessekretär der hessischen Republikaner) und Hans Fiedler (Landesvorstandsmitglied der niedersächsischen NPD).

Darüber hinaus waren NPD- und vor allem Rep-Funktionäre verschiedenster Landes- und Kreisverbände, sowie Vertreter der Zeitschriften „Unabhängige Nachrichten" und „Wir selbst" Teil des rechten Pottpurris.

Da es sich um eine Auftaktveranstaltung im Sinne der Sammlung deutscher Patrioten handelte, fällt es schwer, die längerfristige Bedeutung des Projektes zu bestimmen, obwohl zumindest festzuhalten ist, daß die Ausführungen Mechtersheimers und Neubauers beim Publikum regen Beifall fanden.

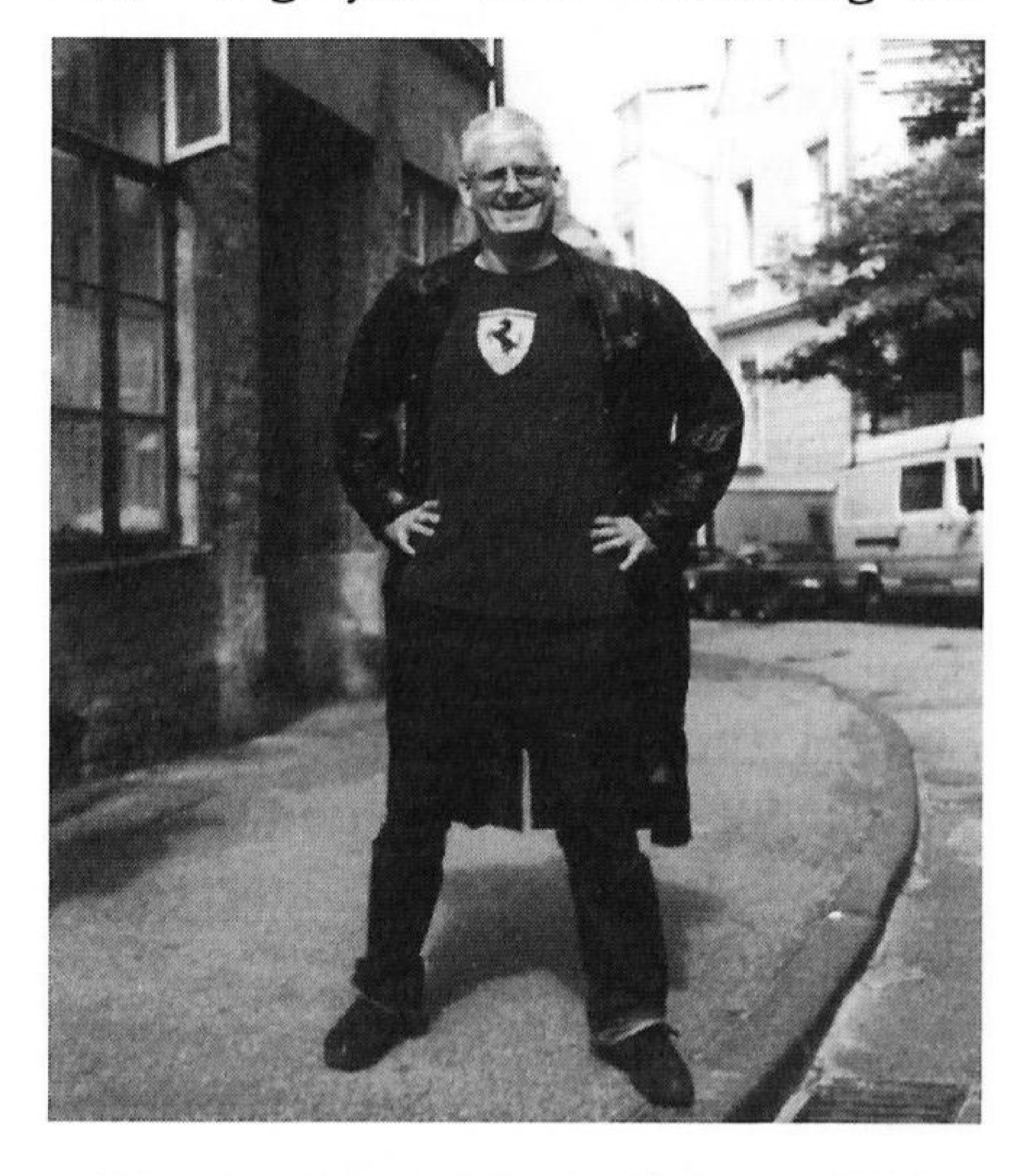
Klar ist jedenfalls, daß neben den wenig glaubwürdigen Distanzierungen gegenüber der extremen Rechten (Neubauer war bekanntlich Mitglied der NSDAP/AO; der Saalschutz wurde augenscheinlich u.a.vom Bündnis Rechts gestellt), zum einen Erfahrungen im Hinblick auf Sammlungsversuche (z.B.Neubauers Rolle bei der Deutschen Liga für Volk und Heimat) vorhanden sind, und zum anderen in weiten Teilen rechter Parteien und Projekte ein Interesse an einer Zusammenarbeit im Sinne Mechtersheimers vorhanden sein dürfte. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob es gelingt, die bemängelten Querelen abzustellen, eine revolutionäre Diziplin durchzusetzen und vor allem den Mangel einer charismatischen Führungspersönlichkeit vom Schlage eines Jörg Haiders abzustellen.

Verzerrer

Dr. Ring-Ding &The Senior Allstars / Digging up dirt

Wer das Schaffen dieser Praxis über die letzten Jahre nicht nur in Lübeck verfolgt hat, dem ist aufgefallen, daß der Dr. sich nicht nur in Europa größter Beliebtheit und Anerkennung erfreut. Annähernd alle Größen und Urväter des Skas haben oft und gerne auf den authentischen Sound dieser Ausnahme-Band zurückgegriffen: Lord Tanamo, Doreen Shaffer, Laurel Aitken, Judge Dread, RockerT, King Django sind nur einige, die mit Dr. Ring-Ding als Begleitband im Rücken durch Europa getourt sind.

Mit einigen (z.B. D. Shaffer) sind auch kongeniale Alben eingespielt worden. Nicht selten war es das unvergleichlich schnoddrige Entertainment des Richard A. Senior das den Konzertabend zum Erlebnis gemacht hat. Mit *„Diggin'up Dirt"* liegt jetzt eine Sammlung der



schönsten Versions mit diversen Gästen vor. Die „Melodien für Millionen" für die wir diese Band lieben, werden dabei neu interpretiert u.a. von dem NY Ragga Genie Rocker T, The original voice of the Skatalites and first Lady of Jamaica Ska Doreen Shaffer, Papa Jason und King Django. Für alle Fans ist dieses Album eh ein Muß, dem Novizen sei sie ans Herz gelegt, als eine geniale Mixtur aus Bluebeat, Hip-Hop, Reggae, Ragga, Ska, Rocksteady. Anspieltip und Superhit der Platte: „Turn it Down"

Erschienen bei: Grover Records

Diverse / In The Fishtank

Zu dem Label „Konkurrent" muß wohl nicht viel erklärt werden, die holländischen Gralshüter des Independents bringen mit Bands wie Nomeansno, Snuff, June of 44 usw. seit Jahrzehnten die qualitativen Eckwerte dieses Genres auf den europäischen Markt. Seit einiger Zeit hat die Verlagskolchose mit dem symphatischen Kurierfahrer im Emblem eine Reihe mit dem Titel „In the Fishtank" aufgelegt. Für schmales Geld (< 18,- DM) kann man jeweils 4 – 5 Stücke, sprich ca. 25 min Musik der beliebtesten Konkurrent-Bands erwerben. Alle Aufnahmen entstehen im legendären Studio Koienverhuur, Amsterdam und sind live eingespielt. Die Auswahl der Stücke obliegt dabei ausschließlich den Bands, die während einer Tourpause für 2 – 3 Tage im Studio gastieren.

Das Ergebnis sind wie im Falle Nomeansno, die den Auftakt zu dieser Serie gemacht haben, originelle Jams bekannter Stücke die schön krachig und unverbraucht daherkommen (speziell die Snuff-Aufnahmen sind dabei ein Highlight). Die Bands geben zumeist ein Querschnitt ihrer persönlichen Lieblingsstücke zum Besten; der dementsprechend hohe Spaßfaktor bleibt bei dieser Form der Aufnahmen voll erhalten. Die Nomeansno Veröffentlichung u.a. mit dem Klassiker „Big Dick" setzt dabei Maßstäbe: Liveversions in Studioqualität!!!

Erschienen sind in der Reihe bisher: Nomeansno, Snuff, Tortoise, The Ex, June of 44, Tassili Players, Guv'ner

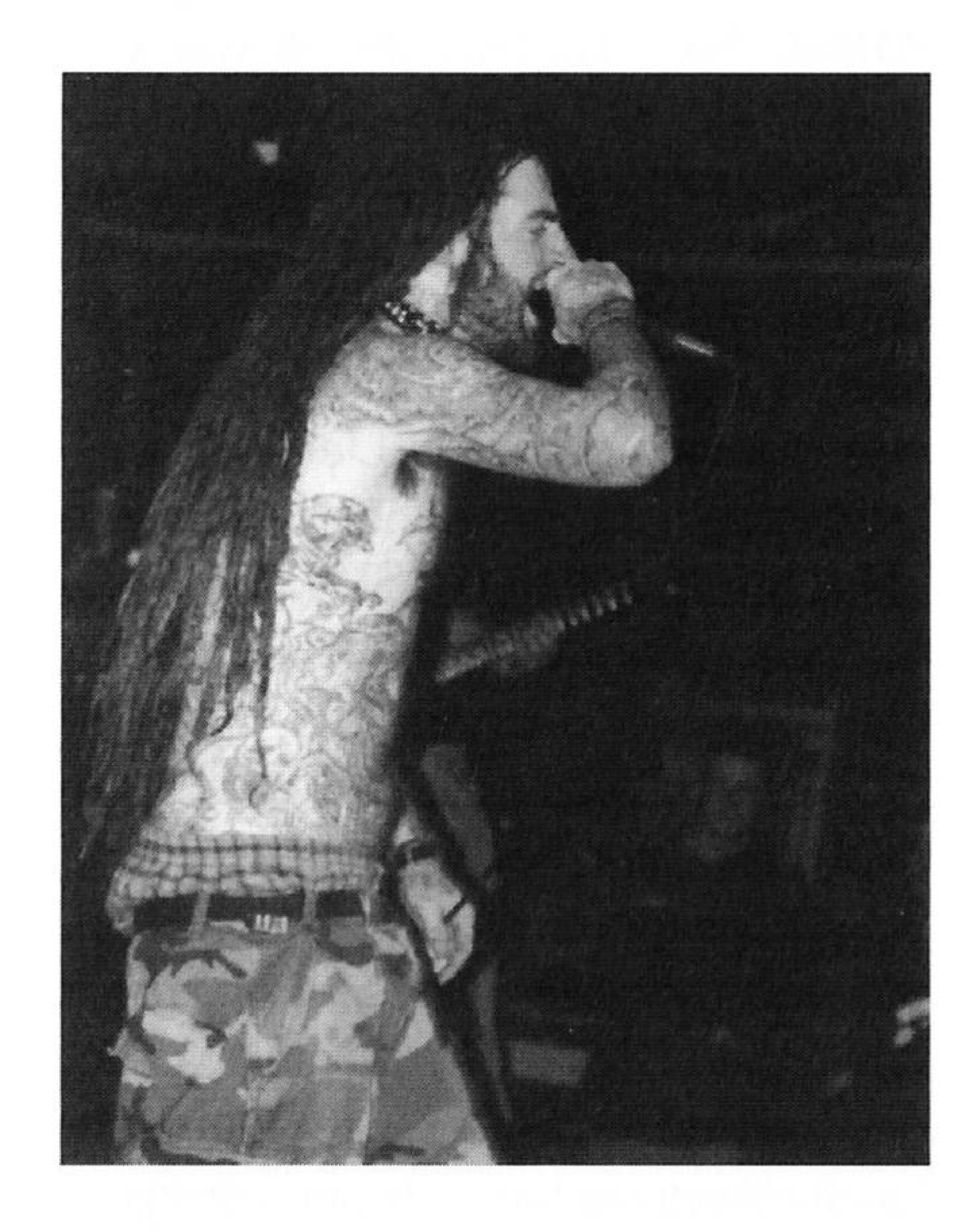
Erschienen bei: Konkurrent



25 ta life / Friendship, Loyalty, Commitment

Hardcore rules bei dieser „tritt in deinen Arsch" Combo aus NY: Mit ihrer neuen Platte hat die Band endgültig das Zepter der härtesten NYer Band übernommen. Bereits auf der letzten Europa-Tournee haben sie bewiesen, daß die Opas von Agnostic Front sich lieber pensionieren lassen sollten. Der charismatische Rick hat nicht nur mehr Tattoos als Vinnie Stigma, er ist auch der bessere HC-Act. Sie neue Platte erfüllt dann auch alle Erwartungen, die z.B. auf dem ersten Europa-Auftritt im Treibsand geweckt wurden: Groovende Gitarrenwände treffen auf pumpende Bässe und Ricks großartige Stimme: Ein Hochgenuß!

Erchienen bei: Triple Crown Records



Wichtig:
Am 28/11/ im treibsand, die Urväter des Ska: The Skatalites

Vorverkauf 20,- DM im WoAnders

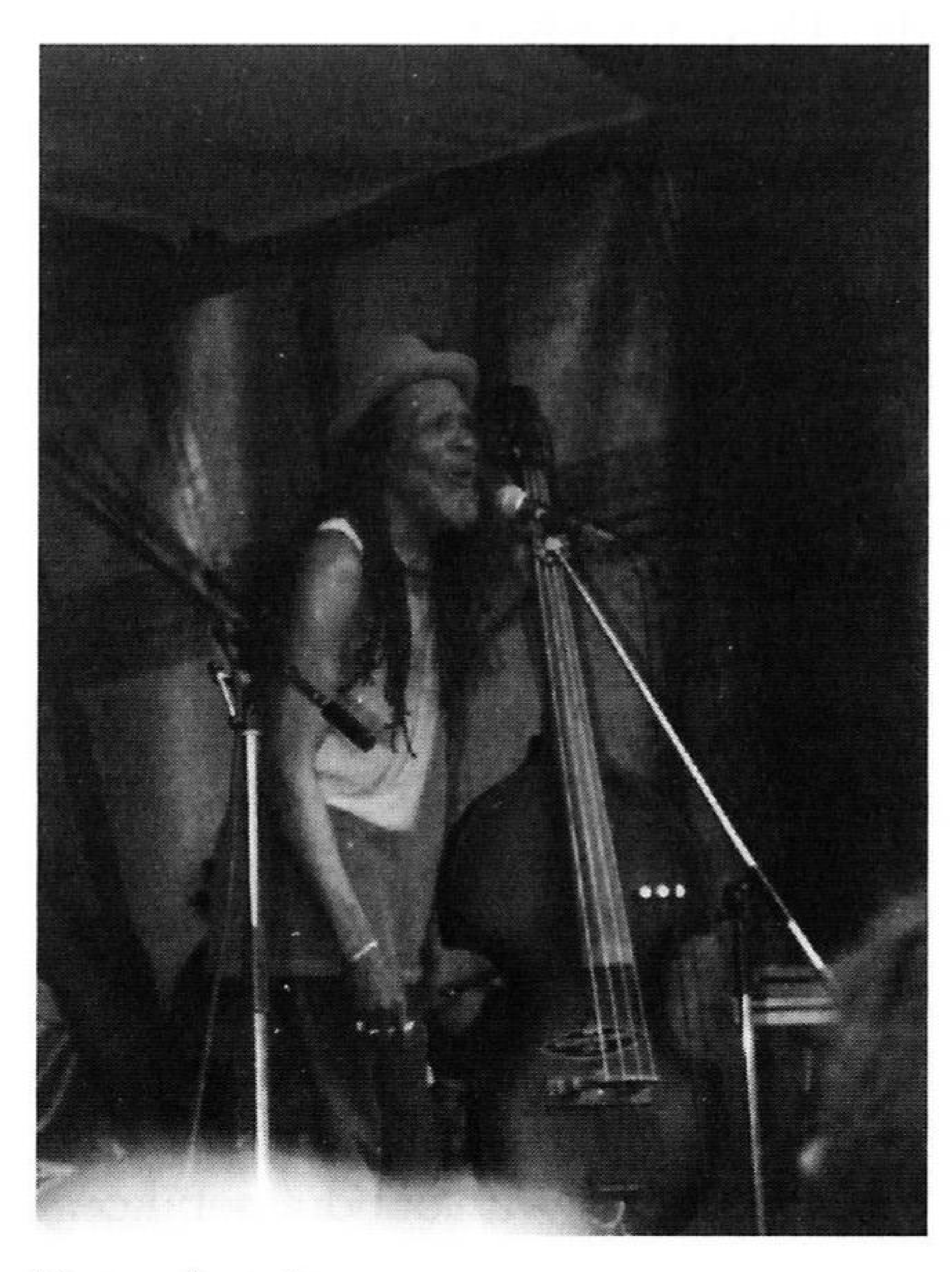


Foto skatalites

Zweiter Prozess gegen Safwan Eid

Ein unschuldiger Angeklagter und ein stummer Staatsanwalt

Der Prozessmarathon gegen Safwan Eid geht seinem Ende zu. Eventuell ist der junge Libanese, dem vorgeworfen wurde, am 18. Januar 1996 das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstrasse in Brand gesetzt zu haben, bereits vom Kieler Landgericht freigesprochen, wenn diese Ausgabe der Enough is enough verkauft wird.

Offen bleibt hingegen, ob es jemals eine juristische Anstrengung geben wird, die tatsächlichen Täter zu finden.

Am 2. September eröffnete das Kieler Landgericht den Revisionsprozess, den der Bundesgerichtshof angeordnet hatte; Hintergrund war der laut BGH unzulässige Ausschluss von Abhörprotokollen im ersten Prozess in Lübeck. Entgegen der Meinung der Bundesanwaltschaft glaubte der BGH, die Zulassung der Protokolle hätte unter Umständen das Urteil beeinflusst und am Freispruch rütteln können. Wenn auch ansonsten der Kieler Prozess sinnlos ist, beweist er zumindest, dass die Karlsruher Richter sich gründlich getäuscht haben! Die Abhörmassnahme, gedacht als Stütze der Anklage, belegt nicht nur die Unschuld Safwan Eids, sie demonstriert zudem auch noch das Ausmass der einseitigen, rassistischen Ermittlungen der Ankläger!

Dennoch musste die Verteidigung anfangs kämpfen: der Vorsitzende Richter Strebos hatte einen eigenwilligen Vorschlag für den geplanten Verhandlungsablauf eingebracht. Zuerst sollten alle erdenklichen belastenden Punkte bzw. ZeugInnen behandelt werden. Sollten sich daraus Schlüsse auf eine Täterschaft Safwans ergeben, wäre die Verteidigung mit ihren entlastenden Momenten am Zuge gewesen. Strebos hatte die Prozessökonomie im Blick: denn wenn eine Würdigung der Belastungsindizien bereits keine beweisbare Täterschaft ergeben hätte, wollte Strebos die Verhandlung abkürzen, das Entlastende als überflüssig aus dem Verfahren streichen. Zudem legte Strebos ausserordentlichen Wert auf eine Ausklammerung der Vergangenheit: die Aspekte „Tatverdacht Grevesmühlen" und die Fehler bzw. Einseitigkeit der Lübecker Ermittlungsbehörden wollte (bzw. will) er aus „seinem" Prozess heraushalten. Dies liessen Safwans Verteidiger-Innen, Gabriele Heinecke und Barbara Klawitter nicht mit sich machen: „Dem Angeklagten wird zugemutet, sich in diesem Stadium der Beweiserhebung auf die Infragestellung der ihn aus Sicht des Gerichts, der Staatsanwaltschaft und der Nebenklage belastenden Indizien zu beschränken, ohne durch andere Umstände und Geschehnisse die Meinungsbildung des Gerichts bereits zu Beginn der Beweisaufnahme beeinflussen zu können, um dann ggfs. in einer vom Vorsitzenden vorgestellten zweiten Phase der Beweisaufnahme die Verteidigung gegen eine zu seinen Lasten bereits getroffene Vorentscheidung führen zu müssen.

Eine solche Umverteilung der Beweislast in der Beweisaufnahme und Hauptverhandlung widerspricht der Amtsaufklärungspflicht und beeinträchtigt den Angeklagten grundlegend in seinem Recht auf Verteidigung. (...)Es mag sein, dass, wie in der Presse zu lesen war, das Gericht es für möglich hält, dass sich selbst bei einseitiger Schau auf die belastenden Indizien kein Schuldspruch abzeichnet. Nur: Bedeutet diese Möglichkeit, dass dem Angeklagten auferlegt werden kann, eine solche „einseitige Schau auf die belastenden Indizien", die der Amtsaufklärungspflicht widerspricht, widerspruchslos hinzunehmen?

Der Angeklagte hat keinerlei Interesse an einer erneuten, lang andauernden Hauptverhandlung. Sein begründeter Anspruch ist, so schnell wie möglich erneut freigesprochen zu werden. Bis dahin jedoch muss er alle ihm von der Strafprozessordnung zur Seite gestellten Verteidigungsrechte uneingeschränkt nutzen und auch nutzen dürfen. Dies ist bei der vorgesehenen „Schlüssigkeits-Beweiserhebung" nicht möglich." (aus dem Antrag der Verteidigung vom 3.9.99) ProzessbeobachterInnen lasen zwischen den Zeilen dieses Antrages die Drohung eines Befangenheitsantrages gegen das Gericht - eine leere Drohung wäre es nicht gewesen...

Strebos lenkte jedoch ein und konzentrierte die Verhandlung dann ausschliesslich auf die Abhörbänder und deren Übersetzung. Und hier stellte sich schnell heraus, dass eine Zulassung der Bänder vor dem Lübecker Landgericht das Urteil nur in eine Richtung beeinflusst hätte - die Wischiwaschi-Begründung des Freispruches „im Zweifel für den Angeklagten" hätte eindeutiger im Sinne der erwiesenen Unschuld ausfallen müssen, die nur mündliche Kritik an den Ermittlungen, die „das notwendige Mass an Qualität nicht immer erfüllt haben", hätte schärfer ausfallen müssen.

Zwanzigmal und öfter beteuert Safwan gegenüber seiner Familie (auf arabisch - an die anwesenden JVA- oder Kripobeamten waren seine Sätze nicht gerichtet) seine Unschuld. Dies wird jedoch aus dem Focus des Interesses verdrängt -durch den Sachverständigen Yachoua, der im Auftrag der Staatsanwaltschaft die Bänder übersetzte. Nicht nur seine fehlende Qualifikation, (die Universität Damaskus bot während seines Studiums keinen Unterricht in

den verschiedenen libanesischen Dialekten an, sein Arabisch-Studium war nur eine Notlösung, zum Mediziner fehlten dem unterdurchschnittlichen Abiturienten die Voraussetzungen, nur ein Studium bewahrte ihn aber vor dem Militärdienst...), sondern besonders die abgelieferten Ergebnisse, die Erklärung, wie ein drastischer Fehler in das Protokoll kam, seine Interpretationen und die Wahl, nur die für den Angeklagten schlechteste Variante mehrerer möglicher Übersetzungen zu erwähnen, gaben Stoff für gleich drei Befangenheitsanträge der Verteidigung. Zwei davon wurden abgelehnt, der Beschluss zum dritten aufgeschoben - auch das Gericht hat erkannt, welche dubiose Vorstellung Yachoua (der zu 70% für BKA und LKA arbeitet) abliefert, scheut jedoch davor zurück durch die Zustimmung zur Befangenheit den Prozess mit einem weiteren, erst noch zu bestellenden Übersetzer, wiederholen zu müssen.

Nun wird Yachoua - anders als während der Ermittlungen - durch einen zweiten, hochqualifizierten Arabisch-Übersetzer korrigiert. Ahmed Wannous (46) aus Berlin, Professor für arabische Sprache konnte eine Magisterprüfung vorweisen, der Umgang mit verschiedensten arabischen Dialekten sei für ihn Alltag.

Was im Prozess manchmal zähfliessend und langwierig war, wollen wir in aller Kürze darstellen - die Beleuchtung dessen, was Kernpassagen der „belastenden" Abhörprotokolle sein sollten. Der von der Staatsanwaltschaft behauptete Satz eines Bruders von Safwan „Ich habe alle zum Schweigen gebracht" konnte auch „Ich habe sie alle beruhigt" lauten; der als Zeugenbeeinflussung aufgefasste Satz „Alle sind gekommen und haben ihre Aussagen verglichen" wurde von Yachoua und Wannous mit „Alle sind gekommen und haben ihre Aussagen dargelegt" übersetzt. Während Wannous an einer Stelle hörte: „Dein Vater lässt dir sagen [Lücke] ... - Ich sage überhaupt nichts mehr.", übersetzte Yachoua: „Dein Vater sagt, du sollst aufpassen. - Ich werde nichts mehr sagen." Diese Passage wurde annähernd zwanzigmal vorgespielt, um zu ermitteln, ob das arabische Wort für „aufpassen" dort zu hören ist. Keiner der Prozessbeteiligten konnte ein solches Wort vernehmen, selbst die Berufsrichter gaben zu Protokoll, ein solches oder ein ähnliches Wort nicht heraushören zu können. Dann wurde derselbe Satz noch einmal auf einem anderen Band (es gab drei parallele Aufnahmen von unterschiedlichen Mikrofonen) angehört. Jetzt übersetzten beide Sachverständigen übereinstimmend: „Dein Vater lässt dir sagen, er lässt dich grüssen. Du sollst deine Zunge hüten." Das Wort „aufpassen" taucht definitiv nicht auf.

„Ich habe den Koran gelesen. Ich habe meine Fehler erkannt, ich weiss, was ich im/am Gebäude gemacht habe", hiess es seit 1996 in der Yachoua-Übersetzung. Jetzt: „... ich weiss, was ich im Herzen des Gebäudes gemacht habe." Wannous dazu: Auf dem Band ist kein Satz zu verstehen, er würde seinen Lehrstuhl riskieren, wenn er aus den Geräuschen und drei Silben einen Sinn konstruierte. Band 2 wird herangezogen, hier ist ein wenig mehr zu verstehen: „Ich habe alle meine Fehler erkannt, ich weiss, was mein Gott so mit mir macht." Yachoua gestand ein, er habe eben gewisse Erwartungen über das, was gesagt werde (sic!). Auf Nachfrage wollte er dies aber doch nicht so gemeint haben...

Was er denn so gemeint hat oder eben nicht, war auch bei einem noch drastischeren Beispiel entscheidend: zierte die staatsanwaltschaftliche Akte noch der von Yachoua übersetzte Satz Safwans „Was wäre, wenn ich gestanden hätte?", wies der BKA-Dolmetscher in der mündlichen Verhandlung darauf hin, dass der Satz richtig übertragen, hätte lauten müssen: „Was wäre, wenn ich gestorben wäre?". Ein Konvertierungsfehler beim Datenaustausch zwischen Yachouas Laptop und einem Polizei-PC sei für diesen Fehler verantwortlich, und zudem seien die Behörden rechtzeitig informiert worden und hätten Gelegenheit gehabt, das schwer belastende, aber falsche Material gegen die real existierende Harmlosigkeit auszutauschen. Einige Polizeibeamte und StA Böckenhauer bestritten aber schriftlich bzw. telefonisch, je von Yachoua auf diese Passage aufmerksam gemacht worden zu sein (insbesondere auf dieses Kapitel bezieht sich der dritte Befangenheitsantrag der Verteidigung).

Nachdem die Protokolle abgehandelt waren, ergaben die Vernehmungen weiterer Zeugen, insbesondere Polizeibeamte, nur einen weiteren Eindruck der Einseitigkeit bei gleichzeitiger Unprofessionalität der Ermittlungsbehörden. Brandsachverständiger Herdejürgen blieb bei seiner bereits im Lübecker Prozess vorgetragenen Version des Brandausbruches im ersten Stock, konnte aber immer noch nicht erklären, wie sich das Feuer nach unten ausgebreitet haben soll. Die ProzessbeobachterInnen waren sich einig, dass das gesamte Verfahren nach den Protokollen auch als Schlaftablette hätte verordnet werden können.

Das Gericht beugte sich den Fakten und liess am 8. Oktober verlauten, es „gebe nicht den geringsten Anhaltspunkt für eine Tatbeteiligung des Angeklagten" und unterstrich, dass die Tonbandprotokolle sogar als entlastend angesehen werden müssen. Nicht einverstanden erklärten sich die Nebenklagevertreter RA Clausen und Haage mit dieser Stellungnahme - sie wiesen auf die Aussage des Rettungssanitäters Leonhardt hin, der das berühmte „wir warn's" gehört haben will bzw. dies vorgibt. Die Verteidigung entgegnete, dass die beiden Rechtsanwälte die diversen Widersprüche in Leonhardts Aussage(n) offensichtlich ignorierten und einen Unschuldigen verurteilt sehen wollen. Richter Strebos fragte wiederholt die Nebenklagevertreter, auf welche konkrete Tathandlung Safwan Eids die Aussage Leonhardts oder andere „belastende" Indizien schliessen liessen; RA Clausen und Haage blieben jegliche Antwort schuldig...

Beide arbeiteten weiter an dem Image, dass sie sich bereits im ersten Prozess verdienten: RA Dr. Clausen als Rechtsanwalt, der bedingungslos für das Interesse seiner Mandantschaft auftritt - gegen alle Fakten will Familie El Omari ihren ehemaligen Nachbarn verurteilt sehen. Dabei zeigt sich RA Clausen jedoch firm in

Strafgesetzbüchern und Strafprozessordnung - als Anwalt seriös und intelligent, als Mensch in einer Hinsicht bewundernswert: der Autor kann sich nicht vorstellen, dass RA Clausen wirklich von einem ernsthaften Tatverdacht gegen Safwan Eid ausgeht; dann trotzdem für die Mandantschaft entsprechend zu argumentieren - dazu gehört schon was.

Anders der Herr Haage: ihm ist ohne Zweifel zuzutrauen, dass er nicht über die Fähigkeit verfügt, die Fakten des Verfahrens rational zu interpretieren, folglich persönlich auch von einer Schuld Safwans überzeugt ist. Das Bild ist komplett, wenn Haage bspw. Beweisanträge einbringt. Dass diese nicht zulässig sind, wenn ihnen nicht Beweisinhalt und Beweismittel gegeben werden (also was womit bewiesen werden soll) - Basiswissen der Strafprozessordnung, über das selbst Nicht-JuristInnen verfügen, ist dem Herrn Haage ein böhmisches Dorf...

Doch ohne Herrn Haage hätte das Verfahren bis zu den Plädoyers ein „Erlebnis" wahrscheinlich vermissen lassen. StA Martins meldete sich zu Wort! Provoziert von einem Antrag Haages musste den Staatsanwalt die Juristenehre gepackt haben - er wies auf die Unzulässigkeit des Antrages hin und das gleich in mehreren Sätzen. ProzessbeobachterInnen zeigten sich überrascht! Der Staatsanwalt lebt doch! Denn vor diesem Eingreifen dachten einige schon, Martins gehört als Requisite in den Saal, nicht als Prozessbeteiligter. Dieses fehlende Engagement des vermeintlichen Anklägers demonstriert die Qualität der Anklage....

HPW

Antrag der Verteidigung:

„... Dr. Böckenhauer wird bestätigen..."

An das Landgericht Kiel, Kiel, den 03.09.1999 - II Kls (41/98)

In der Strafsache gegen Safwan Eid wird beantragt, vor der Vernehmung anderer Zeugen Herrn Dr. Michael Böckenhauer, zu laden über Justizministerium Kiel, als Zeugen zu hören.

Die Kammer hat mit Schreiben an die Verfahrensbeteiligten vom 09.06.1999 und durch den Inhalt der Ladungsverfügungen vom 20.07. 1999 (Bd. XXVII, 1-4) offen gelegt, dass sie sich im Wege einer kursorischen Beweisaufnahme zunächst ausschliesslich auf die Safwan Eid vermeintlich belastenden Indizien beschränken will, um sich einen Überblick über den Grad der Belastung zu verschaffen. Dieses Vorgehen ist vom Verfahrensrecht her nicht zulässig, ist ein Verstoss gegen die Grundsätze eines fairen Verfahrens, zur Manifestierung eines negativ gefärbten verzerrten, nicht jedoch zur Ermittlung des tatsächlichen Sachverhalts geeignet.

Geeignet, der Kammer tatsächlich einen Überblick zu ermöglichen und nicht nur die Safwan Eid belastenden, sondern sämtliche Ermittlungsergebnisse mitzuteilen, ist der am Gerichtsort anwesende Dr. Böckenhauer als der ermittelnde Staatsanwalt des Verfahrens Az. 702 Js 2026/96. Aufgrund der Erkenntnisse aus der Aussage des Dr. Böckenhauer wird das Gericht in der Lage sein, die Beweisaufnahme in einer Kürze vorzunehmen, die den Vorgaben des BGH-Urteils vom 24.07.1998 genügt und dem Verfahren angemessen ist.

1. Bei wahrheitsgemässer Aussage wird Dr. Böckenhauer bestätigen, dass der Zeuge Leonhardt in zeitlich kurz aufeinander folgenden Vernehmungen widersprüchliche Angaben zu Motiv, Tatmittel und Zeitpunkt der angeblichen Äusserung des Safwan Eid machte; dass keine der von dem Zeugen Leonhardt vorgetragenen Varianten über die angebliche Äusserung des Safwan Eid mit den von der Kriminaltechnik gesicherten Spuren und den von den Brandsachverständigen des LKA Kiel und des BKA konstruierten Brandszenarien zusammenpasst; dass der mit dem Zeugen Leonhardt am Morgen des 18. Januar 1996 am Brandhaus anwesende Zeuge Hamann erklärte, der Zeuge Leonhardt habe ihm von dem Gespräch mit Safwan Eid noch vor Abfahrt des Verletztenbusses zum Priwall-Krankenhaus berichtet, der Zeuge Leonhardt aber behauptete, diese Information erst 1$^1/_2$ Tage später weitergegeben zu haben; dass auch die Zeugen Meier, Kollmorgen, Schumacher, Krebs und Zeh erklärten, der Zeuge Leonhardt habe ihnen noch am 18. bzw. 19. Januar 1996 von dem Gespräch mit Safwan Eid erzählt, während der Zeuge Leonhardt den Ermittlungsbehörden versicherte, aufgrund der angenommenen Schweigepflicht mit niemandem über das Gehörte gesprochen zu haben; dass der aufgrund der Zeugenaussage des Sanitäters Leonhardt entstandene Anfangsverdacht gegen Safwan Eid in keinem einzigen weiteren Ermittlungsschritt bestätigt worden ist und die Motivsuche gänzlich ergebnislos blieb.

2. Der Zeuge Dr. Böckenhauer wird bestätigen, dass an dem angeblichen Brandausbruchsort im 1. Stock selbst bei Verwendung von hochempfindlichen Analysemethoden der Photoionisation, der gaschromatographischen und massenspektroskopischen Untersuchung keinerlei

Rückstände eines Brandlegungsmittels gefunden werden konnten; dass kriminaltechnische Untersuchungen im Erdgeschoss zur Klärung der Möglichkeiten eines Eindringens von aussen nie durchgeführt wurden; ein Eindringen der Täter von aussen nie ausgeschlossen werden konnte; dass eine sichere Feststellung über den Zeitpunkt des Brandausbruches nie getroffen wurde.

3. Der Zeuge Dr. Böckenhauer wird bestätigen, dass kein Hausbewohner aus dem zur Hafenstrasse gelegenen Flur im 1. Stock des Hauses Hafenstrasse 52 Brandverletzungen erlitt.

4. Der Zeuge Dr. Böckenhauer wird bestätigen, dass Safwan Eid auf Spuren einer Brandlegung untersucht wurde und sich keine brandbedingten Veränderungen an den Haaren, Rücken, Händen oder im Gesichtsbereich fanden und es damit auch aus rechtsmedizinischer Sicht keinerlei Hinweis auf ihn als Brandleger gab; dass die rechtsmedizinische Untersuchung bei drei der tatverdächtigen jungen Männer aus Grevesmühlen die für Brandleger typischen Versengungen an Haaren, Augenbrauen und Wimpern ergab, die zum Zeitpunkt der Untersuchung am 18. Januar 1996 nicht älter als 24 Stunden waren; dass der Zeuge Dr. Böckenhauer in der Einstellungsverfügung vom 8. Mai 1996 die Erklärungen der drei Beschuldigten für plausibel bzw. nicht zu widerlegen nannte, ohne eine sachverständige Prüfung veranlasst zu haben; dass danach die Überprüfung der Erklärungen der Grevesmühlener zu ihren Sengspuren durch das LKA Kiel eindeutig ergab, dass Wotenow, Burmeister und Techentin bezüglich der Ursache ihrer Brandspuren gelogen haben; dass es für die von dem Zeugen Dr. Böckenhauer zu Gunsten der Grevesmühlener in der Einstellungsverfügung vom 8. Mai 1996 angenommene Denkmöglichkeit, die Versengungen der drei Grevesmühlener könnten daher rühren, dass sie ein gestohlenes Fahrzeug angesteckt hätten, keinerlei Anhaltspunkte gab.

5. Der Zeuge Dr. Böckenhauer wird bestätigen, dass die Krankenschwester Gabriele Krause mitteilte, Safwan Eid habe im Priwall-Krankenhaus geduscht, ehe er das Krankenhaus verliess; dass alle Verletzten im Priwall-Krankenhaus frische Kleidung erhielten; dass das Nachthemd von Safwan Eid (Kaftan) sich zusammen mit weiterer nach Rauch stinkender Kleidung anderer Opfer in einem Müll-Container des Priwall-Krankenhauses befand; dass der Kaftan des Safwan Eid untersucht wurde und sich auch hieraus keinerlei Hinweis auf ihn als Brandleger ergab;

6. Der Zeuge Dr. Böckenhauer wird bestätigen, dass in dem Einsteckschloss der Tür der Familie Eid der Schlüssel von innen steckte; dass sich hinter der verschlossenen Tür des zur Fa. Brüggen gelegenen Waschraums der Wohnung Eid in einem Regal ein 20 l-Metallkanister befand, der leer war; dass sich in dem Wartburg des Rene Burmeister zumindest ein 20-l-Benzinkanister befand; dass der Kofferraum des Wartburgs stark nach Benzin roch, dass eine kriminaltechnische Untersuchung des Wartburgs weder vor noch nach der Entlassung der jungen Männer aus Grevesmühlen stattfand.

7. Der Zeuge Dr. Böckenhauer wird bestätigen, dass die Staatsanwaltschaft ausser den widersprüchlichen Behauptungen des Zeugen Leonhardt keinerlei Indizien für die Täterschaft Safwan Eids hatte, sich in akuter Beweisnot befand und für den zu erwartenden Haftprüfungstermin dringend nach weiteren belastenden Indizien suchte; dass sie ausschliesslich wegen dieser akuten Beweisnot die Massnahme nach § 100c StPO erwirkte; dass der Staatsanwaltschaft von Beginn an deutlich war, dass sich aus den abgehörten Gesprächen kein Geständnis ergibt; dass die Staatsanwaltschaft wusste, dass die Übersetzungen des Dolmetschers Yachoua mangelhaft waren; dass es trotz der offenkundigen Mängel der Übersetzung unterlassen wurde, einen Sprachsachverständigen mit der Übersetzung der abgehörten Gespräche zu beauftragen.

8. Der Zeuge Dr. Böckenhauer wird weiter bestätigen, dass zumindest Wotenow rechtsradikales Gedankengut hat; dass Wotenow beim Zusammentreffen vor der Fahrt nach Lübeck mit Patynowski, Burmeister und Techentin an der Wohnung der Zeugin Bibow die Hacken zusammenschlug und den Hitler-Gruss ausführte; dass Wotenow wenige Tage vor dem 18. Januar 1996 eine Brandstiftung gegenüber dem Zeugen Rux ankündigte; dass Wotenow im Dezember 1996 gegenüber dem Zeugen Steffen Kloss in Güstrow, im Februar 1999 gegenüber dem Abteilungsleiter der JVA Neustrelitz, Peter Dannenberg, sowie gegenüber dem Zeugen selbst und dem KOK Hartleben und danach gegenüber den Journalisten Juhnke und Ludwig Geständnisse ablegte; dass in diesen Geständnissen Täterwissen preisgegeben wurde.

9. Der Zeuge Dr. Böckenhauer wird bestätigen, dass der Halter des angeblich in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1996 gestohlenen und von Dirk Techentin nach Grevesmühlen gefahrenen VW-Golf GTI, Thomas Junge, mitteilte, ihm seien aus dem Pkw u.a. zwei CD der „Böhse Onkelz" abhanden gekommen.

10. Der Zeuge Dr. Böckenhauer wird bestätigen, dass nur eine Frau mit einem Kind im Arm, nämlich Frau Bunga mit der Tochter Nzusana, aus dem 3. Stock des Hauses Hafenstrasse in den Tod gesprungen ist und dass dies geschah, ehe BGS, Polizei oder Feuerwehr eintrafen; dass der brennende Körper des im Vorbau aufgefundenen Sylvio Amoussou nur von einer Person erkannt werden konnte, die sich direkt am oder im Vorbau befand, dass die Tatverdächtigen aus Grevesmühlen bei ihren Vernehmungen also Wissen mitgeteilt haben, das nur Personen haben können, die in unmittelbarem zeitlichen und örtlichen Zusammenhang mit dem Brandausbruch am oder im Haus Hafenstrasse 52 waren; dass der Grund für die Entlassung dieser Beschuldigten aus dem Gewahrsam

nicht die Mitteilung des Streifenbeamten Borkowsky war, gegen 03.30 Uhr einen Wartburg an der Shell-Tankstelle Padelügger Weg gesehen zu haben; dass der Beamte Borkowsky in der Miteilung erklärte, die Insassen des Fahrzeugs nicht beschreiben und nicht wiedererkennen zu können; dass eine Gegenüberstellung der Tatverdächtigen aus Grevesmühlen weder mit dem Beamten Borkowsky noch mit dem Kassierer der Tankstelle, dem Zeugen Gärtner, veranlasst worden ist; dass der Zeuge Dr. Böckenhauer in der Ausgabe des Magazins „Stern" vom 11.07.1996 im Widerspruch zu dem tatsächlichen Ermittlungsergebnis mit den Worten zitiert wird: „Alle Zeugen haben das gleiche Auto beschrieben, einen beigefarbenen Wartburg mit einer auffällig gelben Schrift an der Hinterfront: Und nicht nur der Wagen wird beschrieben, sondern auch die Insassen, und zwar übereinstimmend."; dass es keine Entlassungsverfügung für Wotenow, Burmeister, Techentin und Patynowski gab; dass keiner der jungen Männer aus Grevesmühlen über ein Alibi verfügt.

Heinecke, Rechtsanwältin
Klawitter, Rechtsanwältin

Erklärung der Verteidigung:

„Der Prozess hätte nicht stattfinden dürfen..."

04.10.1999 - II KIs (41/98)

In der Strafsache gegen Herrn Safwan Eid gibt die Verteidigung nach Beendigung der Beweiserhebung zu § 100c StPO folgende Erklärung nach § 257 StPO ab:

Die Beweiserhebung hat gezeigt, dass der Prozess gegen Safwan Eid nicht hätte stattfinden dürfen und auch nicht hätte stattfinden müssen, wenn die Staatsanwaltschaft Lübeck und die Ermittlungsbehörden sich um eine ordnungsgemässe Übersetzung der abgehörten Gespräche bemüht hätten.

Bereits aufgrund der im Februar 1996 offen zutage getretenen Widersprüche in den unterschiedlich vorgetragenen Übersetzungsversionen der Dolmetscher Yachoua, Emari, Adib und El Basiouni war der Staatsanwaltschaft klar, dass die von ihr in der Öffentlichkeit verbreitete Version über den Inhalt der Abhörprotokolle falsch sein konnte. Der Staatsanwaltschaft ging es dabei darum, die mangels Tatverdachts nicht gerechtfertigte Inhaftierung öffentlich zu legitimieren, weil sie in Beweisnot war. Es gab weder einen sicheren Tatort, eine sichere Tatzeit, Erkenntnisse über das Tatmittel, eine Tathandlung Safwan Eids noch ein Motiv. Die Staatsanwaltschaft war sich bewusst, dass die Aussage des Rettungssanitäters Leonhardt weder für eine Inhaftierung, eine Anklageerhebung noch für eine Verurteilung ausreichen würde. Neben anderen unzutreffenden Annahmen über Brandursache und Brandverlauf versuchte die Staatsanwaltschaft Lübeck unter Zuhilfenahme der 100c-Protokolle und der Interpretationskünste von Herrn Yachoua ein Geständnis zu konstruieren, wo es keines gab.

So hat die Staatsanwaltschaft Lübeck in ihrem Beweisantrag vom 19.03.1997 behauptet, das Gespräch vom 01.02.1996 zwischen Safwan Eid und seinem Bruder Bilal enthalte ein Schuldeingeständnis. Obwohl sich durch nähere Befragung selbst von Herrn Yachoua hätte klären lassen, dass der Satz „Ich habe alle zum Schweigen gebracht" auch „Ich habe alle beruhigt" heissen kann, hat die Staatsanwaltschaft die erstgenannte Version dieses Satzes zur Grundlage für ihre Verdachtsschöpfung gegen Safwan Eid genommen.

Durch schlichtes eigenes Anhören der Tonbänder oder auch Beauftragung der Sachverständigen des BKA hätte sich herausgestellt, dass ein Weinen im Zusammenhang mit der Lektüre des Koran nicht vorhanden und die von der Staatsanwaltschaft daraus gezogenen Schlussfolgerungen eines Schuldeingeständnisses nicht die geringste Grundlage hatten. Die jetzt durchgeführte Beweiserhebung hat ergeben, dass das vermeintliche Schuldeingeständnis lautet: „Ich bin froh und traurig. Froh, weil, wenn ich den Koran lese, erkenne ich alle meine Fehler. Ich weiss ... Gebäude." Soweit der abgelehnte SV Yachoua in seiner schriftlich vorgelegten Übersetzung behauptet hatte, zu hören „Ich weiss, was ich im/ mit dem Gebäude gemacht habe" und dies in der Hauptverhandlung vom 20.09.1999 verändert hatte in „Ich weiss, was ich im Herzen des Gebäudes gemacht habe", wurde dies zum einen nicht von dem SV Wannous bestätigt. Zum anderen passt es vom Sinn her nicht zu seiner früheren Übersetzung. Das Wort „mit" nämlich lässt sich nicht mit „im Herzen" vereinbaren.

Ein Mindestmass an Objektivität verlassend hat Staatsanwalt Dr. Böckenhauer in seinem Antrag vom 19.03.1997 die ausschliesslich belastende Interpretation des befangenen SV Yachoua wortwörtlich übernommen und dabei zur Konkretisierung des angeblichen Schuldeingeständnisses aus dem Plural der vom Gericht als „Lebensführungsschuld" bezeichneten Fehler einen Singular eines Fehlers gemacht, der dann umstandslos in die Brandlegung in der Hafenstrasse 52 mutierte. Ge-

nauso verhält es sich mit der Behauptung der Staatsanwaltschaft über den Gebrauch des Wortes „abid", das der SV Yachoua mit „Sklaven", allerdings in Klammern mit „schwarzhäutige Personen" übersetzt hatte. Die Staatsanwaltschaft hat versucht, hieraus ein Motiv zu konstruieren, indem sie stets behauptete, aufgrund dieser Wortwahl zeige sich, dass das Verhältnis zwischen der arabischen Familie Eid und den Afrikanern im Haus nicht das beste gewesen sein könne. Einer der Gipfel der Verdachtschöpfung beweist sich in dem Antrag der Staatsanwaltschaft vom 19.03.1997 in der Interpretation des Gesprächs vom 13.02.1996 zwischen Safwan Eid und seinem Bruder Mohammed. Nachdem zuvor von dem anwesenden Dolmetscher darauf hingewiesen worden war, dass über den Vorwurf nicht gesprochen werden dürfe, wird die Passage „Wir können es namentlich im Beisein von diesem nicht sagen" entgegen dem ausdrücklichen Inhalt des Gesprächs dahingehend interpretiert, die Brüder würden das Brandlegungsmittel kennen. Da passt es auch in die von der Staatsanwaltschaft eingeschlagene Linie, wenn aus jedem „Gott vergib mir" ein Schuldeingeständnis gemacht wird. Nicht zuletzt ist heute deutlich geworden, dass der von der Staatsanwaltschaft Lübeck zur „Umkehr der Beweislast" missbrauchte Satz „Stell dich als Unschuldiger dar" nicht existiert. Wenn die Staatsanwaltschaft Lübeck in ihrem zitierten Antrag formuliert „Wer jedoch unschuldig ist, der braucht sich nicht als unschuldig darstellen. Wer hingegen schuldig ist, der muss betonen, dass es keine Beweise gegen ihn gibt," so ist festzustellen: Weil Safwan Eid unschuldig ist, konnte er sich nur so darstellen.

Heinecke (Rechtsanwältin)
Klawitter (Rechtsanwältin)

Abschiebungen gehen weiter

Nach einer kurzen Denkpause läßt das Innenministerium Abschiebungen in die Demokratische Republik Kongo wieder zu.

Im August wurde aufgrund von Protesten eine geplante Sammelabschiebung nach Kongo von ca. 50 Flüchtlingen aus Kiel, Lübeck und Pinneberg ausgesetzt, um einen aktuellen Lagebericht abzuwarten. Unter Berufung auf diesen jetzt vorliegenden Bericht, hält das Innenministerium Abschiebungen wieder für möglich. Bereits wenige Tage später erhielten die ersten Flüchtlinge Ausreiseaufforderungen für Anfang Oktober. Diesmal gehen die Ausländerbehörden allerdings vorsichtiger vor. Statt eines gemeinsam gecharterten Fluges, soll jetzt einzeln abgeschoben werden.

Im folgenden dokumentieren wir die Pressemitteilung des Flüchtlingsrates zur Entscheidung des Innenministeriums vom 16. 9. 99:

„Mit Berufung auf einen aktuellen ad hoc-Bericht des Auswärtigen Amtes zur Lage in der Demokratischen Republik Kongo hat das Kieler Innenministerium am Mittwoch dieser Woche die Ausländerbehörden Schleswig-Holsteins aufgefordert, Abschiebungen in den Kongo wieder durchzuführen. Der Flüchtlingsrat protestiert entschieden gegen die neue Weisungslage. Die Vollstreckung der Abschiebung von Menschen in den Kongo führt zur Zeit regelmäßig zu deren Lebensgefährdung. Dass das Auswärtige Amt (AA) diese Politik durch eigene Lageauskünfte absegnet, bleibt unverständlich. Noch Anfang der Woche vermeldete der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Ludger Vollmer, zukünftig bei der Lageberichterstattung sowohl die Erkenntnisse der Nichtregierungsorganisationen einzubeziehen als auch „die Lage der Menschenrechte stärker zu berücksichtigen." Beides ist im aktuellen ad hoc-Bericht zur D.R. Kongo offenbar nicht geschehen. Selbst die BGS-Direktion in Koblenz verweigert - laut telefonischer Auskunft von Mittwoch den 15. 9. - weiterhin die Begleitung von Abschiebungen nach Kinshasa, aus Sorge um die Sicherheit der BGS-Beamten. Solcherlei Sicherheitsrisiken sollen bei Flüchtlingen aus dem Kongo offenkundig keine Berücksichtigung finden. Die Betroffenen gehören zumeist politischen Gruppen an, die schon vom berüchtigten Diktator Mobutu verfolgt worden waren und jetzt nicht minder in Opposition zum neuen Machthaber Kabila stehen. Das kongolesische Regime macht seit Monaten Schlagzeilen mit systematischer Gewalt gegen tatsächliche und vermeintliche Oppositionelle. Der UN-Sonderberichterstatter spricht von Verhaftungswellen, ethnischen Säuberungen und einer gleichgeschalteten willkürlichen Justiz. Kabila baut derweil seine Familiendiktatur aus und hat jüngst seinen Sohn zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt. Die Armee führt einen Vielfrontenkrieg gegen Rebellenbewegungen und reguläre Einheiten einiger Nachbarländer. Die Bevölkerung wird dabei zum Opfer aller Kampfeinheiten: Vergewaltigungen, Plünderungen, Entführungen und Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten gehören landesweit zum Kriegsalltag. Alle bisherigen Bemühungen, Frieden zu schließen, müssen als gescheitert betrachtet werden. Nicht nur Krieg und politische Verfolgung fordern ihre zahlreichen Opfer. Epidemien, ausgelöst durch das Marburg-Virus oder die Schlafkrankheit töten jährlich 50000 Menschen. Seit dem Zusammenbruch der Trinkwassersysteme in allen größeren Städten des Landes droht der Ausbruch der Cholera. Nahrungsmittel werden täglich mehr zur Mangelware: den Bewohnern der Hauptstadt Kinshasa bleiben nur noch 360 gr. Lebensmittel pro Tag - zum Überleben bedarf es laut WHO mindestens 680 Gramm."

Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

Migrations- und flüchtlingspolitische Kampagne des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

Freitag, 10. Dezember 1999, 19 Uhr
Diskussionsveranstaltung
Menschenrecht auf Gesundheit
- auch für Folteropfer?
Referenten: Dr. Peter Hollmann (Nervenarzt und Psychotherapeut, Preetz) und Sharif Rahim (Dipl.-Sozialpädagoge und Krankenpfleger, Kiel)
Ort: Rathaus (Plenarsaal), Norderstedt

Donnerstag, 16. Dezember 1999, 19.30 Uhr
Diskussionsveranstaltung
„Ausländerkriminalität"
- Legende und Realität
Referent: Prof. Dr. Rainer Geißler (Soziologe an der Uni Gießen)
Ort: Großer Saal im Kreishaus, Eutin

Montag 24. Januar 2000, 18 Uhr
Livesendung
Politik für Ausländerinnen und Ausländer in Schleswig-Holstein - Bilanz und Ausblick
Ort: Offener Kanal Kiel,
Hamburger Chaussee 38, Kiel

Donnerstag, 27. Januar 2000, 20 Uhr
Diskussionsveranstaltung
Kollegen oder Konkurrenten?
Migration und Arbeitsmarkt
Referent: Michael Rittmeier (DGB-Landesbezirk Nord)
Ort: Volkshochschule (Veranstaltungsraum),
Kleiner Kuhberg 14, Kiel

Freitag, 4. Februar 2000, 20 Uhr
Diskussionsveranstaltung
Menschenrechte in Kiel - alles nur Theater?
Ort: Kulturladen Leuchtturm,
An der Schanze 44, Kiel-Friedrichsort

Samstag, 5. Februar 2000, 15 Uhr
Diskussionsveranstaltung
AusländerInnen in den Medien? - Fehlanzeige!
ReferentInnen: Mekonnen Mesghenna (Projekt „Media Watch" in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin) und einE JournalistIn
Ort: Legienhof, Legienstraße, Kiel

Mittwoch 9. Februar 2000, 18 Uhr
Livesendung
Politik für Ausländerinnen und Ausländer in Schleswig-Holstein - Bilanz und Ausblick
Ort: Offener Kanal Kiel,
Hamburger Chaussee 38, Kiel

Dienstag, 15. Februar 2000, 16 Uhr
Diskussionsveranstaltung
Im Labyrinth der Paragraphen -
Zur Erosion des Asyl- und Flüchtlingsrechts
Referent: Hubert Heinhold (Rechtsanwalt aus München, Vorstandsmitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl und im Bayerischen Flüchtlingsrat)
Ort: Christian Albrecht Universität,
Oberhausenstr. 40, Kiel

Freitag, 18. Februar 2000, 19 Uhr
Diskussionsveranstaltung
Frauen auf der Flucht
- Frauen in der Migration
ReferentInnen: Nurcan Kurun (TIO - Treff- und Informationsort für MigrantInnen, Kiel), Jozefa Paulsen und Claudia Langholz (beide Contra - Modellprojekt gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein, Neumünster)
Ort: KIEK-IN, Gartenstraße 32, Neumünster

Rollendes Podium des schleswig-holsteinischen Flüchtlingsbeauftragten: Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Ein Podium mit Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Parteien rollt seit November (bis Januar) durch zehn Städte Schleswig-Holsteins. Die Politikerinnen und Politiker stellen ihre Entwürfe für eine zukünftige Migrations- und Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein vor. Gleichzeitig stellen sie sich der Diskussion mit Menschen und Organisationen, die am jeweiligen Ort der Podiumsveranstaltung in der solidarischen Flüchtlingshilfe engagiert sind und anderen Interessierten. Jedes Podium steht unter einem Schwerpunktthema, das sich auf Probleme bezieht, die vor Ort zu besonderen öffentlichen Kontroversen geführt haben. Dazu werden auch Vertreterinnen und Vertreter lokaler Organisationen oder Gruppen auf dem Podium mit vertreten sein. Noch sieben Podiumsdiskussionen sind - immer montags - geplant:

29. November, 19.30 Uhr;
Konkret: Asylbewerberleistungsgesetz
(gemeinsam mit dem Flüchtlingsbeauftragten des Kirchenkreises Niendorf, Norderstedt)
Ort: Shalomkirche, Lütjenmoor 13, Norderstedt
6. Dezember, 19.30 Uhr;
Konkret: Alt- und Härtefälle
(gemeinsam mit der Kirchengemeinde Reinbek-West)
Ort: Gemeindehaus der Kirchengemeinde Reinbek-West, Berliner Str. 4, Reinbek
13. Dezember, 19.30 Uhr;
Konkret: Abschiebepraxis
(gemeinsam mit dem Diakonie-Verein Migration, Pinneberg)
Ort: Gemeindehaus der Lutherkirchengemeinde, Kirchhofsweg 53a, Pinneberg
3. Januar, 19.30 Uhr; Konkret: Abschiebestopps
Ort: Pumpe (Galerie), Haßstraße 22, Kiel
10. Januar, 19.30 Uhr; Konkret: Abschiebehaft
(gemeinsam mit dem Diakonieverein, Rendsburg)
Ort: Christkirchengemeinde,
Prinzenstr. 13, Rendsburg
17. Januar, 19.30 Uhr;
Konkret: Flüchtlinge ohne legalen Status
(gemeinsam mit dem Diakonischen Amt, Flensburg)
Ort: Gemeindezentrum der Johanniskirche, Johanniskirchhof 19a, Flensburg
24. Januar, 19.30 Uhr;
Konkret: Bargeld statt Gutscheine
(gemeinsam mit Fremde brauchen Freunde und dem Speicher e.V.)
Ort: Speicher, Hafenstr. 17, Husum

Antisemitische Gewalt nimmt zu

Wieder Zerstörung jüdischer Gräber in Berlin

Wohl nicht zufällig am 3. Oktober, dem „Tag der deutschen Einheit" zerstörten Unbekannte 103 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee, dem größten jüdischen Friedhof in Europa. Das Denkmal zur Erinnerung an die Deportation der Berliner Juden an der Putlitzbrücke und das Brecht-Denkmal vor dem Berliner Ensemble wurden am selben Wochenende mit Hakenkreuzen besprüht. Wenige Tage später wurden erneut Brandsätze auf dem jüdischen Friedhof gefunden, obwohl die Polizei verstärkte Streifentätigkeit angekündigt hatte.

Während sich die Berliner Polizei und Innensenator Eckart Werthebach (CDU) auf die Mitteilung beschränkten, man ermittele „in alle Richtungen", hielt der Berliner Polizeipräsident „eine politische Tat für ausgeschlossen". Gerne wird in solchen Fällen dann auf „verwirrte Einzeltäter" oder „betrunkene Raufbolde" verwiesen - komisch nur, daß diese beispielsweise bei der Verwendung von Sprengstoff bisher keine ausdeutbaren Spuren hinterlassen haben.

Der Akt der Zerstörung fand weltweit große Beachtung. Die Europa-Ausgabe der internationalen Tageszeitung Herald Tribune zeigte auf der Titelseite den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlins bei einem Rundgang über den zerstörten Friedhof. Die Jerusalem Post berichtete in einem mehrspaltigen Artikel; in Israel war die Schändung der Gräber Tagesgespräch.

Nach 1989 ist die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland zunächst kontinuierlich angestiegen, sank dann Mitte der neunziger Jahre vorübergehend ab und hat nun wieder das hohe Niveau von Anfang der 90er Jahre erreicht. Die dabei verübten, zum Teil schweren Straftaten - wie etwa die zwei Sprengstoffanschläge auf das Grab von Heinz Galinski - sind bisher in der Mehrzahl nicht aufgeklärt worden.

Die Annahme, antisemitische Ressentiments und Einstellungen seien in der deutschen Gesellschaft inzwischen randständig, ist falsch. 1994 hatte das Emnid-Institut im Rahmen einer Umfrage wissen wollen, ob man sich einen Juden als Nachbarn vorstellen kann. 22 Prozent der Befragten wollen dies nicht; 44 Prozent der Westdeutschen und 19 Prozent der Ostdeutschen meinten, dass „die Juden den Holocaust für ihre Zwecke ausnutzen", und fast jede/r dritte West- und jede/r fünfte Ostdeutsche sprach sich gegen einen Juden als Bundespräsidenten aus.

KD

Zur Restaurierung der 103 Gräber hat die Jüdische Gemeinde zu Berlin ein Spendenkonto eingerichtet:
„Grabsteine Weißensee", Berliner Bank, Bankleitzahl 100 200 00, Kontonummer 010 232 0921

TV-Moderator entlassen

Der Fernsehsender TV Berlin hat im Oktober den Moderator Christian Rahbari fristlos entlassen. Der Grund ist eine antisemitische Äußerung während dessen Show „Rahbari Live Mitternachtshow". Dabei hatte der Moderator eine kleine Kiste geschüttelt und von einem Zuschauer auf die Frage, was darin wohl enthalten sei, die Antwort „ein toter Jude" bekommen. Dies kommentierte Rahbari mit den Worten: „Das kann nicht sein. Da passt ja keine Dusche rein." Diese Anspielung auf die Gaskammern der Nazis, die Rahbari als Kurzschlußhandlung bezeichnete, nachdem in der Nacht bereits fünf Anrufer antisemitische Äußerungen gemacht hätten, war Grund der Kündigung durch den Sender.

Jüdische Gräber zerstört

Auf den jüdischen Friedhöfen von Weitersburg und Bendorf in Rheinland-Pfalz haben Unbekannte 45 Gräber zerstört. Grabsteine wurden umgeworfen, andere mit Hakenkreuzen und SS-Runen besprüht.

Jüdische Gemeinde in Wien besorgt

Seit dem Wahlerfolg der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider am 3. Oktober 1999 hat sich die Zahl antisemitischer Vorfälle in Österreich verzehnfacht. Das teilte der Präsident der Wiener israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant Ende Oktober mit. Allein 80 physische Übergriffe durch Anrempeln oder Beschimpfungen seien registriert worden. Muzicant sieht diese Entwicklung, zu der auch weitere Angriffe auf Flüchtlinge und EinwanderInnen gehören, als ein Ergebnis des hetzerischen Wahlkampfes der FPÖ an.

DVU-Fraktion im Landtag schrumpft

Mit 16 Abgeordneten war die DVU bei den letzten Landtagswahlen in den Landtag von Sachsen-Anhalt eingezogen. Kurz darauf kam es zu ersten Kontroversen und Austritten; zwei Abgeordnete gehören inzwischen der Mini-Organisation Vereinigte Rechte an. Mitte Oktober verkündete der frühere Fraktionsvizechef Dieter Kannegießer seinen Austritt aus der Fraktion, nachdem der DVU-Fraktionschef, Helmut Wolf, kurz zuvor mitgeteilt hatte, die Fraktion wolle sich von der Abgeordneten Veronika Brandt trennen. Kannegießer ist nach eigenen Angaben nun von der Münchner Parteizentrale mit der Bildung einer neuen DVU-Fraktion beauftragt worden. Sollte dies zutreffen, so wäre Helmut Wolf, den DVU-Chef Frey bisher als Aushängeschild nutzte, in Ungnade gefallen. Wolf selbst sieht sich weiterhin als offizieller Vertreter der DVU-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalts.

Gegen Verbot geklagt

Weil der Nationalsozialismus ihr Vorbild ist, war im August 1997 die neonazistische „Kameradschaft Oberhavel" vom Brandenburgischen Innenministerium verboten worden. Dies war die erste Maßnahme gegen diese Form der regionalen Organisierung von FaschistInnen, die sich nach außen „unabhängig" gibt, tatsächlich aber Teil einer überregionalen Nazi-Struktur ist. Mit Unterstützung des Rechtsanwalts Hans Günter Eisenecker, der zugleich stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender ist, klagten die Neonazis beim Oberverwaltungsgericht in Frankfurt/Oder gegen das Verbot. Begründung: Es habe sich lediglich um einen „Selbstfindungs- und Diskutierverein" gehandelt. Das Gericht entschied bis Mitte Oktober nicht, weil zunächst einige Formfehler zu klären waren. Inzwischen wurde das Verbot jedoch bestätigt.

Polizei gegen Anti-Antifa

Mit einer Durchsuchungsaktion in mehreren Bundesländern ist die Polizei Mitte Oktober gegen Neonazis vorgegangen. Bei den Ermittlungen wegen „Verdachts der Mitwirkung in einer kriminellen rechtsextremistischen Vereinigung" wurden Computer, Drucker und Kopiervorlagen für Nazi-Propaganda beschlagnahmt. Den Faschisten aus Berlin, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wird vorgeworfen, sie hätten persönliche Daten von Polizisten und politisch Andersdenkenden gesammelt und die Betroffenen auch gegen ihren Willen fotografiert.

REP-Abgeordnete beschädigen Ausstellung

Weil sie nicht damit einverstanden waren, daß auch REP-Parteizeitungen in der Ausstellung „Demokratie ist verletzlich - Rechtsextremismus in Deutschland" gezeigt werden sollten, sind Landtagsabgeordnete der REP im Stuttgarter Landtag Mitte Oktober handgreiflich geworden. Zunächst hatte der Vorsitzende der REP-Fraktion, Rolf Schlierer, der Landtagsverwaltung mit einer Aktion gedroht, wenn das REP-Material nicht aus einer Vitrine entfernt würde. Landtagsdirektor Grupp erhielt dann von den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes die entsprechenden Unterlagen, und Landtagspräsident Staub (CDU) überließ die endgültige Entscheidung dem als Eröffnungsredner eingeladenen Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (VS), Klaus-Dieter Fritsche. Der VS hat diese Ausstellung auch zusammengestellt.

Beim Versuch, die REP-Unterlagen in der Vitrine zu plazieren, stellten sich vier Abgeordnete und Mitarbeiter der REP einem Beamten des VS in den Weg. Bei dem Gerangel wurde eine Parteizeitung zerrissen; über Nacht wurde im polizeilich gesicherten Landtag die Vitrine beschädigt. Der VS hat deshalb Anzeige gegen unbekannt erstattet. Eine Woche nach dem Vorfall hat das Präsidium des baden-württembergischen Landtages vier REP-Abgeordnete in aller Form „verurteilt". Zwei von ihnen wurden aufgefordert, ihre Ämter als Ausschussvorsitzender beziehungsweise Schriftführer niederzulegen.



Razzia in rechter Black-Metal-Szene

Mit einer bundesweiten Razzia versuchte die Polizei Anfang Oktober Erkenntnisse über die rechtsextremen Teile der Black-Metal-Szene zu bekommen. Auslöser waren Ermittlungen gegen die Brüder Ronald und Hendrik M. Letzterer war wegen des so genannten Satansmordes an seinem Mitschüler Sandro B. zu acht Jahren Haft verurteilt und im Vorjahr auf Bewährung vorzeitig entlassen worden. Wegen Zeigens faschistischer Symbole wurde Hendrik M. am 14. Juli 1999 vom Amtsgericht Eisenach zu weiteren acht Monaten Gefängnis verurteilt. In Erfurt wurden neben der Wohnung der Brüder elf weitere Wohnungen und drei Postfächer durchsucht. Razzien gab es auch in Nordthüringen, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Mehr als 6000 Langspielplatten, 600 CDs, säckeweise Gewalt-Videos und faschistisches Propagandamaterial wurden sichergestellt.

Antisemitische Literatur

Über einen nördlichen Ableger verfügt der Kopp-Verlag aus Rottenburg in Ostenfeld bei Husum. Beim dortigen Kopp-Bestellservice ist das Sortiment des „Fachversandes für Neue Wissenschaften und grenzwissenschaftliche Mysterien" (Eigenbezeichnung) zu erwerben, darunter auch einiges aus dem breiten Spektrum antisemitischer Weltverschwörungsliteratur. So verbreitet der Versand Material von Jan Udo Holey, der unter dem Pseudonym Jan van Helsing mit seinen - inzwischen verbotenen - Büchern über „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert" eine Auflage von über 100.000 Stück erreichte und insbesondere in der Esoterik-Szene sehr bekannt wurde. In seinen Büchern beschönigt Helsing das Nazi-Regime und leugnet die Kriegsschuld Deutschlands. Für ihn befindet sich die Welt in den Händen einiger kleiner Verschwörerzirkel, wobei insbesondere „Juden" und „Freimaurer" im Bunde mit feindlichen außerirdischen Mächten nach der Weltherrschaft strebten. Entsprechend finden sich dann noch Bücher über UFOs und „Geheimwaffen" der Nazis im Versandprogramm.

Heß-Marsch in Barmstedt

Am frühen Abend des 17. August führten Neonazis aus Schleswig-Holstein und Hamburg in Barmstedt einen Aufmarsch zugunsten des Kriegsverbrechers Rudolf Heß durch. Etwa 50 von ihnen zogen in einem nicht angemeldeten Zug durch die Stadt, wurden aber von der Polizei kurz darauf gestoppt. Bei der Flucht rammte ein VW-Bus mit Neonazis einen Polizeiwagen; die BeamtInnen beschlagnahmten Bilder, Transparente und Tonbänder. Es erfolgten Strafanzeigen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung.

Urteil gegen Brandstifter ist rechtskräftig

Das Urteil gegen den Brandstifter von St. Vicelin, Christian Prudlo, ist rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hat die Revision gegen das Urteil des Lübecker Landgerichtes zurückgewiesen. Der heute 21-jährige Gärtnerlehrling Prudlo war im Oktober letzten Jahres wegen Brandstiftung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu nur einem Jahr Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte zwei Jahre Haft auf Bewährung, die Verteidigung auf Freispruch plädiert. Die Kammer des Lübecker Landgerichtes sah es als erwiesen an, dass Prudlo in der Nacht zum 25. Mai 1997 mit Leuchtspurmunition in einen an die katholische St. Vicelin-Kirche angrenzenden Schuppen geschossen und diesen so in Brand gesetzt hatte. Ausserdem habe er gemeinsam mit zwei Mittätern Hakenkreuze und den Namen des wegen Gewährung von Kirchenasyl in die Schlagzeilen geratenen Pastors von St. Marien, Günter Harig, auf die Kirchenmauern gesprüht. Das Feuer war vom Schuppen auf die Kirche übergesprungen und hatte diese fast völlig zerstört. Der entstandene Schaden betrug mehr als 1,5 Millionen DM. Der Revisionsantrag stützte sich auf die nach Meinung der Verteidigung unrechtmäßigen Vernehmungen, bei denen die später widerrufenen Geständnisse von Prudlo und seinen Mittätern gefallen waren. Die Angeklagten seien nach 15 bzw. sieben Stunden dauernden Befragungen nicht mehr vernehmungsfähig gewesen. Damit seien die Grundsätze des Jugendgerichtsgesetzes bei den Ermittlungen missachtet worden, so die Verteidigung. Der BGH konnte in der Dauer der Vernehmungen keinen Rechtsfehler erkennen.

Nazi-Kampagne gegen Bauwagenplätze

Seit einigen Wochen kursiert in Hamburg ein Aktionsaufruf von Neonazis gegen den geplanten Bauwagenplatz in Hamburg-Nord. In diesem drohen mehrere Naziskin-Gruppen: „Wenn der Hamburger SPD Senat nicht Willens und nicht in der Lage ist diese Leute in den Griff zu bekommen dann werden eben WIR dem Senat und seinen Genossen zeigen was wir von seiner Politik halten und selbst einschreiten um diese Bauwagen-Chaoten aus Hamburg-Nord zu verbannen! Das bedeutet im Klartext: Wir warnen den Hamburger Bausenator den Bauwagen-Chaoten eine Genehmigung für Hamburg-Nord oder anderswo zu geben.“ (Fehler im Original!) Offensichtlich in diesem Zusammenhang steht auch ein Überfall auf den Bauwagenplatz in Norderstedt-Mitte. Dabei hatten mehrere Personen in der Nacht zum 3. Oktober unter „Sieg Heil“-Rufen einen PKW und mehrere Bauwagen zerstört. Die herbeigerufene Polizei verschwand wieder, ohne mit den Geschädigten Kontakt aufgenommen zu haben. Die Täter, die sich derweil zwischen den Bauwagen versteckt hatten, jagten danach einen der Wagenbewohner bis auf den angrenzenden Müllberg und randalierten weitere zwanzig Minuten auf dem Gelände.

RCDS weiter auf Rechtsaußen-Kurs

An den Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein hat Mitte Oktober das neue Semester begonnen - Gelegenheit für die verschiedenen Hochschulgruppen, den Studierenden ihre Werbematerialien anzubieten. Auch der RCDS Schleswig-Holstein hat wieder eine Ausgabe seines „Hochschulmagazins“ mit dem Titel CAMPUS produziert. Auf den 36 Seiten finden sich nicht nur sieben - zum Teil ganzseitige - Anzeigen der reaktionären Studentenverbindungen und Burschenschaften; auf drei Seiten darf sich zudem eine seit Jahren laufende Kampagne gegen die auf dem Gebiet der früheren DDR durchgeführte Bodenreform darstellen - auch dort sind die Übergänge zur extremen Rechten fließend. Schließlich enthält das Heft noch eine Anzeige für die Zeitschrift Criticón - ein Blatt, in dem seit Jahrzehnten Konservative und extreme Rechte einträchtig nebeneinander publizieren. Daß das Blatt sich mit einem Grußwort des Rektors der Kieler Universität schmücken darf, sollte Anlaß zu kritischer Nachfrage im Rektorat sein.

Rechte Kirchenleute

Schlecht gelaufen für die ultrakonservativen OrganisatorInnen ist die „Notsynode“ vom 4. September. Sie wollen sich nicht damit abfinden, daß an der Spitze der hannoverschen Landeskirche jetzt eine Frau steht. Statt der erwarteten 2000 ProtestantInnen kamen aber nur 120 in die Universität in Hannover. Dort wurden zwar Beschlüsse gegen die Gleichstellung von Lesben und Schwulen sowie gegen das Recht von Frauen auf Abbruch der Schwangerschaft gefaßt, aber der „Reformrat“ (die Leitung der „Notsynode“) ist schwach besetzt. Seine drei Mitglieder - Rudi Weinmann aus Krusendorf, Wilhelm Schoen aus Lüneburg und der Pädagoge Philip von Preußen aus Plön - haben sich bisher theologisch überhaupt nicht profiliert.

Schon gehört ?

- „Alles für Kreuz und Vaterland“ - unter dieser Losung wirbt der Neumünsteraner Dietmar von Seht für die Legion Erzengel Michael. Dessen Ausrichtung entspricht der erzkonservativen Ansicht Sehts, daß es „wirtschaftliche Gründe“ für Schwangerschaftsabbrüche nicht geben dürfe in einem Land, in dem sich „Hunderttausende Flüchtlinge und Asylanten (...) unsere Gäste nennen (dürfen)“.

- Elke und Dr. Gundolf Fuchs aus Hemmingstedt sind nicht nur bei den antisemitischen Ludendorffern aktiv, sondern haben sich auch der völkischen Sprachpflege verschrieben. Daher unterstützen sie - wie eine beträchtliche Zahl anderer extremer Rechter - den „Bund für deutsche Schrift und Sprache“. In dessen Zeitschrift riefen sie Anfang 1999 zur Fortführung der Kampagne gegen die Rechtschreibreform auf.

Neonazis jagen Afrikaner

Am hellichten Tag griffen Mitte September Neonazis in Rendsburg ein binationales Paar an. Der Afrikaner ergriff angesichts der mit Schlagring und Stoßdolch ausgerüsteten Gewalttäter die Flucht, seine Begleiterin wurde von den Faschisten herumgeschubst, bedroht und beschimpft. Eine Polizeistreife konnte die 18 bis 25jährigen aus den Ortschaften Büdelsdorf und Nübbel kurz darauf stellen und beschlagnahmte neben den Waffen auch Musikcasetten mit verbotener Nazi-Musik. Gegen die vier Männer und eine Frau wurde ein Strafverfahren wegen Bedrohung, Volksverhetzung und „Verwenden von verfassungswidrigen Kennzeichen“ eingeleitet.

Wahlen in der Schweiz - Triumph der Biedermänner

Aus den Nationalratswahlen am 24.10.1999 ging die national-konservative Schweizerische Volkspartei (SVP) als klare Siegerin hervor. Die SVP konnte im Vergleich zu den Wahlen 1995 einen Stimmenzuwachs von 7,3% verzeichnen und steigerte die Anzahl ihrer Sitze im 200 Sitze umfassenden schweizerischen Nationalrat von 29 auf 44. Alle anderen grossen Parteien mussten Sitzverluste hinnehmen. Der Aufstieg der SVP ist eng mit dem Vorsitzenden der Züricher Kantonalsfraktion und Milliardärs Christoph Blocher verbunden, der seit Beginn der 90er Jahre für eine ausgeprägte Rechtsentwicklung der Partei steht. Neben Anti-EU-Parolen und Forderungen nach einer repressiven Sicherheitspolitik und einer neoliberalen Wirtschaftspolitik vertritt die SVP insbesondere in Fragen des Asylrechts offen rassistische Positionen. Und dies in einem Land, dessen Asylpolitik schon in den 80er Jahren von den „Republikanern" als vorbildlich für Deutschland bewertet wurde. Mit solchen Parolen vermochte die SVP auch viele WählerInnen traditionell faschistischer Parteien wie der „Schweizer Demokraten" (einer der NPD wesensverwandten Partei) für sich zu gewinnen. Zugleich konnte die SVP massive Stimmenzuwächse seitens bürgerlich-konservativer WählerInnen verzeichnen. Noch in der Woche vor den Wahlen hatte ein vor zwei Jahren geschriebener Brief Blochers für Aufregung gesorgt, in welchem er ein Buch des Schweizer Holocaust-Leugners Jürgen Graf lobte. Blochers Reaktion, er habe das Buch, welches er als Geschenk eines Parteifreundes erhalten hatte, nicht gelesen und kenne auch keine weiteren Schriften Grafs, gilt angesichts des Bekanntheitsgrades Grafs in der national-konservativen Szene als unglaubwürdig. Dennoch führte die „Brief-Affäre" dazu, dass Blocher nur vier Tage vor den Wahlen zur besten Sendezeit Gelegenheit geboten wurde, sich im Fernsehen als Opfer einer Medienkampagne zu präsentieren. Der von den Demoskopen in dieser Höhe nichterwartete Wahlerfolg der SVP lässt vermuten, dass die Affaire der SVP letztlich genützt hat. Ungeachtet der Frage, inwiefern die SVP mit revisionistischen Positionen liebäugelt - diese werden in offiziellen Parteiverlautbarungen wortstark zurückgewiesen - kann die SVP als ein Prototyp des „Extremismus der Mitte" (Kraushaar) angesehen werden. Diese Kennzeichnung lässt sich bereits aus der historischen Entwicklung der Partei ableiten. Die SVP ging 1971 aus der Fusion der Partei der Bauern- und Gewerbetreibenden und den liberalen „Demokraten" hervor. Als wirtschaftsliberale Partei mit antikommunistischem Einschlag und konservativen gesellschaftspolitischen Konzepten blieb die SVP bis zu Beginn der 90er Jahre bei einem Stimmenanteil zwischen 10 und 12%. Unter dem Vorsitz Blochers begann schliesslich zu Beginn der 90er Jahre eine stärkere Ausrichtung nach rechts. Blocher erwies sich dabei als ein geschickter Taktierer, der es bis heute vermeiden konnte, von seinen Gegnern als Faschist eingestuft zu werden. Die von der SVP ausgehende Gefahr liegt dementsprechend auch eher darin, dass die bewusst unscharf gehaltene Grenze zu offen faschistischen Positionen und Personengruppen zu einem weiteren Anstieg der gesellschaftlichen Akzeptanz des Rechtsextremismus beiträgt und zwar in einer Gesellschaft, in welcher bereits heute 20% der Jugendlichen in der vermeintlichen „Überfremdung" eine grosse Bedrohung wahrnehmen. Beispiele für eine solche Normalisierung finden sich jedenfalls bei der SVP zuhauf:

- Des öfteren treten Skinheads als Saalschutz bei SVP-Veranstaltungen auf.

- Für die Partei kandidieren Neofaschisten wie der Genfer Pascal Junod, seit 15 Jahren zentrale Figur der rechtsextremen Nouvelle Droite, oder der wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm verurteilte Jean-Jaques Kottelat.

- Insbesondere die Blocher unterstellte Züricher Fraktion betreibt seit Jahren eine aggressive Politik der Ausgrenzung gegenüber Linken, sozialen Randgruppen und vor allem Fremden. Die Jugendorganisation der SVP forderte in einer Wahlanzeige, nun müsse in der Asylfrage Tabula Rasa gemacht werden.

- Die SVP fordert die Abschaffung des Antirassismusgesetzes, welches antisemitische und rassistische Äusserungen unter Strafe stellt mit der Begründung: „Missbräuche des Gastrechts leisten einer Fremdenfeindlichkeit Vorschub, die letztlich alle zu spüren bekommen. Die Antirassismusstrafnorm löst dieses gravierende Problem nicht. Sie entpuppt sich als Symptombekämpfung, und durch den unpräzisen Tatbestand sogar als Maulkorb !".

- Blocher, der für sich selbst in Anspruch nimmt, kein Antisemit zu sein, führte in der Holocaust-Debatte den Begriff der „Erpressung" ein: „Die jüdischen Organisationen, die Geld fordern, sagen, es gehe ihnen letztlich nicht ums Geld. Aber genau darum geht es". Für solche Äusserungen erhielt Blocher auch prompt Zuspruch von Revisionisten wie z.B. William Pierce in der amerikanischen Nazi-Zeitung „Free Speech".

Auch in der Schweiz verweist die Stärkung des Rechtsextremismus auf die Schwäche der Linken. Der Genfer Präsident der Sozialdemokratischen Partei, Christian Brunier, kommentierte deshalb das Wahlergebnis mit den Worten: „Nur eine Linksfront, ein Bündnis der pluralistischen Linken, von den Parteien über die Gewerkschaften bis zu den Vereinen und Verbänden, kann uns gegen die Welle von Rechtsextremismus und Neoliberalismus schützen, die auf uns zurollt".

Vorträge über die rechtsextreme FPÖ

Aus den österreichischen Nationalratswahlen am 3. Oktober ging die rechtsextreme „Freiheitliche Partei Österreichs" (FPÖ) unter ihrem Führer Jörg Haider als zweitstärkste Partei, noch vor der konservativen ÖVP, hervor. Wer ist eigentlich dieser Jörg Haider? Welche Kreise stehen hinter ihm? Welchen Wandel vollzog die FPÖ seit ihrer Gründung und welche Programmatik vertritt sie heute? In welchen Bereichen sind die Ursachen für ihren Wahlerfolg zu suchen? Welche Auswirkungen hat er auf die österreichische Gesellschaft? Und welche Kontakte führen in die Bundesrepublik? Zu all diesen Fragen wird der in Wien lebende Journalist und Mitarbeiter des „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes" (DÖW), Heribert Schiedel, auf folgenden Veranstaltungen Stellung nehmen:

Lübeck: Sonntag, den 12. Dezember
19 Uhr im Cafe Brazil, Willy-Brandt-Allee 9
VeranstalterIn: Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Bad Oldesloe: Montag, den 13. Dezember
19.30 Uhr im Inihaus, Turmstr. 14
VeranstalterIn: Avanti-Projekt undogmatische Linke

Norderstedt: Dienstag, den 14. Dezember
19.30 Uhr im Sozialen Zentrum, Ulzburger Str. 6c
VeranstalterIn: Avanti-Projekt undogmatische Linke

Hamburg: Mittwoch, den 15. Dezember
19 Uhr im Wirtschaftsgymnasium, Budapester Str. 58
VeranstalterIn: Antifa-Cafe B'5, VVN/BdA;
unterstützt durch: PDS-Aktiv-Mitte

Kiel: Donnerstag, den 16. Dezember
19.30 Uhr in der Pumpe, Haßstr.
VeranstalterIn: Avanti-Projekt undogmatische Linke

Notruf & Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen

Telefonische Beratung:
Mo, Do, Fr 10-12
Di 17-20 Uhr

Öffnungszeiten:
Di 17-19 Uhr,
Fr 10-12 Uhr

Telefon: 0451-704640
Marlesgrube 9
23552 Lübeck

Avanti -Zeitschrift erschienen!

Pünktlich zum 10jährigen Jubiläum erscheint wieder eine Zeitschrift von Avanti -Projekt undogmatische Linke. Themen der ersten Ausgabe sind das 10jährige Bestehen des Projektes, die Deutsche Marine, Freiräume, Linke Männer und Patriarchat, Existenzgeld u.v.m..

Zu bestellen für 5,-DM/Stk. über:
Avanti
-Projekt undogmatische Linke
c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Antifa-Taschenkalender 2000



Neben den typischen Servicefunktionen eines guten und übersichtlichen Kalenders bietet der Antifa-Kalender 1999 wieder eine Reihe von Texten, die sich mit Geschichte und Gegenwart antifaschistischer Bewegung auseinandersetzen.


256 Seiten, 12 DM, ISBN 3-89771-700-X

In jedem Buch- und Infoladen, oder bei uns:
UNRAST Verlag
Postfach 8020 – 48043 Münster
Tel (0251) 666293 — Fax 666120

Der Antifa-Kalender geht in das zehnte Jahr seines Erscheinens und immer noch ist er auch auf Eure aktive Solidarität beim Vertrieb angewiesen.

Deshalb organisiert Sammelbestellungen, Büchertische und Veranstaltungsverkauf, damit dieses Symbol des antifaschistischen Widerstands überall erhältlich ist.

WiederverkäuferInnen erhalten selbstverständlich die üblichen Rabatte:
ab 5 Ex. 30 %, ab 50 Ex. 35 %, ab 100 Ex. 40 %


Hier gibt's die „Enough"!
Infoladen, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9, 24937 Flensburg
Vaikuntha, Süderfischer Str. 24, 24937 Flensburg
Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung, Jungfernstieg 27 & Medusastr. 16, 24143 Kiel
Trau Dich, Holtenauer Str. 92, 24105 Kiel
Café Themroc, Kulturwerkstatt Forum e.V., Wieksbergstr. 2, 23730 Neustadt
Info Café, AJZ, Neumünster
Peter-Panther-Buchladen, Zingelstr. 12, 25704 Meldorf
Café Brazil, alternative, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck
Inihaus, Turmstr. 14, 23843 Bad Oldesloe
Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45, 22941 Bargteheide
Autonomer Infoladen,
Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6a, 22850 Norderstedt
Verein Miteinanderleben e.V., Lohgerbergang, 23879 Mölln
Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café & Buch, Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Buchladen, Osterstr. 156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
B5 (Info)-Café, Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg